

# Moritz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,30 Mk. wöchentlich 30 Bg. für die Post.  
 Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit unregelmäßiger Sonntagsbeilage. Die Post kostet 10 Bg. Sonntagsnummer: 1,50 Mk. für den Postzettel.  
 Abonnement in die Post zu bringen: Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. für den Postzettel. Abonnementnehmer an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstellige Kolonelle oder deren Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Bg. Kleine Anzeigen, das ist gebundene Wort 20 Bg. (zwei 2 gebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Einmalige und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 8. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Mehr Demokratie!

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:  
 Bei den gegenwärtigen Beratungen in der Budgetkommission des Reichstags über den Krieg und die Fragen der auswärtigen Politik sind mehrere Anträge gestellt, durch welche der Einfluß des Reichstags auf diese Dinge erhöht werden soll. Ein nationalliberaler Antrag fordert einen Ausschuß des Reichstags für auswärtige Politik mit der Befugnis, sich auch dann versammeln zu dürfen, wenn der Reichstag nicht versammelt ist. Die Fortschrittler haben den Antrag dahin modifiziert, der Reichskanzler möge darauf hinwirken, daß diese Befugnis dem Ausschuß eingeräumt werde. Das Zentrum will die Budgetkommission mit der Aufgabe eines solchen Ausschusses und der erwähnten Befugnis betraut wissen.

Diese Anträge zeigen, daß die hinter ihnen stehenden Parteien der Regierung nicht mehr das unbedingte Vertrauen entgegenbringen, sie werde aus sich heraus das Richtige zum Wohle des Reiches, wie sie es verstehen, zu treffen wissen. Der Vorgang erinnert stark an die bekannte Verfassungskrise des Jahres 1908, die sich an die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ über gewisse Äußerungen Wilhelms II. angeschlossen. Damals ging ebenfalls eine Woge des Mißtrauens gegen die Gottähnlichkeit einer hohen Regierung durch die bürgerlichen Parteien des Parlaments und man forderte „volle Garantien“ gegen die Wiederholung der allseitig beklagten Vorkommnisse. Aber der Sturm im Wasserläse legt sich bald wieder und die Anläufe zur Revision der Reichsverfassung im Sinne einer Demokratisierung blieben in der Kommission stecken. Wäre damals die Verfassungskrise nicht ausgefallen wie das Hornberger Schießen, so bräuheten die genannten Parteien heute ihre Anträge nicht zu stellen. Ihrer damaligen eigenen Halbheit und Unentschlossenheit haben sie es zuzuschreiben, wenn die auswärtige Politik bis heute das Privileg der Regierungsbureaucratie geblieben ist und die Volksvertretung lediglich mit auszufüllen hat, was die Geheimdiplomatie einbrocht.

Die Sozialdemokratie hat es damals wahrhaftig nicht an Eindringlichkeit und Gründlichkeit fehlen lassen bei dem Nachweis, daß nur der Schritt zur Kanzler- und Ministerverantwortlichkeit und das Recht der Mitbestimmung des Reichstages über Krieg und Frieden der Volksvertretung den notwendigen Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik sichern könne. Sie schlug einen detailliert ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor, der in seinen wesentlichsten Bestimmungen verlangte, daß der Reichskanzler für seine Amtsführung wie für das politische Verhalten des Kaisers dem Reichstage verantwortlich und daß der Reichskanzler zu entlassen sei, wenn der Reichstag es fordere. Weiter sah der Gesetzentwurf vor, daß der Reichskanzler vom Reichstage in Anklagezustand versetzt und vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden könnte. Schließlich verlangte ein zweiter Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Artikel 11 der Reichsverfassung dahin zu ändern, daß neben der Zustimmung des Bundesrats auch die des Reichstags notwendig sei zur Entscheidung über Krieg und Frieden.

Zur Begründung dieser Anträge sprachen damals die Genossen Singer und Ledebour. Genosse Singer betonte dabei:

„Notwendig ist eine Verfassungsänderung, die der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand gibt. Denn in allerletzter Linie sind es doch die Kriege, die als Geßent am Horizont stehen, die möglich werden, deren Gefahr erhöht wird, wenn die unverantwortliche Politik, dieses persönliche Regiment in Deutschland weiter getrieben wird. In letzter Linie hat doch das deutsche Volk Leben, Gesundheit, Gut und Blut zu Marke tragen, wenn sich durch eine solche unverantwortliche Politik, durch solche Vorgänge die Situation zugespitzt hat. Wir brauchen ein Minister-, ein Reichskanzlerverantwortlichkeitsgesetz. Dem Reichstag muß das Anklagerecht gegen den Reichskanzler zustehen. Die Volksvertretung muß in der Lage sein, durch ihre Organe zu verordnen, daß die Politik des verantwortlichen Ministers und die öffentlichen Gewaltigen Deutschlands müssen sich durchdringen lassen von der Ueberzeugung, daß die deutsche Volksvertretung ein Recht hat, neben dem Monarchen, neben dem Bundespräsidenten die Geschicke des Reiches zu leiten. Wir müssen dabei auch verlangen, um den Einfluß der Volksvertretung auf die auswärtige Politik, auf die Reichsleitung zu sichern und zu stärken, daß der Reichstag selbst bei der Ernennung des Reichskanzlers mitzuwirken berufen ist.“

Genosse Ledebour erläuterte diese letztere Forderung dahin, daß die Mitwirkung des Reichstags bei der Ernennung durch das geforderte Recht, die Absetzung des Kanzlers fordern zu können, gewährleistet sein würde; er sagte:

„Gerade auf diese Bestimmung legen wir einen hohen Wert, weil sie eine Möglichkeit gibt, unsfähige, den Bedürfnissen des Volkes nicht entsprechende Reichskanzler einfach abzusetzen. Wenn man diese Praxis konsequent durchführt, würde sich damit schon die Notwendigkeit einbürgern, daß nur solche Leute zu Reichskanzlern ernannt werden, die das Vertrauen einer arbeitenden Mehrheit des Reichstags genießen, die dann aus dieser Mehrheit selber ernannt werden müßten gemäß dem Grundsatz, daß nur ein bewährter, als politischer Charakter für politische Ueberzeugungen eintretender Mann überhaupt ernannt werden kann.“

Diese Äußerungen der sozialdemokratischen Fraktionsredner von 1908 muten an, als seien sie in der heutigen Situation gesprochen. Aus der Broschüre des Junius alter

haben wir Tatsachen über bestimmende Einflüsse Unverantwortlicher beim Kriegsausbruch erfahren, durch die die Politik des allein Verantwortlichen durchkreuzt und die folgenschwerste Entscheidung über das Geschick des deutschen Volkes herbeigeführt worden ist. Dagegen hätte der sozialdemokratische Antrag von 1908, wonach die Volksvertretung bei solcher Entscheidung mitzuwirken haben sollte, Schutz gewährt. Wäre seit 1908 — bekanntlich erfolgte 1909 der letzte Kanzlerwechsel — in bezug auf die Ernennung des Reichskanzlers so verfahren worden, wie unsere Fraktion es damals forderte und durch Singer und Ledebour begründete, dann hätte die Regierung ihre auswärtige Politik nur im innigsten Einvernehmen mit der Mehrheit des Reichstags führen können und ein besonderer Reichstagsausschuß für auswärtige Politik, wie ihn heute die liberalen Fraktionen fordern, wäre völlig überflüssig gewesen. Auch die Kanzlerkrise wäre mit der Annahme der sozialdemokratischen Anträge von 1908 auf ihre Rechnung gekommen, wenn sie den Kampf offen und ehrlich führen will. Sie hätte jetzt im Reichstage nur den Antrag auf Entlassung des Reichskanzlers zu stellen brauchen; dann hätte sich schon herausgestellt, wie die Mehrheit des Reichstags über dies Kriegsziel der Herren Körting und Junius alter denkt. So haben wir jetzt den verstickten, heimlichen Kampf hinter den Kulissen und den Fortbestand des Scheinkonstitutionellen, bürokratischen, junkerlichen Regierungssystems, an dem die liberalen Anträge nichts ändern können. Es ist überaus bezeichnend für das Maß und die Natur der „Neuorientierung“ nach dem Kriege, soweit die Initiative der Liberalen dabei in Frage kommt, daß sie in diesen Lebensfragen des deutschen Volkes mit kleinen Palliativmitteln an unseren Verfassungszuständen herumdoßtern, wo lediglich eine Radikalkur die Besserung bringen kann: die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland.

## Friedensverhandlungen oder Vernichtungskampf?

Die bewegten Sitzungen der französischen Kammer, in denen neben Herrn Roux-Costadeau unsere Genossen von der radikalen Linken innerhalb der französischen Partei das Wort ergriffen und Herrn Briand mehrfach zu ausführlichen, in der Form vollendeten Antworten veranlaßten, regen aus verschiedenen Gründen zu intensiverer Betrachtung an. Die französische bürgerliche Presse hat sich ausgiebig mit den Vorgängen beschäftigt und natürlich wieder versucht, die Kluft zwischen den beiden Gruppen der sozialistischen Partei zu vertiefen. Die „Humanité“ gibt nur einen kurzen Kommentar zu dem Vorgehen Brizon's und Raffin-Dugens; sie weist hauptsächlich auf die Einigkeit der Partei bei der Abstimmung über die Kredite hin und wehrt die Angriffe der reaktionären Presse ab. Eine kleine Notiz über eine Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion läßt jedoch darauf schließen, daß man dort über die Interventionen Brizon's und Raffin-Dugens debattiert hat, und daß man beabsichtigt, eine offizielle Erklärung darüber abzugeben, die eine besonders gewählte Kommission abfassen soll. Wir werden, wenn sie vorliegt, erkennen, ob man den Fraktionsmitgliedern in Frankreich Rede- und Handlungsfreiheit zubilligt, oder ob man glaubt, die Disziplin mehr als früher betonen zu sollen.

Am 19. September hatte Herr Roux-Costadeau gegen die Zensur protestiert, die ihn verhindere, seine Gedanken über den Krieg auszusprechen und darauf hingewiesen, wie der Krieg das Land verwüste und die Bauernschaft vor allem ruiniere. „Werden wir zu ihrer tragischen Vernichtung beitragen? Flüchtigen wir uns nicht in einen fortwährenden Optimismus? Sehen wir die Dinge wie sie sind!“ Hier glaubt Herr Briand eingreifen zu müssen. Er hielt eine Rede, die voll war von Bewunderung für die Bauern und für die Arbeiter und Bürger, die dem Lande so ungeheure Opfer bringen. Die patriotischen Absichten Costadeaus erkannte er an, aber er sagte, daß er durch solche Worte den zu „einem heiligen Werke, der Verteidigung der Zivilisation der Welt vereinigten Nationen“ in den Rücken falle. In den Kämpfen gebe es keinen Schrei des Protestes. Was man wolle sei nur, „daß all das Blut nicht umsonst geflossen sei, daß Frankreich groß aus dieser Prüfung hervorgehe mit der „Aureole des Ruhms, den ihm das Opfer seiner Kinder verschafft hat“... „In diesem Lande läßt sich das Volk nicht durch diese oder jene Propaganda irre machen; es hat das strahlende Antlitz dem Siege zugewendet. Es wünscht das Ende dieses Krieges, aber es will den Sieg, und es weiß, daß, um ihn zu erlangen, der Effektbestand des Heeres und die Granaten nicht genügen: man braucht ein hochgemutetes Herz, man braucht eine Moral, die keine Propaganda erschüttert.“

Die Worte Briand's wurden lebhaft applaudiert, aber nicht alle waren mit ihnen einverstanden. Genosse Brizon zeigte die schwache Stelle, indem er schärfer und zusammenfassender als Roux-Costadeau ein Bild von den ungeheuren Verlusten gab, die Frankreich im Kriege erlitten hat. Zu den 50 Milliarden, die bis Ende des Jahres für Kriegszwecke ausgegeben sein werden, zählt er den Wert der während des Krieges verlorenen Arbeit und den Wert der gefallenen Soldaten. Mit wenigen Worten, die jeden Denkenden aufs tiefste erschüttern müssen, zeigt er das ganze furchtbare Elend, die

durch den Krieg hervorgerufene Zerstörung in ihrer Nacktheit, und er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß Frankreich mit 115-120 Milliarden Staatschuld und etwa 200 Milliarden anderer Verluste rechnen müsse. Das moralische Problem wollte Brizon nicht berühren. Er begnügte sich aber nicht mit dieser Auseinandersetzung der Verluste. Er zog daraus die Schlussfolgerung, daß die Regierung sich überlegen müsse, ob es nicht weit mehr im Interesse des Landes liege, durch Verhandlungen zu dem angestrebten Ziel der nationalen Unabhängigkeit zu gelangen:

„Der Krieg, meine Herren, ist ein „Geschäft“. In unserer kapitalistischen Zeitperiode sind die Kriege und auch der augenblickliche Krieg nichts als Geschäfte. Ein Geschäft muß aber auch wie ein Geschäft behandelt werden! Einseitig, vorsichtig und mit einem Blick auf die Zukunft. Anstatt das Blut seines Landes zu vergießen, sollte Herr Briand, um das gewünschte Endziel, den Sieg, also die nationale Unabhängigkeit, die wir alle wünschen, zu erreichen, sich lieber überlegen, ob man dieses Ziel nicht durch Verhandlung oder Vermittlung erreichen kann. Man kann und muß verhandeln. Bevor man den uner-schütterlichen Beweis hat, daß jede friedliche Lösung unmöglich ist, hat man nicht das Recht, so fortzufahren und ohne zu rechnen die Milliarden des Volkes in den Abgrund und seine Männer in das rasende Feuer des Todes zu werfen!“

Das ist die Antwort, die auf die Rede Briand's (in der übrigens nicht wie einige deutsche Blätter meldeten, ein großes Frankreich gefordert, sondern nur verlangt wurde, daß Frankreich groß aus der Prüfung hervorgehen solle) erfolgen mußte. Und diese Antwort hätte von allen denen unterstützt werden müssen, die, ob Sozialisten oder nicht, über die Wirkungen des Krieges tiefer nachdenken und sich nicht durch die Phrasen von Ruhm und heiligen Opfern blenden lassen.

Der französische Ministerpräsident erinnerte in seiner Erwiderung an den Ursprung des Krieges und daran, daß Frankreich nun während zweier Jahre Ströme von Blut vergieße, um den Ueberfall abzuwehren. Er widerlegte die Angaben Brizon's nicht, aber er kommt zu dem ganz anderen Schluß, daß unter solchen Umständen niemand verlangen dürfe, den Frieden durch Verhandlungen zu erreichen. Zehn Departements seien besetzt, was für einen Frieden werde man da erzielen! Es würde ein deutscher Friede sein, und die Generationen der Zukunft wären weiter bedroht.

Im Interesse Ihres Ideals, Herr Brizon, wenn Sie wollen, daß der Friede über der Welt erstreckt, wenn Sie wollen, daß die Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit dort prosperieren, wünschen Sie den Sieg Ihres Landes. Wünschen Sie ihn heilsuchen Sie nicht glauben zu machen, daß der Friede heute geboren werden kann. Dieser Friede würde demütigend und entehrend sein. Es gibt keinen Ironischen, der ihn wünschen kann.“

Die Rede Brizon's ist eine der wertvollsten, die im Verlauf des Krieges in der französischen Kammer gehalten worden sind; sie wird und muß ihr Echo finden. Gegenüber den in ihr ausgeprochenen Gedanken verblöhten die Worte Raffin-Dugens ein wenig, die zwar von dem Bestreben getragen sind, die internationalen Beziehungen wieder zu voller Wirksamkeit zu bringen, aber doch an einer gewissen Inkonsistenz leiden. Raffin-Dugens fand Opposition selbst bei der Linken in der französischen Partei. Dem Eindruck der Brizon'schen Rede konnte sich niemand entziehen, und ganz zweifellos läßt sich daraus erklären, daß außer den 26 Parteigenossen, die gegen den öffentlichen Anschlag der Rede Briand's stimmten, nämlich, Blanc, Barabant, Betoulle, Pouisson, Bras, Brizon, Buisset, Cadenat, Dequise, Demoulin, Giran, Goude, Jean Longuet, Robert, Lissac, Manns, Mistral, Parvy, Whisbois, Boncet, Bressimane, Raffin-Dugens, Sabin, Sixte-Ducenin, Valière, Walter, noch 25 der Stimme sich enthalten haben, unter ihnen Bouveri, Brode, Cachin, Mayéras, Monteil und Renaudel.

Die Tatsache, daß so viele Parteigenossen gegen den Anschlag der Rede votiert haben, ist der französischen Parteimehrheit schmerzlich. Renaudel deutet in der „Humanité“ an, daß die Genossen offenbar sich nicht bewußt geweisen seien, daß die Angelegenheit die nationale Verteidigung eng berühre. Er weist darauf hin, daß die Reaktion die Tatsache gegen die Partei ausspielen werde, und er beklagt, daß einzelne Parteigenossen immer noch nicht auf eine individuelle Initiative verzichten könnten. Er glaubt, die Haltung der Sozialisten, die gegen den öffentlichen Anschlag stimmten, damit begründen zu sollen, daß Briand in seiner Rede nicht ausdrücklich betont habe, daß der durch die militärischen Ereignisse Deutschland auferlegte Friede diesem die volle Entwicklungsfreiheit sichern müsse.

Die Einigkeit der Partei, die bei dieser Gelegenheit in drei Teile zerfiel, wurde wieder hergestellt, als die gesamte Fraktion, mit Ausnahme der drei Kienthaler, für das Budget stimmte. Sie tat das nicht ohne eine Einräumung, denn in der vom Genossen Auriole verlesenen Erklärung heißt es, daß die Fraktion Gegnerin jeder Politik sei, die die „Verlängerung des Krieges der nationalen Verteidigung in einen Krieg der Eroberung“ zum Zweck habe. Sie votierten die Kredite, weil sie bereit sind, „mit allen Kräften die territoriale Unversehrtheit Frankreichs zu sichern, damit Elend-Lothringen die Wiederherstellung des 1870 mit Frähen getretenen Rechts erhält, um die vollkommene politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und Serbiens zu sichern, um die Sicherheit eines dauernden Friedens zu er-

langen." Aber die Erklärung fügt auch hinzu, daß die Beschleunigung dieses Friedens des Rechts nicht nur von der militärischen Aktion, sondern auch von "einer diplomatischen Aktion von vollkommener Klarheit" abhängig, die dafür Sorge tragen müsse, der ganzen Welt die Bedingungen zu zeigen, die die Unabhängigkeit der Nationen gewährleisten und die Organisation der internationalen Gerechtigkeit vorbereiten."

Wir haben oft genug betont, daß wir die Kreditbewilligung der französischen Kammerfraktion nicht für richtig halten. Die Haltung der Genossen Blanc, Brisson und Raffin-Dugens entspricht mehr den Auffassungen des internationalen Sozialisten. Die Bedeutung ihres Vorgehens, die Folgerichtigkeit vor allem der Rede Brissons wurde auch von deutschen bürgerlichen Blättern unterstrichen, aber die Folgerichtigkeit existiert natürlich nicht nur für ein Land, sondern für alle Länder, die in den Krieg hineingezogen sind.

## Die griechischen Wirren.

### Der Rücktritt des griechischen Kabinetts.

Bern, 6. Oktober. (W. Z. V.) "Tempo" meldet aus Athen; Trophem der Rücktritt des Kabinetts zu erwarten war, wurde er im Hinblick auf kommende Ereignisse mit dem Gefühl des Unbehagens aufgenommen, das infolge der Vespredungen der Entente-Minister noch stärker wurde. Diese haben angeblich Maßnahmen besprochen, durch die ihnen vollständige Handlungsfreiheit gewährleistet und jeder lärmende Einspruch verhindert werden soll. Entweder soll ein reines Geschäftskabinet oder unter Beteiligung einer venezianischen Mehrheit ein politisches Ministerium gebildet werden. Nach aus Areta eingegangenen Drahtnachrichten hat die provisorische Regierung einen Kriegsrat gebildet und sehr strenge Strafen gegen Fahnenflüchtige festgesetzt.

Bern, 6. Oktober. (W. Z. V.) Zum Rücktritt des griechischen Kabinetts schreibt "Tempo": In Athen gibt es keine Regierung mehr. Die einzige Regierung, die in Griechenland funktioniert, ist jene von Venizelos, Konduriotis und Danglis, die demnächst ihren Sitz in Mazedonien nehmen wird.

Bern, 7. Oktober. (W. Z. V.) Nach französischen Meldungen rechnet man in Athen mit einer langen Dauer der Ministerkrise. Ein guter Teil der griechischen Presse vertritt die Ansicht, daß die Krise keine Veränderung in der Orientierung der amtlichen Politik mit sich bringen wird.

### Sicherheitsmaßnahmen im Interesse der Entente.

Bern, 6. Oktober. (W. Z. V.) Die parlamentarische Kommission für das Neuhere in Paris hat dem "Tempo" zufolge die Entsendung einer Abordnung an Briand beschossen, um Aufklärungen über die jüngsten Ereignisse in Griechenland und über die im Interesse der Orientarmee der Alliierten zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen zu erhalten.

### Die Lage in Areta.

Athen, 7. Oktober. (W. Z. V.) Pavaadmeldung. Aus Kanea wird gemeldet: Eine Klasse der Gendarmerie ist von der provisorischen Regierung ausgerufen worden. Die Leute haben sich gestellt. Zweihundert griechische Kolonien in Syland und Ägypten haben warme Zustimmungserklärungen an Venizelos gerichtet. Die Bewohner von Samos haben Venizelos Südigungen dargebracht. Sofalis wird zum Gouverneur von Samos ernannt werden.

### Zurücknahme der griechischen Truppen in Epirus.

Bern, 7. Oktober. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der "Agenzia Nazionale" ziehen sich die griechischen Truppen in Epirus auf Befehl vor dem anrückenden Italiener zurück. Die griechischen Zivilbehörden werden von den Italienern im Amt belassen.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 6. Oktober. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes vom 6. Oktober:

**Mazedonische Front.** Zwischen dem Prespa-See und dem Bardar ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden. Ein Versuch der Serben, den Ezeranfluß bei dem Dorfe Stojischin zu überschreiten, wurde durch einen Gegenangriff vereitelt, wobei wir 30 Serben zu Gefangenen machten. Ein Angriff gegen den Bahowohügel wurde durch unser Feuer abgeschlagen. Desflich des Bardar bis zum Dojran-See schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer. Südlich von der Stadt Dojran hielt das Geschützfeuer während der Nacht an. Am Fuße der Velasica Planina und an der Strumafont Ruhe.

An der Küste des Ägäischen Meeres kreuzen die feindlichen Schiffe lebhaft. Die feindliche Flotte beschloß Dedeagatsch und die Eisenbahnlinie, wobei sie nur unbedeutenden Schaden verursachte. Unsere Wasserflugzeuge griffen die Flotte an und zwangen sie, sich auf die hohe See zurückzuziehen.

**Rumänische Front.** Längs der Donau Ruhe. Nach dem endgültigen Scheitern des von den Rumänen bei Mahovo durchgeführten Stromüberganges zerstörten wir durch unser Artilleriefeuer das Brückenmaterial, das die Rumänen auf ihr eigenes Ufer zurückgezogen hatten, während das auf unserer Seite zurückgelassene Material eingebracht wurde. Wir erbeuteten 30 Munitionskisten, Wagen, Gepäck und anderes Kriegsmaterial. In der Dobrudscha schalteten wiederholte feindliche Angriffe aus der Linie Karabadzja—Anzatscha—Pervell unter unserm Feuer und infolge unserer erfolgreichen Gegenangriffe. Wir machten 60 Russen zu Gefangenen.

An der Küste des Schwarzen Meeres kreuzt die feindliche Flotte.

## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 6. Oktober.

**Fellahiefront:** Das Ueberraschungsfeuer, das der Feind auf beiden Ufern gegen unsere Fellahiefront eröffnete, wurde zum Schweigen gebracht. Es ist festgestellt worden, daß der Feind durch das Ueberraschungsfeuer, das wir am 27. September eröffnet hatten, einen Verlust von mehr als 300 Mann hatte.

**Persische Front:** Auf dem linken Flügel Scharmügel.

**Kaukasusfront:** Auf dem rechten Flügel rückten wir unsere Stellung im Abschnitt von Dgnut vor und machten einige Gefangene. Im Zentrum für uns günstige Patrouillen-gesche. Wir schlugen Ueberraschungsangriffe des Feindes auf mehreren Stellen ab. Auf dem linken Flügel wurde ein Angriff des Feindes gegen einzelne Teile mit für ihn blutigen Verlusten abgeschlagen. Wir machten einige Gefangene. Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Oktober 1916. (W. Z. V.):

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Secresgruppe Kronprinz Rupprecht

Fortdauer der großen Artillereschlacht an der Somme. Sie griff auch auf die Front nördlich der Ancre über und verschärfte sich südlich der Somme besonders beiderseits von Verdunvillers.

Außer Sperrfeuer hat zwischen Ancre und Somme feindliche Angriffe fast durchweg unterbunden und einen zwischen Verdunvillers und Vouhavesnes gegen Truppen der Generale von Boehn und von Garnier gerichteten Stoß im ersten Anlauf erledigt. Es kam nur zu kurzem Nahkampf südwestlich von Saulty mit schwachen bis zu unserer Linie vorgeführten Abteilungen. Ein aus der Front Denicourt—Vermandovillers—Vihons gegen den Abschnitt des Generals von Rathen antretender französischer Angriff führte bei Vermandovillers zu erbitterten Nahkämpfen. Sie sind zugunsten unserer tapferen schlesischen Regimenter entschieden, an deren zähem Widerstande schon während des ganzen Juli in derselben Gegend alle Anstrengungen der Franzosen gescheitert waren. Im übrigen brachen die feindlichen Angriffswellen auch hier im Feuer zusammen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Zahl der am 5. Oktober bei Batlow (am Sereth) gefangen genommenen Russen ist auf über 300 gestiegen.

Die gestern morgen beiderseits der Flota Lipa fortgesetzten russischen Angriffe wurden wiederum blutig abgeschlagen. Eine kleine Vorstellung südlich von Niezhdzegov wurde ausgegeben. Südlich von Brzezany wurde eine am 30. September vom Gegner besetzte Höhe im Sturm wiedergewonnen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

### Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Auf der ganzen Ostfront machten die verbündeten Truppen Fortschritte, sie drängten dem durch den Geisterwald zurückgehenden Feinde scharf nach; Nachhutten wurden geworfen.

Bei Abwehr rumänischer Angriffe beiderseits des Roten-Turms-Passes wurden 2 Offiziere 133 Mann gefangen genommen.

Südlich von Hoeting (Hatzeg) wurde den Rumänen der Grenzberg Siglen entzogen. Bei Orsova ist wieder Gelände gewonnen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

An mehreren Stellen zwischen Donau und Schwarzem Meer griff der Feind an. Er wurde abgewiesen.

### Mazedonische Front.

Außer kleineren vergeblichen Vorstößen brach ein starker feindlicher Angriff westlich der Bahn Monastir—Florina vor den bulgarischen Stellungen zusammen.

Dedeagatsch wurde von See her ohne wesentliches Ergebnis beschossen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

## Der österreichische Generalstabesbericht.

Wien, 7. Oktober 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Orsova haben unsere Truppen wieder Gelände gewonnen.

Südlich von Hatzeg verloren die Rumänen den Grenzberg Siglen, im Pogaracser Gebirge den Surul. Die den Geisterwald und das Persauergebirge durchdringenden österreichisch-ungarischen und deutschen Kolonnen brachen in der Verfolgung schwachen rumänischen Widerstand. Auch an mehreren östlichen Ostfront wurde der Feind an mehreren Punkten geworfen.

In Dgaglizien kam es zwischen der Karajomla und der Flota Lipa und im Raume südlich von Brzezany wieder zu erbitterten Kämpfen. Der Feind erlitt, von der Einnahme eines vorgeschobenen Grabens abgesehen, wieder einen vollen Misserfolg. Oesterreichisch-ungarische Abteilungen eroberten durch Ueberfall eine am 30. September verlorengegangene Höhe zurück. Weiter nördlich nichts von Belang.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Das harte italienische Feuer auf der Karthochfläche ließ gestern etwas nach. Einzelne Unterabschnitte wurden jedoch zeitweise mit großer Festigkeit beschossen. Zu Infanteriekämpfen kam es nicht. An der Pleimontsfront standen die Fossaner Alpen, die Stellungen im Gebiete der Lusia und die Front nördlich des Pellegrinotales bis zur Marmolata unter heftigem Feuer aller Kaliber. Wiederholte Angriffe auf Cardinal, Sufa Alta und Cima di Acee wurden abgewiesen. Nördlich des Pellegrinotales setzte nach Steigerung des Feuers abends ein allgemeiner Angriff gegen die Stellungen von der Cofabella bis zur Marmolasharte ein, der bis 10 Uhr nachmittags überall blutig abgewiesen war.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. und I. Truppen nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doester, Feldmarschallentant.

An der galizischen Front unternahm der Feind am 5. Oktober von neuem einen sehr heftigen Angriff mit unseren Truppen sehr überlegenen Streitkräften. Wie die vorhergehenden wurde auch dieser letzte durch unsere tapferen Truppen auf allen Teilen der Front abgeschlagen. Der Feind erlitt sehr schwere Verluste. Wir machten 350 Gefangene.

Der Vizegeneralissimus.

## Die feindlichen Heeresberichte.

### Der französische Tagesbericht.

Vom 6. Oktober nachmittags. (W. Z. V.) Rückblick der Somme beiderseitige Tätigkeit der Artillerie im Verlaufe der Nacht. Im Abschnitt von Quennevillers ließ eine Erkundungsabteilung bis zu den deutschen Unterstützungsräumen vor und bewarf sie mit Handgranaten. In der Gegend von Verban ziemlich große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie. Die Deutschen beschossen den Pfeffertiden und den Wald von La Loube. Im Walde von Apremont zerstörte die französische Artillerie Arbeitsmannschaften nördlich des Waldes von Muloz.

**Lufkrieg:** Trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse machten die französischen Flugzeuge 20 Jagd- und Erkundungsflüge und leiteten das Feuer.

**Orientarmee.** An der Struma zieht sich der Feind vor den Engländern in die Gegend von Cernewitz zurück. Kämpfe auf der ganzen Front Reshidli—Kessli—Gradesnica. Die Flugzeuge der Alliierten melden großen Verkehr auf den gegnerischen Bahnlagen.

### Vom 6. Oktober abends. (W. Z. V.)

Der Artilleriekampf ist auf beiden Seiten der Somme lebhaft gewesen. Kein Infanteriegefecht, nur östlich von Vouhavesnes rückten wir etwas vor.

In der Boivre beschloß unsere schwere Artillerie wirksam die Strede und Militärbahnhöfe, wo man eine gewisse Tätigkeit wahrnahm. Ein deutsches Flugzeug wurde heruntergeholt. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

**Belgischer Bericht.** Der Tag war ruhig, außer bei Voefinghe, wo der Bombenkampf heute fortgesetzt wurde.

### Die englische Meldung.

Vom 6. Oktober nachmittags. (W. Z. V.) Beträchtliche Artillerietätigkeit an der Front südlich der Ancre. Die feindlichen Stellungen nördlich von Caucourt vor. Wir unternahmen erfolgreiche Ueberfälle im Abschnitt von Loos und südlich von Veras.

Vom 6. Oktober abends. (W. Z. V.) Heute an den meisten Stellen unserer Front südlich von der Suche belliges Granatfeuer; unsere Artillerie wirkte erfolgreich gegen feindliche Arbeiterabteilungen. Von anderswo ist nichts zu berichten.

**Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 6. Oktober. (W. Z. V.)** Die Gesamtzahl der bei den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen beträgt 8 Offiziere und 389 Mann. Am Morgen begann unsere Artillerie Redoubt zu beschleichen. Wir beobachteten bald, daß der Feind den Ort räumte, und besetzten ihn ohne Verluste.

### Der russische Kriegsbericht.

Vom 6. Oktober. (W. Z. V.) Westfront: In der Richtung Jolofschew (Zelichow ?), 15 Kilometer südlich von Komonka, gehen die erbitterten Kämpfe in der Gegend von Penial, Gufalowe und Weinowe (Winnowe ?) weiter. Der Feind widersteht hartnäckig unserer Offensive durch Gegenangriffe. Wir brachten hier 15 Offiziere, zwei Regie und 522 Mann ein. In der Gegend südlich von Brzezany bemächtigten sich unsere Truppen eines Teiles der feindlichen Stellungen und wiesen darauf wiederholte Gegenangriffe der deutsch-russischen Truppen ab.

**Kaukasusfront:** An der Kältenfront setzten unsere Truppen den Vormarsch auf den Korkhat-Daratschfluß (? vermutlich Karshufu) fort und machten Gefangene.

**Dobrudschafront:** Unsere Offensive geht weiter. Wir haben dreihundert Gefangene gemacht.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 6. Oktober. (W. Z. V.) In Travignolo-Tale (Wissio) beschränkte sich gestern der Gegner nach dem schweren Misserfolg, den er in den Tagen des 2. und 4. Oktober erlitten hatte, auf bestige Artillerietätigkeit, auf welche die untrüge kräftig erwiderte. Wir haben unsere Stellungen zwischen dem ersten und dem zweiten Gipfel des Colbricon fest in der Hand behalten. In einem kleinen Sattel zwischen den beiden Gipfeln fanden wir zahlreiche feindliche Leichen. Weiter nördlich im San Pellegrino-Tale (Wissio) eroberten wir infolge eines glänzenden Angriffs unserer Alpenjäger eine starke Schanze und feindliche Barackenlager auf den Abhängen der Cima di Cofabella. Wir machten 102 Gefangene, eroberten ein Maschinen-gewehr und brachten reiche Beute an Waffen und Munition ein. Auf dem übrigen Teile der Front Artillerietätigkeit, besonders heftige auf Seiten des Gegners, so auf dem Karst. Unsere Erkundungsabteilungen machten im Laufe keiner Woche an 80 Gefangene.

## Tätigkeit deutscher Seeflugzeuge.

Berlin, 7. Oktober. Amtlich. (W. Z. V.) Deutsche Seeflugzeuge haben am 5. Oktober größere russische, stark bewaffnete Transportdampfer im Schwarzen Meer östlich Tuzle angegriffen und Treffer an Deck der Dampfer erzielt.

Andere deutsche Seeflugzeuge warfen erfolgreich Bomben auf feindliche Munitionskolonnen und Kavallerie in der nördlichen Dobrudscha.

## Vom U-Boot-Krieg.

London, 6. Oktober. (W. Z. V.) Lloyd meldet, daß der norwegische Dampfer "Cedric" (1128 Tonnen), der englische "Alec of Hastings" (1175 Tonnen) und der griechische "Samos" (1186 Tonnen) versenkt worden sind.

Stavanger, 6. Oktober. (W. Z. V.) Der Kapitän des norwegischen Dampfers "Mallin" (470 Tonnen) hat telegraphisch, daß der Dampfer am 1. Oktober von einem deutschen U-Boot versenkt worden sei. Die Besatzung sei in Widdow gelandet. Der Dampfer war von Newport nach Saint Nazaire unterwegs.

## Für die Wiederaufnahme der Parlamentsfähigkeit in Oesterreich.

Wien, 7. Oktober. (W. Z. V.) Nach Blättermeldungen haben die drei Gruppen des Herrenhauses gestern in mehrstündigen Beratungen gleichlautende Entschlüsse angenommen, in denen sie den Wunsch ausdrücken, die betroffenen Stellen möchten Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit, besonders zur Einberufung der Delegationen treffen. Diese Beschlüsse werden heute dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh überreicht werden.

## Aus der schweizerischen Bundesversammlung.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die freisinnigen Regisseure der Bundesversammlung haben diesmal mit ihrer schlauen Taktik kein Glück gehabt. Sie wollten die Sessionsdauer nur auf 14 Tage beschränken und nun sind doch fast drei Wochen daraus geworden; sie wollten ferner die Vespredung der Affären durch die Verkürzung des bundesrätlichen Neutralitätsberichts auf die Dezemberferien verhindern und nun ist sie durch bürgerliche und sozialdemokratische Entwürfe („Motionen") erzwingen worden.

Der bürgerliche Antrag ging von den Vertretern der schweizerischen Schweiz aus. Er läßt den Bundesrat ein, in kürzester Frist die Beziehungen zwischen der Armeeleitung und den kantonalen Behörden genau zu regeln und die Vorkerrschaft der bürgerlichen Gewalt sicherzustellen. Begründet wurde der Antrag von dem freisinnigen

**Clamato-Neuburg**, der besonders den bekann ten Fall des Kriegsbeyers Oberst de Lohs und die Militärdiktatur vom 8. September gegen die Rumbungen der sozialdemokratischen Jugendorganisation kritisch beleuchtete. Gegen de Lohs verlangte er mit Recht weitere Maßnahmen; denn die „Rüge“, die ihm der General erteilte, hat mit Strafe nichts zu tun, die aber die Kriegsbeyers des draufgängigen Obersten verdient hätte. Die Militärdiktatur vom 8. September bezeichnet er zutreffend als eine Provokation des Volkes, das darüber in eine wachsende Erbitterung geriet. Dem für die Militärdiktatur verantwortlichen Bundesrat, meinte Clamato, mäßten die Sozialdemokraten eigentlich dankbar sein; denn es ist eine dumme Politik, die er da gräfeln hat und gegen die er als bürgerlicher Politiker protestiert. Er erinnerte auch daran, daß schon 1911 im Nationalrat über die stets zunehmenden Uebergriffe der hohen Militärinstanzen in die Rechte der Kantone geklagt wurde.

Der sozialdemokratische Antrag geht ebenfalls von den beiden Hauptfragen aus und ladet den Bundesrat ein, darüber Bericht zu erstatten, in welcher Weise er derartige Uebergriffe der Militärdiktatur in Zukunft verhindern und für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Zustände sorgen will. Der den Antrag begründende Genosse Grimm behandelte zunächst die Affäre de Lohs und stellte den scharfen Widerspruch fest, der zwischen dem raschen und entschlossenen Vorgehen des Bundesrates gegen den Obersten und der schließlichen „Rüge“ gegen ihn durch den General besteht. Die geschickte Umwandlung der Kriegsbeyers des Obersten in eine harmlose private Meinungsäußerung des Herrn de Lohs soll schließlich die milde Rüge ermöglicht haben. Der Bundesrat soll damit zumeist nicht einverstanden gewesen sein, gab sich dann aber zufrieden, als der General mit seiner Demission drohte. Grimm verlangte Auskunft darüber vom Bundesrat, ob die Sache sich so verhält. Die Militärdiktatur vom 8. September hat allerdings der sozialdemokratischen Jugendbewegung sehr genutzt, denn sie hat 87 neue Sektionen und 1000 neue Mitglieder gewonnen und Tausende ihrer Zeitungen und Broschüren verkauft. Das militärische Massenaufgebot vom 8. September gegen die wochenlang vorher angekündigte Friedensdemonstration unserer Jugendgenossen machte er lächerlich und erinnerte gegenüber dem ausgebreiteten Revolutionsgespenst an die an Revolutionen reiche Geschichte der Schweiz, deren letzte von 1830 im Kanton Tessin in dem gegenwärtigen Bundesrat Horrer ihren begeisterten Verteidiger gefunden hatte. Die weitere Rede Grimms war dem Nachweis gewidmet, wie die herrschende freisinnige Partei immer nur ein Gewaltrégiment ausübt und die Andersdenkenden unterdrückt. Er wohnt vor deren Fortsetzung, da sonst die schweizerische Arbeiterchaft die Ueberzeugung gewinnen müßte, daß man nur den Interessen der oberen Klassen dienen wolle und daß dadurch die stärksten moralischen Tragsäulen des schweizerischen Staates vernichtet werden würden.

Der Nationalrat bewilligte den circa 5000 Bundesbeamten einschließlich des Eisenbahnpersonals und der Arbeiter, aber ausschließlich der Weibchen, die nur für sich zu sorgen haben, Feuerungszulagen von insgesamt circa 8 Millionen Franken. Es erhalten Arbeiter, Angestellte und Beamte mit einem Gehalt bis zu 8400 Fr. eine Feuerungszulage von 125 Fr. und von 25 Fr. für jedes Kind bis zum 16. Altersjahr, wobei aber die Kindeszulage insgesamt 100 Fr. nicht übersteigen darf. Solange, die Angehörige dauernd unterhalten, erhalten eine Zulage von 65 Fr. Die Feuerungszulage wird vom 1. April 1918 an gerechnet. Die Arbeiter usw. hatten Feuerungszulagen von 200—320 Fr. gefordert. Was ihnen jetzt bewilligt wurde, macht nicht so viel aus, als sie infolge der während des Krieges unterbliebenen automatischen Beförderungserhöhungen eingekürzt haben.

### Verhandlungen über die Frage der Staatenlosen in Nordschleswig.

Kopenhagen, 6. Oktober. (B. Z. V.) „Politiken“ meldet: Wie in parlamentarischen Kreisen bestimmt verläutet, wird die dänische Regierung in nächster Zeit Verhandlungen mit der deutschen Regierung einleiten über eine Lösung der Frage der Staatenlosen in Nordschleswig. Diese Verhandlungen sind von vornherein der Zustimmung aller Parteien des dänischen Reichstages sicher. Sie werden auf Grund des dänischen Angebots geführt, allen Staatenlosen dadurch das dänische Staatsbürgerrecht zu verleihen, daß dem dänischen Gesetze über das dänische Staatsbürgerrecht von 1893 rückwirkende Kraft gegeben wird, so daß alle Staatenlosen unter das Gesetz fallen. Eine Folge dieser von dänischer Seite erstrebten Lösung würde es sein, daß kein Staatenloser zum deutschen Kriegsdienst herangezogen werden könnte.

### Englisch-schwedischer Handelskonflikt.

Stockholm, 7. Oktober. (B. Z. V.) „Stockholms Tidningen“ erzählt aus Göttingen, daß von dort seit gestern keine Handelsverträge nach England abgehen. Die englische Regierung verlangt nämlich seit Anfang Oktober von den schwedischen Kaufleuten besondere Zertifikate von Interesse für alle Waren als Beweis für deren schwedischen Ursprung. Die Stockholmer Handelskommission ist jedoch der Ansicht, daß sich die Unterzeichnung dieser Zertifikate nicht mit dem schwedischen Kriegshandelsgesetz verträgt. Es finden daher diplomatische Verhandlungen zwischen London und Stockholm statt. Die Göttinger Exporteure warten nun den Ausgang dieser Verhandlungen ab und halten solange ihre Dampfer zurück.

### Widerstand gegen die Wehrpflicht für Irland

Rotterdam, 7. Oktober. (B. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß der Führer der irischen Nationalisten Edmund gestern in Waterford eine Rede gehalten hat, in der er sich über die Regierung bitter beklagte und erklärte, daß er an den zukünftigen vertraulichen Verhandlungen nicht mehr teilnehmen wolle. Die Haltung Irlands gegenüber dem Kriege habe sich nicht geändert. Das Land werde nichts unternehmen, was eine siegreiche Beendigung des Krieges verzögern könnte, aber die Einführung der Dienstpflicht in Irland würde riesiges Elend mit sich bringen. Jedes Dorf im Lande würde sich dagegen wehren. Die freiwillige Rekrutierung sei nicht eingeschlossen. Seit dem Auffstand hatten sich noch 6000 Mann zum Dienst gemeldet; aber jetzt habe die Drohung mit der Einführung der Dienstpflicht dazu geführt, daß diese freiwilligen Meldungen aufgehört haben.

### Keine Erhöhung des englischen Dienstpflichtalters.

London, 6. Oktober. (B. Z. V.) „Daily News“ meldet, daß die Regierung bisher die Frage der Erhöhung des militärischen Dienstpflichtalters nicht in Erwägung gezogen habe. Das Dienstpflichtalter werde vielleicht noch vor Ende des Krieges erhöht werden müssen, aber man würde dadurch doch nicht viele Soldaten erhalten. Im Kriegsjahr glaube man jetzt, daß man durch die Einberufung der vorläufig Wehrzeiten genügend Mannschaften bekommen werde.

### Aus der französischen Kammer.

Paris, 7. Oktober. (B. Z. V.) Die gestrige Sitzung der französischen Kammer behandelte mehrere Interpellationen über die Verhandlungen im französischen Aushebungswesen. Rognon stellte fest, daß das Gesetz Dalbiez in seiner

Anwendung von den Militärbehörden bebrocht worden sei. Viele Leute seien aufs Geratewohl ohne vorhergehende ärztliche Untersuchung von den Aushebungskommissionen vorgeschlagen worden. Niemand in der Kammer habe aber mit dem Gesetz Dalbiez beabsichtigt, Disziplinstrepen ohne weiteres in die Kampfstrepen einzustellen. Leute, die infolge von Geschwulst nur halbwegs seien, nehme man unter die Waffen. Nachdem die einheitliche Front verwirklicht sei, müsse Frankreich, das so sehr gekümmert habe, die Vereinheitlichung der Effektivbestände verlangen. Gallere sagte, Leute, die als Disziplinstrepen die Depots auffüllten, würden Frankreich in der Heimat bessere Dienste leisten. Handel und Landwirtschaft dürften nicht erschöpft, das Menschenmaterial müsse geschont werden. Frankreich, das so viel Opfer gebracht habe, müsse von den Verbündeten Beistand verlangen. — Die Debatte wurde vertagt, ohne daß die Regierung geantwortet hatte.

### Die Genossenschaften der Entente gegen den Wirtschaftskrieg.

Der „Nationalverband französischer Konsumvereine“ hatte auf Freitag, den 22. September, zu einer internationalen Konferenz der Genossenschaften der Ententeländer nach Paris eingeladen. Auf dieser Konferenz waren folgende genossenschaftliche Organisationen vertreten: der Nationalverband französischer Konsumvereine (Delegierte: Poisson, Daudé-Dancel, Cleuet), das Magazin de Gros in Paris (Delegierte: Martz, Lucas, Basselet), der Verband belgischer Arbeitergenossenschaften (Delegierte: Bauwils, Quinsens, Deleur, Schellekens), die italienische Großhandelsgenossenschaft (Delegierter: Belligari), die italienische Genossenschaftsliga (Delegierter: Alessandri), die Mailänder Genossenschaftsunion (Delegierte: Fel. Veschetti), der britische Genossenschaftsverband (Delegierte: Pollit, Wilshead, Clarke) und die schottische Wholesale in Glasgow (Delegierte: Archbold, Gollacher).

Serbien, Rumänien und Rußland waren nicht vertreten, da die Entfernungen zu weit waren und zum Teil die Einladungen nicht rechtzeitig abgeschickt werden konnten. Der Präsident Charles Gibe führte in seiner Begrüßungsansprache aus: „Zur letzten internationalen Konferenz der Genossenschaften zu Tours im Jahre 1913, der ich die Ehre hatte, beizuwohnen, waren zahlreiche Delegierte aus allen Himmelsrichtungen erschienen. Das war kurz nach der Vereinigung der beiden Richtungen innerhalb der französischen Genossenschaftsbewegung, und die Genossenschaftler der ganzen Welt waren eingeladen worden, um als Zeugen des geschlossenen Bundes zu figurieren. Auch Deutsche und Oesterreicher waren damals anwesend. Man mag vielleicht denken, daß es recht unangenehm sei, diese Erinnerungen jetzt aufzufrischen. Aber wie könnte ich jenes Ereignis vergessen, wenn ich auf jenen leeren Blättern das Gespenst aller unserer enttäuschten Hoffnungen sehe! Ich darf erinnern an den deutschen Genossenschaftler Dr. August Müller und nichts berechtigt mich anzunehmen, dieser und seine deutschen Kameraden hätten irgendwelchen aktiven Anteil an diesem Kriege genommen, wie die Nationalisten und gewisse Sozialisten. Man darf annehmen, daß, wenn die Zensur es ihnen gestattet, sie ihre auf dem Kongreß zu Glasgow abgegebenen Erklärungen heute wiederholen würden. Auf jeden Fall dürfen wir ihnen ihr Schweigen zugutehalten und wir hoffen, daß, wenn es am Tage des Gerichts in Deutschland auch nur zehn Gerichte gäbe, die deutschen Genossenschaften zu diesen gehören würden. Die Genossenschaften trifft übrigens keinerlei Verantwortung für die furchtbaren Verbrechen des Krieges. Wir hoffen, daß, wenn der Krieg auf dem Schlachtfelde sein Ende gefunden haben wird, er auf wirtschaftlichem Gebiet keine Fortsetzung haben werde. Die in dieser Öffnung zusammengetretene Konferenz hat bei unseren Freunden im Ausland gewisse Befürchtungen erweckt. Man schreibt uns die Absicht zu, eine Bewegung außerhalb der Allianz zu schaffen zu wollen, eine neue Organisation, die nicht international, sondern gemischt-national sein werde. Wir wollen der internationalen Genossenschaftsallianz treu bleiben. Wir lesen alle Tage in der Presse, daß es mit dem Internationalismus vorbei sei. Das ist aber nicht wahr: Keins der Formen des Internationalismus ist beseitigt. Der kapitalistische, intellektuelle, genossenschaftliche Internationalismus besteht weiter. Alle, Ihr und wir, bleiben unsererseits dem genossenschaftlichen Internationalismus verbunden. Wenn ich sagen höre, daß von Internationalismus sprechen antipatriotisch sei, so nenne ich das eine Absurdität; denn wenn es ein Land gibt, welches nicht internationalistisch ist, so ist es Deutschland. Gerade gegen den deutschen Imperialismus und Nationalismus macht der wahre Internationalismus Front. Und wenn man jemals den deutschen Nationalismus besiegen will, so kann das nicht durch ein neues „Jena“ geschehen, sondern durch die Praktizierung des Internationalismus in allen Ländern Europas, welchem Deutschland nachgebrungen Folge leisten wird.“

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Das wirtschaftliche Regime nach dem Kriege.“ Nach der letzten Nummer der französischen Zeitschrift „L'Avant“ gelangte die Konferenz nach einer angeregten Diskussion des interessanten Gegenstandes zu den folgenden

- Leitsätze für die Weltwirtschaftsführung nach dem Kriege:**
1. Zwischen den alliierten Ländern sind Handelsverträge auf möglichst breiter Basis abzuschließen; Förderung des gegenseitigen Verkehrs unter allen Formen, Transporte, Korrespondenzen, Einwanderung, Vereinheitlichung der Arbeitsschutzgesetze usw. Es ist dahin zu trachten, eine engere Verbindung mit den uns umgebenden Ländern herzustellen und, soweit die noch nicht als autonome Staaten konstituierten Kolonien in Betracht kommen, möglichst das Prinzip der offenen Tür zur Geltung zu bringen.
  2. Den neutralen Staaten gegenüber ist soweit wie möglich die Klausel der Meistbegünstigung in Anwendung zu bringen, als dem sichersten Mittel, diese Staaten an unsere Seite zu bringen.
  3. Gegenüber Deutschland und Oesterreich ist von jedem systematischen Boykott, der nur den Zweck hätte, den deutschen Handel zu ruinieren, abzusehen. Dagegen ist diesen beiden Zentralmächten der freie Zutritt zu den Märkten der Ententeländer nur unter der Bedingung zu gestatten, daß sie darin einwilligen, ihre Rüstungen zu begrenzen, und dem Grundsatz der internationalen Schiedsgerichte zuzustimmen.
  4. Auf dem Gebiet der Zollgesetzgebung ist der Einführung von Abgaben, soweit diese einen fiskalischen Charakter tragen und feststimm sind, dem Staat die ihm nötigen Mittel zu liefern, keine Opposition zu machen; dagegen gilt es vor allem, die Interessen der Konsumenten und Arbeiter im Hinblick auf die Maßnahmen, die diese Bölle auf ihre Lebenshaltung ausüben, wahrzunehmen.
  5. Die Schaffung neuer Industrien ist zu begünstigen, dagegen darf unsere Handelspolitik nicht dahin trachten, unser Land vom Ausland unabhängig machen zu wollen. An dem Grundsatz der Arbeitsteilung und der internationalen Zusammenarbeit aller Länder ist festzuhalten.

Diese Leitsätze stehen in wohlthuendem Gegensatz zu den Abwehrungs- und Boykottplänen, denen Anhänger eines „unvermeidlichen Wirtschaftskrieges“ nach dem Frieden“ nachstreben. Daran ändert auch die irtige Ansicht des Vorsitzenden der Konferenz über die Haltung des Dr. Müller nichts.

### Rußland warnt vor verfrühtem Optimismus.

London, 6. Oktober. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg vom 6. Oktober: Das Publikum wird in halbamtlichen Mitteilungen davor gewarnt, eine rasche Entwicklung der Ereignisse in Wolhynien und Galizien zu erwarten. Es müsse um jeden Meter gekämpft werden. Wenn es im Interesse des Zusammengehens mit den Alliierten an den anderen Fronten sei, würden die Russen ohne Rücksicht auf Verluste die Kämpfe in Wolhynien, Galizien und den Waldkarpaten energisch fortsetzen. Man hoffe aber auf baldige entscheidende Erfolge am Balkan.

### Zur Haltung der Union.

Budapest, 7. Oktober. (Z. U.) Der frühere österreichisch-ungarische Votschafter in Washington Baron Hengelmeier erklärte einem Mitarbeiter des „Mittler-Blattes“: „Zweifellos könnte die Unionregierung eine Friedensaktion aufnehmen, wenn beide kriegsführenden Mächtegruppen hierzu geneigt wären. Bisher haben aber lediglich die Zentralmächte erklärt, einen ehrenvollen Frieden schließen zu wollen, während die Entente von einer Zerstückelung phantasiert. Unter solchen Umständen ist ein Erfolg nur durch den Druck einer neutralen Macht möglich, wozu besonders die Union geeignet wäre. Die amerikanische Regierung hat aber bisher noch kein Zeichen ihrer Geneigtheit gegeben. Kombinationen über eine spätere zukünftige Friedensaktion sind zwecklos. Die in den Vereinigten Staaten verschiedentlich vorhandenen Antipathien gegen die Gruppe der Mittelmächte beruhen darauf, daß vielfach die Bahnvorstellung besteht, Deutschland suche in Amerika Kolonialbesitz zu erlangen, auch wird gekümmert durch den Nachrichtenendienst der Entente die Abneigung genährt durch die Behauptung, daß Deutschland es sei, das den Krieg begonnen habe. Die Feindschaft mit England, die früher in der Union bestand, ist seit dem Jahre 1895 geschwunden, wo England wegen Venezuela Nachgiebigkeit bekundete. Die seitliche Außenpolitik Englands habe stets die Blutsverwandtschaft und Freundschaft beider Mächte hervorgehoben. Es ist ein Irrtum, wenn man meint, die Außenpolitik der Union sei beeinflusst durch geschäftliche Interessen.“

Die Befehung des balanien österreichisch-ungarischen Votschafterpostens in Washington ist wünschenswert. Freilich stehen der Entsendung eines neuen Votschafteres Schwierigkeiten entgegen, da die Zustimmung Englands für die Ueberfahrt erforderlich ist; eine solche nachzusuchen, würde aber unserer Würde nicht entsprechen, jedoch könnte die Unionregierung ihrerseits diese Schwierigkeit beheben. Ein Wechsel in der Person des Präsidenten der Vereinigten Staaten dürfte in der Außenpolitik der Unionregierung kaum eine Änderung im Gefolge haben.“

### Verwahrung gegen eine unsinnige Verleumdung.

Berlin, 6. Oktober. (B. Z. V.) Die ausländische Presse veröffentlicht Auszüge aus einem angeblich von der französischen Regierung zur Verbreitung zugelassenen Bericht der dänischen Schriftstellerin Karen Brawson. Darin wird u. a. die Behauptung aufgestellt, die in deutschen Gefangenenlagern befindlichen Kriegsgefangenen würden absichtlich mit Tuberkulose infiziert und demnach in das neutrale Ausland oder in ihre Heimat entlassen, um dort die schreckliche Seuche weiterzuberbreiten. Die deutsche Regierung weist diese nichtswürdige und ungeheuerliche Verleumdung mit Entrüstung zurück. Die deutschen Kriegsgefangenenlager können von den mit der Vertretung der Interessen der mit Deutschland im Kriege befindlichen Länder beiraten Missionen jederzeit besichtigt werden. Wenn unter den gefangenen Franzosen der Prozentsatz an Schwindsüchtigen größer ist als unter den gefangenen Angehörigen der anderen Nationen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß in Frankreich aus Menschenmangel und wegen der schlechten Ausbildung der Ärzte viele mit den Anfangsstadien der Krankheit behaftete ins Meer eingestürzt werden, die nach kurzer Zeit infolge der Strapazen schwer erkranken. Solche Kranke werden hier sofort nach ihrer Einlieferung turkisch abgefordert, nach allen Regeln der in Deutschland bekanntlich besonders hochentwickelten Schwindsuchtspflege behandelt und seit dem Internierungsbereinkommen mit der Schweiz größtenteils in das dortige gesündere Klima überführt.

Es ist gleich empörend, daß die französische Regierung die Verbreitung solcher Ungeheuerlichkeiten billigt, wie, daß Zeitungen, die auf Achtung Anspruch erheben, sich dazu hergeben, sie nachzudrucken und gebildeten Lesern zuzumuten, den Unsinn zu glauben.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Die Reichsaufkommmission wird am 9. Oktober in Brüssel unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats Präsidenten Dr. Reich zusammenzutreten. Die Kommission wird auch die deutschen Schulen in Brüssel und Antwerpen besichtigen und an letzterem Orte eine Schulberatung abhalten.

Bern, 7. Oktober. (B. Z. V.) Das Zivilgericht in Lausanne gibt amtlich bekannt, daß 487 Offiziere und Mannschaften vom „Admiral Charner“, der am 8. Februar an der sizilianischen Küste versenkt wurde, als tot zu betrachten sind.

### Letzte Nachrichten.

#### Meldung der italienischen Seeresleitung.

Rom, 7. Oktober. (B. Z. V.) In der Gebirgszone zwischen dem Abisso und Banchi, Cismon erlangen wir einen neuen und glänzenden Erfolg. Am Oberlauf des Banoi ertrümmten unsere Alpenjäger gestern den Gipfel der Höhe 2456 im Gebirgsstock der Vuffa Alta. Die feindlichen Besatzungen wurden zum großen Teile zerstört. An 20 Ueberlebende, darunter ein Offizier, der Leiter der Verteidigung, wurden zu Gefangenen gemacht. Auf den Abhängen des Piccolo Bagazoi (Hochboite) versuchten feindliche Abteilungen einen Ueberzugsangriff auf unsere vorgeschobenen Linien. Wir ließen sie auf kurze Entfernung herankommen, dann umzingelten wir und zerstückten sie durch plötzliche einsetzende Maschinengewehr- und Infanterieschießerei. Im Travnigolote gestern noch Beschädigung der feindlichen Artillerie, die unsere Truppen nicht verhindern, ihre Stellungen fest auszubauen. Auf dem übrigen Teile der Front die übliche Artillerietätigkeit.

Einzelne Geschosse fielen auf Görz und beschädigten einige Gebäude, darunter eins, in dem wir ein Militärkavallerie eingerichtet hatten.

# Gewerkschaftliches.

## Eine internationale Gewerkschaftskonferenz.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission teilt über die vom „Vorwärts“ gemeldete Absicht einer internationalen Gewerkschaftskonferenz die folgenden Einzelheiten mit:

Es ist weder beabsichtigt, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen, noch ist ein dahingehender Antrag bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestellt. Es wurde lediglich an dessen Präsidenten die Anfrage gerichtet, ob er die Vorarbeiten für eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die in der Schweiz tagen soll, treffen wolle. Am 25. September erhielt der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hierfür die Zusage und wird die Konferenz für den 11. Dezember d. J. berufen. Schon einmal, im Juni 1915, machte er den Vorschlag zur Entscheidung über den von gewerkschaftlichen Landeszentralen gestellten Antrag, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein anderes Land zu verlegen, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen. Die Mehrheit der Landeszentralen hielt die Konferenz nicht für notwendig und entschied sich dahin, daß bis zum Kriegsschluß eine Änderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle.

Nun hat am 5. Juli d. J. in Leeds (England) eine internationale Gewerkschaftskonferenz getagt, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter anderen zwei Vertreter einer anarchistisch-syndikalistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer Landeszentrale beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbureau in Paris zu errichten, das einen Beirat aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der Niederländischen Gewerkschaftszentrale bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder im Haag am 2. August protestiert. Er gab dort folgende Erklärung ab:

Wir bedauern es, daß die Gewerkschaftszentralen der anderen neutralen Länder es nicht haben erwidern können, zusammen mit den Delegierten der sozialistischen Parteien auch ihre Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. Ich glaube jedoch, obgleich ich dazu kein Mandat besitze, auch in ihrem Namen sprechen zu können, indem ich im Auftrage der niederländischen Gewerkschaftszentrale folgendes zum Ausdruck bringe:

In der Ansprache, mit der diese Konferenz am Montagmorgen durch den Genossen Troetska eröffnet wurde, ist von ihm mit einigen Worten eine Arbeiterkonferenz erwähnt worden, die in Leeds stattgefunden hat und von der die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes beabsichtigt ist, neben und wider den bestehenden. Wir ist zu meinem Bedauern über diese Arbeiterkonferenz, über ihren Umfang und ihre Bedeutung nicht mehr bekannt, als von Troetska mitgeteilt worden ist. Ausdrücklich wünsche ich jedoch festzustellen, daß die Klassenbewegte Gewerkschaftsbewegung von einer Spaltung in keiner Weise etwas Gutes zu erwarten hat und daß es auch für sie von der größten Bedeutung ist, national und international, einzig und ungeteilt zu bleiben. Und nochmals, ich bin davon überzeugt, wo wir ihren Geist und ihre Auffassung kennen, auch im Namen der Gewerkschaften von den Ländern, deren sozialistische Parteien auf dieser Konferenz vertreten sind oder hätten vertreten sein sollen, die Erklärung abgeben zu dürfen, daß sie eine Internationale der Gewerkschaften ebenso wie eine sozialistische Internationale zurückweisen, welche die Kameraden eines Landes im voraus ausschließen sollte.

Daneben wünsche ich namens der Gewerkschaftsvertreter der niederländischen Delegation ausdrücklich zu erklären, und ich hoffe auch jetzt wieder im Namen der Gewerkschaften der anderen neutralen Länder sprechen zu können, daß jede Bekräftigung der gewerkschaftlichen Bewegung, um abgeändert, neben und abseits von der sozialistischen Internationale die Agitation für den Frieden zu betreiben, die Kraft der Arbeiterbewegung und ihren Kampf für das ersehnte Ziel schwächen muß. Nur zusammen mit der politischen Partei der Arbeiterklasse, national und international verbunden, werden die Gewerkschaften imstande sein, diese Aufgabe zu erfüllen.

Wir niederländischen Delegierten schätzen uns glücklich, in der Lage zu sein, während dieser Tage mitarbeiten zu können an der Grundlage, auf der die Arbeiterklasse aller Länder wird weiterbauen können, um das Zustandekommen des Friedens zu fördern und die Internationale selber zur Wiederauferstehung zu bringen.

Mit diesem Protest kann die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Erfolgt jetzt eine Trennung in der gewerkschaftlichen Internationale, so wird die Einigung für Jahre über die Kriegsdauer hinaus erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einzuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ermöglicht, teilnehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Schneiderverband als Arbeitgeber verklagt!

Der selbige Ben Aliba hat wieder einmal untreu mit seinem: „Es ist alles schon dagewesen.“ J. W. war es noch nicht da, daß der Schneiderverband als Arbeitgeber vor die Schlichtungskommission zitiert worden wäre von Arbeiterkreisen, die auf Nachzahlung klagten. In der letzten Sitzung der Schlichtungskommission war dieser merkwürdige Fall zu verzeichnen. Es klagten zwei Frauen auf Auszahlung von 640 M. bzw. 980 M. Sie gaben an, für den Verband, der Sandfäden zur Herstellung vergab, gearbeitet zu haben. Es seien ihnen nun, wie ihre Bücher nachwiesen, ohne jeden Grund 640 M. und 980 M. abgezogen worden, welche Summen sie jetzt zurückverlangten. Sie hatten ihre Klage schon bei dem Gewerbeamt eingereicht, waren aber an die Schlichtungskommission als die zuständige Instanz für Streitigkeiten in Rüstungsarbeiten verwiesen worden.

Kunze als Bevollmächtigter der klagenden Gewerkschaft erläuterte die Sachlage an Hand des Aktenmaterials. Danach handelt es sich um folgenden Tatbestand: Der Schneiderverband hatte, um den Arbeiterinnen zu helfen und auch um der schrankenlosen Ausnützung der Frauen durch gewissenlose Zwischenmeister, wie es deren genug gibt, etwas entgegenzuwirken, selbst Aufträge für die Federverwaltung übernommen. So auch gewisse Posten von Sandfäden. Den Frauen wurde jedesmal ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie sich verpflichteten, zu den von der betreffenden Stelle festgesetzten Preisen zu arbeiten. Ein zweites Exemplar erhielt jede Frau außerdem sofort ausgehändigt. Es geschah nun eines Tages, daß von der zuständigen Behörde die Preise für bestimmte Sorten Sandfäden zu hoch angegeben und nachträglich einer Korrektur unterzogen wurden. Die Differenz mußte der Verband ausgleichen. Zu diesem Zweck wurde den Ar-

beiterinnen bei der nächsten Lieferung das zuvielgezahlte Geld wieder abgezogen. Kunze erklärte, daß ihm diese Maßnahme selbst sehr unangenehm gewesen sei und er sowie alle maßgebenden Personen dies sehr bedauert hätten, daß es aber nicht zu umgehen gewesen sei. Hätte es sich um eine Kapitalie gehandelt, dann hätte der Verband gern den Schaden getragen, obwohl ihn selbst keine Schuld treffe, so aber kam ein Posten von insgesamt 190 000 Sandfäden in Frage, da wäre ihm kein anderer Weg übriggeblieben. Wie gesagt, berufe er sich darauf, daß der Verband völlig unschuldig sei, und außerdem die Frauen unterschrieben hätten, zu den festgesetzten Löhnen arbeiten zu wollen und sich auch mit dem nachträglichen Abzug ausdrücklich einverstanden erklärt haben. Er ersuche darum um Abweisung der beiden Klagen. Zum Schluß wies Kunze noch darauf hin, daß der Verband keine Erweiterung aus der Arbeit gemacht, sondern absolut selbstlos gehandelt habe. Jergendein Gewinn sei ihm nicht zugeflossen.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß: Der Verband hat eine Verteilung der Arbeit an arbeitsuchende Frauen übernommen. Er kann deshalb im vorliegenden Falle als Gewerkschaft nicht angesehen werden. Aus den überreichten Schriftstücken ist ersichtlich, daß er sich verpflichtet hat, lediglich die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen.

Der Verband ist dieser Verpflichtung durchweg nachgekommen. Wenn im vorliegenden Schriftstück gesagt wird, daß er 5,20 M. zahlt, so hat er das nur angegeben, weil ihm diese Preise für eine bestimmte Art von Sandfäden ausgegeben worden sind. Wenn ein Irrtum vorgekommen ist, so kann dies dem Verband nicht zur Last gelegt und Ansprüche können daraus nicht hergeleitet werden, so daß, ganz abgesehen davon, daß der Verband nicht als Arbeitgeber angesehen werden kann, die Klage abgewiesen werden muß.

Gegen das Urteil revoltierten die Frauen. Sie hätten Eintrittsgeld bezahlen müssen und nicht dauernd Arbeit erhalten.

Kunze: „Wir haben es jederzeit ausgesprochen, daß wir auf Mitglieder, die bloß eintreten, um Arbeit zu erhalten, gerne verzichten. Es wird niemand gezwungen, dem Verbands beizutreten. Wer nicht aus Interesse für die Sache kommt, kann fortbleiben. Wir haben Frauen, die schon 15 Jahre Mitglied sind und geholfen haben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, und denen wir auch keine Arbeit zuweisen konnten. Wenn wir keine Arbeit haben, können wir auch keine verteilen. Wir haben nichts davon verdient und wollten auch nichts verdienen.“

Die Klägerinnen: „Das geht uns nichts an. Wir wollen unser Geld.“

Rogisterrat v. Schulz: „Der Verband war nur Vermittler, nicht Auftraggeber.“

„Er hat uns aber unser schönes Geld abgenommen für den Eintritt in den Verband.“

Kunze: „Wir geben nur an Mitglieder Arbeit aus, das ist unser gutes Recht. Wir reden aber niemand zu, einzutreten, um Arbeit zu bekommen; da unterstützen wir lieber unsere alten Mitglieder, die jahrelang Opfer gebracht haben, damit erst einmal die Vorbedingungen für Tarife entstehen konnten.“

v. Schulz: „Wer Sie haben doch unterschrieben, daß Sie zu den von der Rüstungsbehörde jeweils zu bestimmenden Löhnen arbeiten wollen.“

Die Klägerinnen: „Wir haben gar nicht gewußt, was wir unterschreiben.“

v. Schulz: „Das ist Ihre Schuld.“

Kunze: „Neben Sie mir doch nichts vor, Sie haben außerdem noch die gedruckten Arbeitsbedingungen ausgehändigt erhalten. Jede Frau bekommt dies sofort.“

Die Frauen bestreiten das.

Ein Arbeitgeberbeisitzer: „Eine jede derartige Institution gibt diese Scheine mit, leider lassen sie die Frauen in der Regel liegen oder werfen sie weg. Das erleben wir ja alle Tage. Wir drücken den Schein den Frauen direkt in die Hand und nachher haben sie keinen.“

v. Schulz: „Wir stellen ausdrücklich fest, daß vom Verband kein drückendes Geschäft gemacht worden ist, sondern der Verband dabei noch Geld zugelegt hat.“

Auch jetzt gaben sich die Frauen noch nicht zufrieden, sondern lärmten noch längere Zeit draußen auf der Treppe.

### Die Teuerungszulage der Rüstungsmacher.

Die Kommission der Rüstungsmacher hat wegen der Teuerungszulage mit den Fabrikanten verhandelt, ist aber nicht mit ihnen einig geworden. Die Fabrikanten haben berechnet, daß der Durchschnittslohn über, wie sie sagen, der Grundlohn der Rüstungsmacher im Jahre 1914 wöchentlich 50 M. betrug. Hierfür wollen sie 25 Proz., also 12,50 M. wöchentlich als Teuerungszulage gewähren. Die am Freitag abgehaltene Versammlung der Rüstungsmacher war mit diesem Angebot nicht zufrieden, sondern forderte eine Zulage von 25 Proz. des jetzt verdienten Lohnes. Da die Rüstungsfabrikanten dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe nicht angehören, so hielten sich die Rüstungsmacher für berechtigt, mit ihrer Forderung über die zwischen den beiderseitigen Organisationen des Holzgewerbes getroffene Vereinbarung hinauszugehen, um so mehr, da bereits verschiedene Fabrikanten 25 Proz. auf die jetzigen Löhne bewilligt haben. Einstimmig wurde beschlossen:

Die Versammlung lehnt das Anerbieten der Fabrikanten ab und hält nach wie vor fest an dem Beschluß der Vertrauensmänner und der Versammlung vom 2. Oktober: Überall eine Zulage von 25 Proz. auf die jetzt noch dem Tarif verdienten Löhne zu fordern und nur dort in Arbeit zu treten, wo diese Forderung bewilligt wird.

### Deutsches Reich.

#### Streit der Holzerer in Leipzig.

Seit Mitte Juli stehen die Holzerer in Leipzig mit den Unternehmern in Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage. Die Unternehmern boten schließlich pro Stunde 8 Pf., unter der Bedingung, daß die Akkordarbeit eingeführt wird. Die Arbeiter lehnten das ab, so daß die Verhandlungen scheiterten und schließlich wurde die Arbeit wieder eingestellt. Die Maurer, an die von den Unternehmern herangerufen worden war, haben es abgelehnt, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Die Unternehmer werden nun versuchen, von auswärtigen Arbeiter heranzuziehen, sie haben sich auch schon mit der Rüstungsbehörde in Verbindung gesetzt. Es wird erwartet, daß strengste Solidarität geübt wird.

### Rusland.

#### Für Carlo Tresca.

Wie der Pariser Korrespondent des „Avanti“ berichtet, hat die Befreiungsdaktion zugunsten des Arbeiterführers Carlo Tresca, der bekanntlich des Nordes angeklagt wird, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits imponierende Dimensionen angenommen, die ihren Eindruck auf die offiziellen amerikanischen Kreise nicht verhehlt haben. Der erste Erfolg dieser Agitation ist im Staate Minnesota, dem Hauptplatz der bedauerlichen Vorgänge, die zur Verhaftung Trescas führten, zu verzeichnen. Das Arbeitssamt dieses Staates hat vor kurzem eine Kommission, bestehend aus den Herren von Lesochier und Martin Cole zur Untersuchung des Minnearbeiterstreiks, seiner Ursachen und seines Verlaufes eingesetzt — der Bericht dieser Kommission wird jetzt von der Chicagoer Zeitung „Parola Proletaria“ publiziert und lautet für die Arbeiter überaus günstig. Er stellt eine volle Verurteilung der Minnegesellschaft und eine resloße Rechtfertigung der Arbeiter dar, deren Verurteilung zum Streit

in hohem Maß anerkannt wird. Die Forderungen der Arbeiter waren durchaus maßvoll und angefaßt der Arbeitsverhältnisse in jener Gegend sehr begründet. Obwohl die normale Arbeitszeit nach dem Uebereinkommen vor dem Streik nur acht Stunden betrug, ließen die Minnebesitzer die Arbeiter 8½ bis 9 Stunden ohne jeden Entgelt für die längere Dauer arbeiten und suchten sogar nach Möglichkeiten die Preise herabzusetzen. Auch alle sonstigen Klagen über die schlechte Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer stellen sich als wahr heraus, sie wurden durch unwiderlegliche Zeugenaussagen bestätigt. Daher stellt die Verhaftung friedlicher Arbeiter, deren Haltung durchaus ruhig und müßtergültig war, einen Akt schlimmster Ungerechtigkeit und Willkür dar, für den nicht allein die Unternehmer, sondern in nicht geringerem Maße der Staat verantwortlich gemacht werden muß, der die betrafte Macht gegen die Arbeiter aufbot, um die Interessen der Unternehmer zu schützen und ihren Mißbräuchen Vorschub zu leisten.

Die „Parola Proletaria“ bemerkt hierzu: Wenn die Regierung gerecht wäre, müßte sie nach diesem Bericht die Verhafteten sofort freilassen, statt ihrer die verantwortlichen Leiter der Gewerkschaften und ihre Agenten ins Gefängnis werfen und diese zur Annahme der Arbeiterforderungen nötigen. Aber das wird die Regierung schwerlich tun. Kein Hund friß den anderen — nicht einmal in einer freien Republik.

## Aus der Partei.

### Die Abstimmungen der Reichskonferenz.

In der Parteipresse und in Versammlungen wird vielfach mit der Behauptung operiert, daß bei den zwei wichtigsten Abstimmungen der Konferenz die weit überwiegende Mehrheit der Parteigenossen sich durch ihre Delegierten für die Mehrheitspolitik entschieden hätte. Diese Behauptung ist falsch und mit ihrer Hilfe wird auch das Votum der Reichskonferenz objektiv gefälscht! Die Delegiertenwahlen, über deren un-demokratische Einzelheiten hier nicht nochmals gesprochen werden soll, wurden bekanntlich auf Grund des Mitgliederbestandes vom 1. April 1914 vorgenommen. Wenn dessen Zahlen für die Delegiertenwahlen herhalten müßten, dann müßten sie auch zur Bewertung der Abstimmungen gelten. — Die Mitgliederzahl der Gesamtpartei hat nach dem Bericht des Parteivorstandes vom 1. April 1914 nämlich 1 085 905 betragen — die Hälfte also 542 952. Die beiden hier in Betracht kommenden Abstimmungen betrafen:

1. die Frage, ob die Konferenz sachliche Abstimmungen vornehmen soll oder nicht, und
  2. die Frage der Kriegskreditbewilligung und der Billigung der Fraktionspaltung.
- Hierbei stimmten die Mitgliedschaften der einzelnen Bezirke durch ihre Delegierten, wie folgt:

Bezirke:	1. namentl. Abstimmung gegen		2. namentl. Abstimmung für	
	Abstimmung.	Kredite	Abstimmung.	Kredite
Preußen	10 488	10 488		
Westpreußen	4 407	4 407		
Posen	1 080	1 080		
Pommern	6 096	6 096		
Groß-Pran	121 689	121 689		
Brandenburg	3 838	3 838		
Breslau	772	772		
Görlitz	6 828	6 828		
Oberlangensbielau	2 000	2 000		
Rattowig	2 724	2 724		
Magdeburg-Deßau	37 854	37 854		
Halle	22 605	22 605		
Erfurt	9 326	9 326		
Schleswig-Holstein	55 087	55 087		
Hannover	1 770	1 770		
Westf. Westfalen	14 821	14 821		
Westf. Westfalen	6 508	6 508		
Frankfurt a. M.	21 622	21 622		
Rassel	6 793	6 793		
Oberhein	527	527		
Riederrhein	41 099	41 099		
Nordbayern	26 760	26 760		
Südbayern	4 750	4 750		
Walg.	1 800	1 800		
Dresden	51 124	51 124		
Chemnitz	14 516	14 516		
Leipzig	50 352	50 352		
Widau	18 215	18 215		
Württemberg	13 791	13 791		
Baden	1 991	1 991		
Deßau	13 250	13 250		
Mecklenburg-Vorpomm.	19 036	19 036		
Thüringen	21 830	21 830		
Oldenburg	9 080	9 080		
Braunschweig	13 993	13 993		
Hamburg	15 500	15 500		
Rordwest	28 155	28 155		
	516 079	516 079	540 688	467 188

Die höchsten Gesamtstimmern der „Mehrheit“ erreichen also in keinem der beiden Fälle die Hälfte der deutschen Parteimitglieder! Dieser Hälfte kommt vielmehr die Stimmenzahl der Minderheit von 516 079 bei der ersten Abstimmung schon sehr nahe. Sie wäre auch bei unparteiischen, von Zensur und Belagerungszustand ganz unbeeinflussten Delegiertenwahlen ohne Zweifel bei beiden Abstimmungen erreicht worden, und sie wird in einem späteren solchen Falle unbedingt erreicht werden! Alles spricht und wirkt dafür!

### Zwanzig Jahre tschechoslawische Bildungsschule.

Die tschechoslawische Sozialdemokratie hat — wie die Wiener Arbeiterzeitung“ mitteilt — in diesen Tagen das Jubiläum des zwanzigjährigen Bestandes ihrer Bildungszentrale gefeiert. Am 27. September 1896 wurde in Prag die Dolnicka Akademie (Arbeiterakademie) gegründet, die aus kleinen Anfängen aus einer vornehmlich für Böhmen bestimmten Bildungsschule allmählich zu einer das ganze Reich umfassenden Bildungsorganisation wurde. Die Anregung zu dieser Gründung geht auf eine Beratung der Vertreter der tschechischen Arbeitervereine zurück, bei der 72 Bildungs- und Fachvereine aus Böhmen vertreten waren. Die gründende Versammlung fand aber erst im nächsten Jahre statt. Die Gründung erfolgte unter Mitwirkung der fortschrittlichen tschechischen Intelligenz, aber diese zog sich, wie das „Pravo Lidu“ in einem Jubiläumartikel hervorhebt, bald zurück, namentlich, als der erste Präsident Steiner beim Eintritt der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten in das Reichsparlament seine bekannte Erklärung gegen das Staatsrecht abgab, und als die tschechische Sozialdemokratie als selbständige Partei auftrat. So war die Akademie ausschließlich auf die eigenen Kräfte der Partei beschränkt und sie hat auch seither weder von der Gemeinde, noch vom Lande oder vom Staate, noch von bürgerlichen Institutionen eine Hilfe erhalten. Trotzdem hat sie ihre Vortrags- und Bibliothekstätigkeit immer weiter ausgebaut und vor zehn Jahren ihre Tätigkeit auf das ganze Reich auszudehnen vermocht. Der Krieg hat ihre Tätigkeit allerdings wesentlich eingeschränkt, so daß nicht nur eine Reihe von Beschlüssen, die einen weiteren Ausbau bezweckten, so besonders die Errichtung von Kreisbildungsausschüssen und die Veranstaltung einer zweiten Arbeiteruniversität (die erste war im Jahre 1904 abgehalten worden) unterbleiben, sondern auch die Vortragstätigkeit auf Prag beschränkt werden mußte.

# Chronik des Weltkrieges.

8. Oktober 1914.

**Westlicher Kriegsschauplatz:** Vor Antwerpen ist das Fort Breendonc genommen. Der Angriff auf die innere Fortlinie und damit auch die Beschließung der dahinterliegenden Stadtteile hat begonnen. Die Luftschiffhalle in Düsseldorf wurde von einer durch einen feindlichen Flieger geworfenen Bombe getroffen. Die Hülle eines in der Halle stehenden Luftschiffes wurde zerstört.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Eine von Lomsha marschierende russische Kolonne erreichte Syd. Russische Angriffe auf Przemyśl brachen unter fürchterlichen Verlusten im Feuer der Festungswerke zusammen. Die österreichischen Truppen drangen auf der Chaussee nach Przemyśl bei Barcz vor und warfen die Russen zurück, denen Beschüsse abgenommen wurden.

Die Säuberungsaktion in Bosnien macht weitere Fortschritte. Ueber Biograd eingedrungene russische Kräfte wurden in zweitägigem Kampfe vollständig geschlagen und zu eiligem Rückzug gezwungen. Ein serbisches Bataillon wurde gefangengenommen.

8. Oktober 1915.

**Westlicher Kriegsschauplatz:** Bei einem erfolgreichen Vorstoß der deutschen Truppen südlich von Ste. Marie-a-Py wurden 236 Gefangene gemacht.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Die Armee des Generals v. Einlingen machte nordwestlich von Czartoryst Fortschritte. Die deutschen Truppen der Armee des Generals Graf Bothmer wiesen mehrere russische Angriffe ab.

Auf der galizischen und wolgynischen Front lebhafteste Kämpfe, bei denen die Russen in den beiden letzten Tagen insgesamt 4000 Gefangene verloren.

**Balkan-Kriegsschauplatz:** Der Uebergang über die Drina, Save und Donau nimmt einen günstigen Verlauf. Südwestlich von Belgrad wurden 300 Serben zu Gefangenen gemacht.

Griechenland und Rumänien erklären erneut, an ihrer Neutralität angesichts des Balkankrieges festhalten zu wollen. Das neue griechische Kabinett wurde unter dem Vorsitz von Zaimis gebildet.

## Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde.

Unser Duisburger Parteiblatt, die „Niederrhein. Arbeiterzeitung“, veröffentlicht in seiner Freitagnummer ein umfangreiches Schriftstück, das mehr als die meisten der bisherigen Veröffentlichungen geeignet ist, die Beweggründe der Ministerarbeit jener Kleinen, aber mächtigen Clique zu erkennen, die seit einigen Monaten mit der Unterwühlung und Vergiftung unseres gesamten politischen Lebens beschäftigt ist. Das veröffentlichte Schriftstück ist die wortgetreue Wiedergabe einer vertraulichen Eingabe an das sächsische Ministerium des Innern vom 22. August d. J., die unter Bezugnahme auf eine Eingabe vom 10. Juli an den König von Sachsen die Gründe darlegt, die die unverzügliche Beseitigung der jetzigen Reichsregierung notwendig machen. Zunächst übt die Eingabe scharfe Kritik an der Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft und fährt dann fort:

„Ganzler jedoch sind die Bedenken, die sich gegen die Leitung der Reichsgeschäfte im allgemeinen erheben, worin die Gebarungen der Z.-E.-G. nur das geringfügige Glied einer langen Kette bilden. Gerade in den besten national-gesamten Kreisen, die von jeder die selbstlosen Träger einer starken monarchischen Staatsordnung sind, ist die Verstimung gegen die derzeitige Leitung der Reichsgeschäfte in stetem Wachsen begriffen. Der Herr Reichskanzler beklagt sich über eine gewisse Agitation, die die „innere Gefährlichkeit“ im Kampfe gegen den äußeren Feind gefährdet. Der Wahrheit zur Ehre muß gesagt werden: die innere Gefährlichkeit ist gefährdet durch die befremdliche Haltung der Reichsleitung, die eine ganz einseitige Agitation begünstigt, welche den Wünschen und Anschauungen des deutschen Volkes keineswegs entspricht — ja die sogar mit wenig wählbaren, oft unwürdigen Mitteln die ihnen mißliebigen Bestrebungen unterdrückt. Wenn Vertreter einer „Politik der Mäßigkeit“ sich der offenen Zustimmung der obersten Reichsleitung erfreuen,

wie z. B. der Fürst Bedelsche Nationalauschuss (den man zutreffend den „Auschuß zur Vorbereitung eines saulen Friedens“ genannt hat), so muß die Vegetierung für das Reich und die Entschlossenheit, den gegenwärtigen Existenzkampf siegreich zu beendigen, erlahmen. Es besteht eine weitgehende Kriegsmüdigkeit, nicht wegen der Opfer, sondern weil der Reichsregierung Kraft und Fähigkeit fehlen, den Willen und die Entschlossenheit unseres Volkes auf hohe Ziele zu lenken.

Weiter folgt eine Kritik der äußeren Politik der Regierung vor dem Kriege, der „Schwäche“ und „ausnahmsloses Zurückweichen“ vor den Feinden vorgeworfen wird.

Nach außen schwächlich, im Innern gegen demokratische Kräfte nachgiebig, kleinlich gegen die unbedingt nationalen Elemente — das ist das Bild der jetzigen Reichskanzlerschaft.“

Die weiteren Ausführungen der Eingabe gehen von folgendem Satze aus:

„Die Reichsleitung steht vollkommen unter dem Einfluß der Berliner Plutokratie und stützt sich zur Durchführung ihrer Politik auf die jüdisch-demokratische Presse, deren Ministerarbeit vor dem Kriege nicht zum wenigsten im Ausland die falsche Einschätzung der deutschen Zustände verschuldet hat.“

Die „Begründung“ dieses Satzes, die von antifeminitischer Gehässigkeit strotzt, schließt mit den Worten:

„Die Bestimmung über diese Tatsachen ist allgemein — sowohl ethische politische Urteilsfähigkeit herrscht; sie reicht weit hinaus bei in die Kreise, die sich stets als die besten Träger des monarchischen Gedankens bewährt haben und es zu bleiben wünschen. Selbst in bisher national-gesamten Schichten und aus dem Felde kann man immer wieder das Wort hören: „Nach dem Kriege wählen wir alle rot!“

Nach dem weiteren Hinweis darauf, daß das „Vertrauen zur obersten Leitung völlig dahin“ sei, schließt die Eingabe mit den Worten:

„So drängt an die Frage auf: Ist eine Regierung, die durch Mangel an politischem Weitblick, irrige Anschauungen und verfehlte Maßnahmen ihr Land in diese fürchterliche Lage gebracht hat, berufen, es aus dieser Gefahr herauszuführen? — In seiner Not braucht das Reich starke Führer von unbewiesener politischer Befähigung. Die Zeit ist nicht dazu angetan, die Entscheidung der wichtigsten Dinge Personen zu über-

lassen, die alle Politik nach Laune und Liebhaberei handhaben; es ist nicht Zeit für eine von der Eitelkeit diktierte Sünflingswirtschaft, welche die Starken und Tächtigen wegintrigiert; es ist vielmehr Zeit, daß das Reich seine fähigsten Köpfe und festen Charaktere zu Hilfe ruft.

Sind solche Männer vorhanden? — Ja; sie sind zu finden in den Reihen, die ihren politischen Scharfsinn dadurch bekundeten, daß sie die Lage und die kommenden Dinge richtig beurteilten, die die heutige Not voraussahen — in den Kreisen, die oft genötigt waren, den schwächlichen und verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung zu widersprechen und die deshalb der öffentlichen und geheimen Verfehlung verfielen.“

Geht aus dem Inhalt dieser Eingabe schon klar hervor, welche Ziele die hinter der Eingabe stehenden Kreise verfolgen, so zeigt ihre Herkunft auch die näheren Beweggründe der ganzen Aktion. Wie unser Duisburger Parteiblatt mitteilt, steht hinter der Eingabe eine Gruppe von Männern um Kirdorf und Körting, über deren Schreiben an eine Anzahl konservativer und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter die Presse in diesen Tagen berichtet hat. Im Auftrage dieses Kreises wurde die oben wiedergegebene Eingabe einer im Stadtgebiet Duisburg belegenen Druckerei zur Vervielfältigung übergeben, offensichtlich um dann das Dokument in breiteren Kreisen zu verbreiten. Es steht fest, daß auch hinter diesem Vorstoß Vertreter des Großkapitals stehen, die sich um Kirdorf, den Vorsitzenden des Sechsenverbandes, gruppieren. Mit Recht sagt von ihnen unser Duisburger Parteiblatt:

„Das empörendste in dem Schriftstück ist, daß die politischen Bestimmungsgenossen der Kirdorf und Körting den traurigen Rat aufbringen, es so hinzustellen, als seien sie Gegner des Großkapitals und kapitalistischer Bestrebungen und bekämpften deshalb des Reichskanzlers Politik. Die Dividendenpolitiker haben gewaltige Vorteile vom Kriege und haben keine Freude an einer Politik, die in dem „Vornur“ gipfelt. Bethmann Hollweg sei ein Gegner von Inneren und erstrebe den Frieden. Wir wissen, daß es die wichtigsten und reichsten Kapitalisten sind, deren Interessen die Politiker wahren, welche die geheimen Ränke gegen den Kanzler spinnen und große Geldmittel für dieses verächtliche Treiben opfern.“

Diesen Ränken der Männer jener Industriezweige, die am meisten am Kriege verdienen, liegt letzten Endes die Furcht zugrunde, daß ein „frühzeitig“ geschlossener Friede ihren Kriegsprofiten ein Ende machen würde. Weil ihr Profit gedeiht, zernern sie über „Schwäche“ und „Nanauherie“ der Regierung; weil ihre Spekulationen sich noch nicht voll verwirklicht haben, fordern sie den Krieg bis zum Weißbluten, den Krieg bis zum Wahnsinn, ohne Rücksicht darauf, welche Konsequenzen, die von ihnen geforderte „zielbewußte“ Kriegspolitik haben muß. Natürlich spielen hier auch innerpolitische Gesichtspunkte mit. Den Magnaten der Großindustrie ist ebenso wie den Magnaten des Grundbesitzes die Furcht vor einer Demokratisierung der inneren Politik im Nacken. Um dieser Gefahr zu begegnen, wird auch für die innere Politik jene „starke Hand“ verlangt, die von der Fronde in der äußeren Politik so schmerzlich vermißt wird. So bereinigen sich rücksichtslos Profitinteressen mit dem festwurzelnden Haß gegen die breiten Volksmassen in einer politischen Aktion, die im gegenwärtigen Augenblick ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint.

## Politische Uebersicht.

Das Ergebnis der 5. Kriegsanleihe.

Amtlich. Berlin, 7. Oktober. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages teilte der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Graf v. Noeder mit, daß das Ergebnis der 5. Kriegsanleihe 10 590 000 000 Mark betrage. Feld- und Auslandszeichnungen sind in dieser Summe noch nicht voll enthalten.

Die Gesamtzeichnungen auf die fünf deutschen Kriegsanleihen überstiegen hiermit den Betrag von 46 500 000 000 Mark.

I. Vom Ende September 1914 . . . . .	4 461 Millionen Mark
II. Vom Ende März 1915 . . . . .	9 060 „
III. Anfang Dezember 1915 . . . . .	12 160 „
IV. Anfang April 1916 . . . . .	10 767 „
Summe I—IV . . . . .	36 448 Millionen Mark
V. 7. Oktober 1916 . . . . .	10 590 „
Summe I—V . . . . .	47 038 Millionen Mark

Die „Denkschrift des Admiralsstabes“.

Die „Liberale Korrespondenz“ hatte, wie wir kürzlich mitteilten, auf den Vertrieb einer angeblichen Denkschrift des Admiralsstabes hingewiesen, die von der Kanzlerfronde für ihre Propäde ausgeklüchtet wird. Darob große Entrüstung in der rechtsstehenden Presse und ein „Dementi“ des nationalliberalen „Deutschen Kuriers“, in dem es u. a. heißt:

„Die betreffende Denkschrift ist, wie schließlich jede Arbeit eines Reichsamtes, von einer zum Admiralsstab kommandierten wissenschaftlichen Persönlichkeit verfaßt; sie hat die Billigung des Admiralsstabes gefunden und ist, vom Chef des Admiralsstabes unterzeichnet, an den Reichskanzler weitergegeben worden. An dem amtlichen Charakter der Denkschrift dürfte daher kein Zweifel bestehen.“

Nun veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in dieser Angelegenheit folgende Erklärung:

„Die Presse beschäftigt sich neuerdings mit einer „Denkschrift des Admiralsstabes“ in Sachen des U-Bootkrieges. Die Angelegenheit ist im Haushaltsausschuß des Reichstages zur Sprache gekommen und dort kurzgefaßt worden. Im Februar dieses Jahres überbandte der Admiralsstab dem Reichskanzler eine Arbeit „Die englische Wirtschaft und der U-Bootkrieg“ mit dem Vermerk: „Geheim“ und „Darf nicht veröffentlicht werden!“ Diese Arbeit hat im Verlauf des Jahres an sie ankämpfenden Schriftwechsellern der Verfasser der Denkschrift selbst in einer vom Admiralsstab dem Reichskanzler überbandten Kennerung als „eine nicht vom Admiralsstab ausgehende, sondern im Admiralsstab bearbeitete rein wirtschaftliche Denkschrift“ bezeichnet. — Die Arbeit ist dann als „Die Denkschrift des Admiralsstabes“ unter der Hand auszugswise in einer großen Anzahl von Exemplaren verbreitet worden, und zwar zusammen mit einer, vom Reichskanzler ein-

geforderten, gleichfalls als „Geheim“ bezeichneten Kennerung des Staatssekretärs Dr. Helfferich und der Gegenüberstellung des Verfassers der Denkschrift, jedoch ohne die hierauf wieder erfolgte Schlussfolgerung des Staatssekretärs.“

In derselben Angelegenheit schreibt der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Bachnide in der „Liberale Korrespondenz“, daß diese angebliche „Denkschrift des Admiralsstabes“ durch Vertrauensbruch verbreitet worden sei.

Zur Debatte über den U-Bootkrieg.

Die „B. Z. am Mittag“ veröffentlichte gestern aus der „Liberale Korrespondenz“ einen Artikel des freisinnigen Reichstagsabg. Dr. Bachnide, in dem dieser ausführlich die Gründe darlegt, die den Reichskanzler im Frühjahr voranlachten, dem Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Kriege nicht nachzugeben.

„Dieser Artikel — so schließt Dr. Bachnide seine Betrachtung — führt nicht dazu, den Kredit der Kanzlergegner zu erhöhen. Wenn etwa in der Zukunft der Augenblick kommt, wo wir die wichtigste Waffe anzuwenden haben, wird unter Berücksichtigung sämtlicher dafür maßgebender Umstände erwogen werden. Prinzipielle Gegner eines U-Boot-Krieges gibt es — außer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — nirgends. Streilig kann immer nur sein, ob und wann seine Durchführung und einem siegreichen Ende des Krieges näherbringt. Das aber können nur diejenigen richtig beurteilen, in deren Händen alle Fäden zusammenlaufen und deren Augen die gesamte Lage überschauen.“

Gegen die Darstellung des Herrn Dr. Bachnide erhebt nun die „Deutsche Tageszeitung“ in scharfer Weise Protest. Ueber die angeführten Hauptgründe für die „Einstellung eines wirklichen U-Boot-Krieges im Frühjahr“ schreibt sie, daß sie „das direkte Gegenteil für richtig“ halte. Sie fährt dann fort:

„Nachdem auf diese Weise ein parlamentarischer Vorträger der Gegenseite Argumente öffentlich in der Presse vorgebracht hat, deren öffentliche Behandlung den Zeitungen bisher unmöglich war, halten wir es für selbstverständlich, daß nunmehr auch uns ermöglicht wird, diese Argumente öffentlich zu widerlegen. Wir hoffen, bereits in der nächsten Nummer eine entsprechende Entgegnung bringen zu können.“

Die Ursachen der Herikalen Kanzlerfronde.

Im „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 4. d. M. befaßt sich Dr. Julius Bachem mit den Kommentaren zur Kanzlerrede und erklärt: „Ich möchte übrigens ausdrücklich feststellen, daß nach bestimmten Versicherungen führender Persönlichkeiten der bayerischen Zentrumspartei, die der Reichsleitung abgeneigte Haltung auch bayerischer Zentrumskreise ihren Grund keineswegs in reichsweiten partikularistischen Strömungen hat, sondern eher in der Befürchtung eines zu weitgehenden Entgegenkommens gegenüber der Sozialdemokratie, welches in Bayern besonders in Erscheinung trete, sowie in minder glücklichen Berliner Maßnahmen in der Frage der Lebensmittelversorgung, durch die man sich besonders bedrückt fühlt.“

Mit dieser Begründung ihrer ablehnenden Haltung gegen die Reichsregierung begegnen sich die Herikalen Kanzlergegner in Bayern mit jenen Elementen im konservativen und nationalliberalen Lager, die dem Kanzler vor allem aus innerpolitischen Gründen feindlich gegenüberstehen. Nicht etwa als ob sie schon jetzt Grund hätten dem Kanzler ein „zu weitgehendes Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie“ vorzuwerfen. Ein solches Entgegenkommen besteht bekanntlich nicht, wenigstens soweit ernsthafte politische Zugeständnisse in Betracht kommen. Diese Frondeure fürchten aber wohl, daß Herr von Bethmann Hollweg sich nicht gut der Verpflichtung wird entziehen können, mindestens die angeklügelte innerpolitische Neuorientierung anzubahnen. Deshalb ziehen sie es vor, ihn schon frühzeitig aus dem Wege zu räumen. —

Die „Kreuzzeitung“ bezweifelt allerdings, ob Herr Dr. Bachem die Beweggründe der führenden Persönlichkeiten der bayerischen Zentrumspartei „zutreffend und erschöpfend“ wiedergegeben habe. Dieser Zweifel dürfte insofern berechtigt sein, als bei einem Teil der Herikalen Kanzlerfronde sicherlich nicht nur innerpolitische Beweggründe mitwirken.

Weiteres über die Haltung des Zentrums.

Im Anschluß an die wiedergegebenen Äußerungen Dr. Bachems über das bayerische Zentrum ist eine Erklärung von Zinterhoff, die das Dortmunder Zentrumsorgan, die „Trenonia“, über die Haltung des Zentrums abgibt:

„Wir begehren keine Indiscretion, wenn wir sagen, daß die Frage, welche Herr Zinterhoff Bachem hier angeschnitten hat, hängt im Reichsausschuß der Zentrumspartei auf seiner Tagung in Frankfurt a. M. am 26. und 27. September der Gegenstand eingehender Beratungen gewesen ist und daß unter allen maßgebenden Führern des Zentrums in Nord- und Süddeutschland volle Einstimmigkeit darüber herrschte, daß die Zentrumspartei eine Fronde gegen die gegenwärtige Reichsleitung in dieser ersten Zeit nicht mitmacht. Wir tun nicht mit, wenn man den Reichskanzler um deswillen tadeln will, weil er angeblich der Sozialdemokratie zu weit entgegenkommt, wir tun nicht mit, wenn man ihn tadeln will, weil er in der Frage des U-Boot-Krieges angeblich nicht scharf genug ist. Die Sorge um die Stellung der Reichsleitung gegenüber der Sozialdemokratie ist verfehlt und verfrüht, sie muß gegenüber den anderen wichtigeren Sorgen des Tages zurücktreten. Und wie der U-Boot-Krieg zu führen ist, will das Zentrum lediglich den berufenen Instanzen überlassen. Das Zentrum steht nach wie vor auf dem Boden, den die Partei seinerzeit im Reichstages durch den Mund des Vorsitzenden seiner Reichstagsfraktion, Herrn Dr. Spahn, eingenommen hat.“

Das Zentrum hat andererseits keine Ursache, sich als eine besondere Schutztruppe für die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers zu gerieren; es beurteilt den Reichskanzler rein sachlich nach seinen Taten und nach seiner Stellung zu den Forderungen der Zentrumspartei. Tritt der Reichskanzler für diese Forderungen ein, dann unterstützt es ihn in diesen Dingen, tritt der Reichskanzler gegen diese Forderungen ein, dann bekämpft es ihn. Aber über allen Kämpfen steht dem Zentrum die Sorge für das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes, für die notwendige Einigkeit und Geschlossenheit in dieser schweren Zeit. Und drückt absolut nicht die Sorge um die Stellung des Reichskanzlers zur Sozialdemokratie. Wir wünschen vielmehr aufrichtig, daß die Sozialdemokratie sich in ihrer Mehrheit so entwickelt, daß sie ein staats-erhaltender Faktor wird, daß sie mit den anderen bürgerlichen Parteien für die Staatsnotwendigkeiten eintritt und den bisherigen Klassenkampf fahren läßt. Das ist der Standpunkt des Zentrums!“

Die hier ausgesprochenen Wünsche und Hoffnungen des Zentrumsorgans hinsichtlich der Sozialdemokratie wird man sich merken müssen, ebenso seine Feststellung, daß das Zentrum seine Stellungnahme zum Reichstag davon abhängig macht, wie es sich zu den Forderungen der Zentrumspartei stellt.

### Ein Hilferuf der Kriegerfrauen an den Reichstag.

Das Gewerkschaftsblatt für den Bergarbeiterbezirk Waldenburg i. Schl. hat eine Petition an den Reichstag gefandt, in dem die tiefste Lage der Kriegerfrauen des Industriebezirks dargestellt wird. Das Material, das in dieser Petition zusammengetragen ist, redet eine so eindringliche Sprache, daß man nicht gleichgültig darüber hinweggehen kann. Da in diesem Bergarbeiterbezirk die Zahl der kriegsbedürftigen Männer verhältnismäßig gering ist (Bergarbeiter sind meist rekrutiert), so ist dementsprechend auch die Zahl der Kriegerfamilien geringer als anderswo. Trotz dieser für die Kriegs-Wohlfahrtspflege günstigen Lage geht es den Kriegerfrauen hier besonders schlecht. Nur einige Beispiele dafür: Die aufgenommene Statistik umfaßt 721 Kriegerfamilien mit 788 Erwachsenen und 1618 Kindern, und zwar „reine Arbeiterfamilien“. An der Hand eines reichen Materials wird einwandfrei festgestellt, daß die Unterstützungssätze des Bezirks viel niedriger sind wie in den benachbarten anderen schlesischen Bezirken, daß aber der Lebensunterhalt durchweg bedeutend höher ist wie in diesen Bezirken. Nach Abzug aller anderen Ausgaben bleiben diesen 721 Frauen mit 1618 Kindern und alten gebrechlichen Familienmitgliedern für das nackte Nahrungsbedürfnis 18 720,45 Mark. Oder bei insgesamt 2349 Personen monatlich pro Familie 25,80 Mark, pro Kopf und Monat 7,02 Mark oder pro Kopf und Tag 28 Pfennig.

In dieser dankenswerten Materialzusammenstellung befindet sich auch ein besonderes Kapitel über das Schuldenmachen der Kriegerfamilien. Daß es bei solchen Ernährungs- und Einkommensverhältnissen ohne Schulden unmöglich gehen kann, ist nur allzu leicht begreiflich. Zahlreich sind die Schulden dieser Familien folgendermaßen erfasst: 721 Kriegerfamilien haben insgesamt 20935 Mark Schulden, im Durchschnitt pro Familie 29,04 Mark. Interessant ist auch der in der Petition enthaltene Hinweis auf das Betragen einzelner Gemeindevorsteher. Während diese Beamten der großen Industriebezirke in dem allgemeinen Verständnis für die Not befaßten, geht das den ländlichen Gemeindevorstehern meistens ab. Von einzelnen solcher Leute ist der ablehnende Bescheid auf Bewilligung erhöhter Zuschüsse damit begründet worden, daß die Bauern für ihr Getreide auch nicht mehr erhalten!

### Das tägliche Brot.

#### Ablieferung der ausländischen Rüsse.

Die Bundesratsverordnung vom 7. September 1918 bestimmt, daß Walnüsse und Haselnüsse, die aus dem Auslande eingeführt werden, an den Kriegsausgleich für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. B. G. in Berlin zu liefern sind. Von manchen Seiten wird die Auffassung vertreten, daß die von der Schale befreiten Kerne dieser Rüsse nicht unter die Verordnung fallen. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die Verordnung, der die Pflicht zugrunde liegt, die Auslieferung der Kerne für die Delgerinnung sicherzustellen, bezieht sich selbstverständlich auch auf Walnuß- und Haselnußkerne.

#### Neuregelung der Malz- und Gerstenkontingente.

Am 1. Oktober wird gemeldet: Die Gerste aus dem Erntejahr 1918 ist angebracht und kommt bereits zur Verteilung. Dies machte die Neuregelung der Malz- und Gerstenkontingente dringend erforderlich, welche nunmehr durch die Bundesratsverordnung über die Malz- und Gerstenkontingente der Brauereien, sowie den Malzhandel vom 7. Oktober 1918 erfolgt ist. Durch diese Verordnung verlieren die Verordnungen vom 15. Februar 1915 (R. G. Bl. S. 97) sowie vom 31. Januar 1916 (R. G. Bl. S. 77) ihre Gültigkeit. Die neue Verordnung schließt sich in den Grundzügen der alten an. So ist das Malzkontingent wie bisher aus Zweckmäßigkeitsgründen auf 48 Proz. belassen worden, ob jedoch die volle Befreiung der Kontingente bei den sonstigen starken Anforderungen an die diesjährige Gerstenernte tatsächlich in voller Höhe erfolgen kann, wird von dem endgültigen Ergebnis der Ernte, sowie von den Anforderungen der Heeresverwaltung abhängen.

Viel die Übertragung der Malzkontingente sind die Kontingentsvermittlungsgesellschaften berechtigt, die Bedingungen, unter denen die Übertragung zu erfolgen hat, festzusetzen. Hierdurch sollen die Vermittlungsgesellschaften in die Lage versetzt werden, einen maßgeblichen Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Um eine Benachteiligung der kleinen Brauereien, welche gegenwärtig häufig nicht in der Lage sind, ihre bisherigen Abnehmer mit Bier zu beliefern, nach Möglichkeit auszuweichen, sieht die Verordnung fernerhin vor, daß zwischen den Brauereien und Dritten Verträge zur Lieferung oder zum Bezuge von Bier nicht vor dem 15. August jedes Jahres und nur für die Dauer des nächstfolgenden Kontingentsjahres abgeschlossen werden dürfen. Bereits vor dem Inkrafttreten der Verordnung, aber nach dem 15. Februar 1915 abgeschlossene Verträge dieser Art sind insoweit hinsichtlich, als sie eine Verpflichtung für die Lieferung oder zum Bezuge von Bier über den 1. Oktober 1917 hinaus vorsehen.

#### Wiedehaltung in Sachsen.

Die anfangs September vorgenommene Viehzählung hat ein gutes Ergebnis gehabt. In Sachsen haben sich die Küder von April bis September um 25 000 Stück vermehrt; allein die Ochsen um 5 000 Stück. Das Milchvieh ist ungeändert auf gleicher Höhe geblieben. Ganz besonders gut ist auch die Schweinezahl verlaufen: in der gleichen Zeit ist eine Zunahme von 58 000 Stück, das sind 10 Proz. des sächsischen Schweinebestandes, eingetreten. Wenn auch die Schweine zum Teil erst gegen Weihnachten schlachtreif werden, so ist doch der Tiefstand überschritten und ein weiterer höherer Anstieg ist infolge der günstigen Futtermittelverhältnisse zu erwarten, die es ermöglicht, den Mästern schon jetzt Gerste in größerer Menge zur Verfügung zu stellen.

#### Ritter von Ar und Palm.

Im amtlichen „Schloßhauer Kreisblatt“ erschien vor einigen Tagen folgende Bekanntmachung des Landrats des Schloßhauer Kreises:

„Im Interesse der Landwirtschaft und in dem Glauben, daß aus dem hiesigen Kreise nur einwandfreie Getreide und gute Kartoffeln geliefert werden würden, hatte ich den Kommissionären die Verpflichtung auferlegt, die Bezahlung sofort nach Feststellung des haupthauslichen Gewichts zu leisten. Leider hat dies Verfahren zu Unzufriedenheiten geführt, indem von den Landwirten, insbesondere auch von vielen Großgrundbesitzern Getreide und Kartoffeln geliefert worden sind, die nicht entfernt den geltenden Lieferungsbedingungen entsprechen haben und deshalb von den empfangenden Stellen beanstandet worden sind. Ich habe mich daher gezwungen gesehen, die obige

Verpflichtung der Kommissionäre zur sofortigen Barzahlung aufzuheben und die Kommissionäre zu ermächtigen, geliefertes Getreide und Kartoffeln erst dann zu bezahlen, wenn der Empfänger die Ware bezahlt hat und zwar auch nur in der von dem Empfänger geleisteten Höhe.“

Hohe Preise und schlechte Ware! Das mag eine ideale Forderung für manchen Produzenten sein. Das deutsche Volk aber muß sich dafür bedanken.

### Der Gipfel der Unverschämtheit.

In der „Molkerei-Ztg.“ ist zu lesen:

„Gegen die Kannenmilchmischer wird jetzt von den Gerichten mit ganz barbarischer (!) Strafe vorgegangen. Während die Milchverlängerer früher mit 10, im schlimmsten Falle mit 100 Mark Geldstrafe bestraft wurde, werden jetzt meist Gefängnisstrafen dafür ausgesprochen. Die Strafkammer in Köln verurteilte den dortigen Milchhändler Josef Arnold wegen Milchverfälschung zu drei Monaten Gefängnis. In Berlin verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Milchgroßhändler Hermann Dolges, der gar nicht einmal mit Wasser, sondern einer milchweißen, aus Milch und Wasser vorbereiteten Mischung gefälscht hatte, zu drei Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe. Das kann die Lust an der wohlthätigen Vermehrung der knappen Milchvorräte schließlich ganz verderben.“

Als die „Molkerei-Zeitung“ nennt die Milchverfälschungen eine „wohlthätige Vermehrung der knappen Milchvorräte“, und beschwert sich, daß durch hohe Strafen die Lust an Fälschungen benommen wird. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit und zeigt zugleich davon, welchen Tiefstand die Denkweise in manchen Produzentenkreisen erreicht hat.

### Aus der italienischen Partei.

Lugano, 27. September 1918. (Fig. Bericht.)

Drei Vorgänge innerhalb der italienischen Partei haben der bürgerlichen Presse Stoffen Veranlassung gegeben, ihre Sozialistenhabe und ihr Scharfmachertum ganz besonders offenkundig zu entfallen und wieder einmal zum Denunziantenhandwerk zu greifen. Die Regierung scheint aber anderer Meinung zu sein als ihre Helfershelfer, — sie hat ein neuerliches Zensurverbot erlassen, demzufolge die „gefährliche Angelegenheit“ — überhaupt nicht mehr besprochen werden darf. Es handelte sich vor allem um die bekannten Aufrufe der sozialistischen Jugend. Gerade im Moment, wo die Presseorgane, vor allem „Idea Nazionale“, „Popolo d'Italia“, „Secolo“ davon sprachen, daß es ein Landesverrat, wie der durch die Verweigerung des Aufrufes bewiesene, „nur durch ein paar Augen gebüht werden könnte“, gerade im Moment, wo die Fraktion zu einer dringenden Beratung in Bologna — an der auch ein Teil des Parteivorstandes teilnahm — zusammenkam, gerade in dem Moment wurde von der Regierung verkündet, die Aufrufangelegenheit dürfe nicht mehr erwähnt werden. Und die Beschlüsse der Fraktion sind von der Zensur ebenso behandelt worden. Jetzt, wo sie im Original vorliegen, ist es möglich, festzustellen, was eigentlich die Regierung mit dem fast gänzlich unterdrückten der sozialistischen Resolutionen bezweckt. Handelt es sich auch um eine Winsemöglichkeit, so ist es trotzdem charakteristisch, daß von den Resolutionen das unterdrückt wird, was sich auf die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu den konkreten Kriegsproblemen bezieht. Die allgemeinen Grundsätze, auf die sich die konkreten Forderungen stützen, werden als nicht zu gemeingefährlich betrachtet und dürfen vom lesenden Publikum zur Kenntnis genommen werden. So hat die Zensur in der Resolution, die sich auf die internationale Lage bezieht, alles gestrichen, was auf die imperialistischen Absichten der jetzt kriegführenden Länder in Europa und Asien hinweist, auf die Gefahr der ökonomischen Abberührungsmahregeln, auf die Keime künftiger Kriege, die die letzteren in sich bergen. Darüber erfährt der Zeitungsläser, ja der Parteigenosse, der Wähler der Abgeordneten, die diese Maßnahme erlassen haben, keine Silbe. Er darf nur wissen, daß die Sozialdemokratie der bürgerlich-individualistischen Auffassung die sozialistische Auffassung der „Solidarität und Mitarbeit der Völker durch internationale freie, soziale und ökonomische Beziehungen“ gegenüberstellt, welche „jegliche Kriegsmöglichkeit ausschließt“.

Außerdem hat das italienische Volk noch erfahren dürfen, daß die sozialistische Partei sich vornimmt, die schon erwähnten Grundsätze im Parlament und im ganzen Lande zu vertreten, in ihrem Lichte die vom Kriege bestimmten Ereignisse zu betrachten und die sozialistischen Parteien, welche auf dem Boden des Klassenkampfes geblieben, aufzufordern, „das europäische Proletariat über die Solidarität und den friedlichen Charakter ihrer Interessen“ aufzuklären, welche im Gegensatz zu den herrschenden Klassen stehen, deren Interessen sich widersprechen und eine ständige Kriegsgefahr in sich bergen.

Auch in bezug auf die innere Politik ist der sozialistischen Fraktion, die, auch was die numerische Bedeutung der Zahl der hinter ihr stehenden Wähler betrifft, die stärkste Partei im Lande und im Parlamente ist, nicht gestattet, ihre Stellungnahme offen zu bekennen. Das Volk darf nur die Stimme der Kriegsverherrlicher und der „nationalen Einheit“ vernehmen. Wesentlich ist aber, daß die Regierung, vom Wortlaut der sozialistischen Resolutionen unterrichtet, die Ausführung der reaktionären, ausschließlich gegen die sozialistische Partei gerichteten Pläne bis auf weiteres aufgeschoben hat.

Auch die Agitation zugunsten der Befreiung Carlo Trescas hat den sozialistenfeindlichen Organen einen Vorwand verschafft, gegen die Partei zu gehen. Hat auch die Protestbewegung — vom Parteivorstand, der Gewerkschaftszentrale und der Fraktion unterstützt — so rasch und allgemein um sich gegriffen, daß es der Regierung nicht möglich war, sofort verbietend vorzugehen, so wird das Verbot jetzt nachgeholt, indem in einzelnen Orten die Protestveranstaltungen verboten wurden, und zwar im Einvernehmen mit S. E. Visolati, der in der Tresca-Agitation ein „deutsches“, von den Sozialisten Italiens ausgeführtes Manöver erblickt.

Ein dritter sehr bezeichnender Kampf hat sich zwischen den kriegsfeindlichen und kriegsbegeisterten Elementen der römischen organisierten Arbeitererschaft bzw. ihren Führern abgespielt. Wie bekannt, wird die römische Arbeitskammer, die fast gar keine Industriearbeiter unter ihren Mitgliedern zählt, von republikanischen, syndikalistischen, anarchistischen und sozialistischen Führern geleitet, was selbstverständlich nicht nur eine konsequente Richtlinie innerhalb der Organisationen ausschließt, sondern zu ständigen Reibereien unter den Führern und Gewerkschaften geführt hat. Aus naheliegenden Gründen vertreten die republikanisch-syndikalistisch-anarchistischen Elemente stets den unpolitischen Standpunkt, die ökonomischen Organisationen des Proletariats sollten ja keine politische Richtung vertreten, geschweige denn einem politischen Programm oder gar einer politischen Partei beitreten. ... Nun aber stellen sich die Führer der Arbeitskammer Rom in den Dienst des gebührenden, vulgären Demagogentums; die Wahlen des Exekutivkomitees der Arbeitskammer sollten beweisen, wie kriegsfeindlich die Massen sind. Die Wahlkampagne, die gewöhnlich sehr heftig verlief und zu endlosen Auseinandersetzungen zwischen den Führern der verschiedenen Richtungen — für und gegen Politik, für und gegen Sozialismus — Veranlassung gab, ist diesmal im Zeichen des Krieges und des Neutralismus geführt worden. Bezeichnend ist, daß bürgerliche Presseorgane, wie das reaktionäre „Giornale d'Italia“, die sonst für die Sondervertretung der Arbeiterinteressen wenig übrig haben, sich ganz in den Dienst der

proletarischen Organisation gestellt und im Einvernehmen mit dem demokratisch-freimaurerischen „Messagero“ für die syndikalistisch-republikanisch-anarchistische Richtung, gegen die sozialistische und eine Minderheit der Anarchisten eingetreten sind. Das Leitmotiv war, das „Kleine Häuflein Sozialisten“ mundtot zu machen. Als es aber zur Abstimmung kam, konnten die kriegsfeindlichen Elemente nur dadurch eine winzige Mehrheit erreichen, daß sie im letzten Moment durch einen Gewaltstreich die Landarbeiterorganisationen von der Wahl ausschloffen, wogegen die Landarbeiterorganisationen, die Organisationen der Teamarbeiter und andere im „Quanti“ protestierten. Einen recht mageren Erfolg haben trotz allem die freimaurerisch-demokratisch-republikanisch-syndikalistischen Elemente errungen, — mit 5 Stimmen Mehrheit haben sie „gesteigt“. Die sozialistischen, kriegsfeindlichen Stimmen haben sich so bedeutend vermehrt, daß von einem „Kleinen Häuflein“ wohl kaum die Rede sein kann.

Bezeichnend ist, daß an der Spitze der für den Imperialismus mobilisierten proletarischen Kräfte Ex-Revolutionäre, Syndikalisten usw. stehen, die die Partei seinerzeit wegen ihrer zu flauen Taktik verlassen hatten, und die jetzt den Kampf gegen den neutralistisch-internationalistischen Sozialismus mit allen Mitteln unter der Leitung der Freimaurerlegen führen. (2)

### Soziales.

#### Unberechtigte Entlassung.

Ueber die Rechtsfolgen einer an falscher Stelle angebrachten Entschuldigung hatte die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu urteilen.

Die bei der Bergmann-Elektrizitätsgesellschaft angestellt gewesene Kantoristin Emma S. konnte eines Morgens infolge von Herzkrämpfen nicht ins Geschäft gehen. Eine in demselben Hause wohnende Arbeiterin, die gleichfalls bei der Besagten arbeitete, hat die Kantoristin, sie in der Fabrik zu entschuldigen. Diese kam auch der Bitte nach, brachte aber die Entschuldigung an ungeeigneter Stelle an. Sie sagte es dem Pförtner, der die Arbeiterinnen auf päpstliches Kommen hin zu kontrollieren hatte. Da der Pförtner die Entschuldigung nicht weitergab, so gelangte sie gar nicht zur Kenntnis der Bureauleitung. Als diese am nächsten Tage doch davon erfuhr, sandte sie einen bereits ausgeschriebenen Entlassungsbrief dennoch ab und hielt auch die Entlassung wegen unentschuldigter Fehlen aufrecht. Der Vertreter der Besagten wies noch darauf hin, daß die Entlassung vor Kenntnis der Entschuldigung als vollzogen gelten konnte, denn das Schreiben wäre bereits kopiert und adressiert gewesen; nur durch einen Zufall war es noch nicht zur Post gegeben.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Besagte Gesellschaft zur Zahlung von 140 M. Restgehalt. Die sofortige Entlassung sei, so heißt es in der Begründung, nicht gerechtfertigt. Die Klägerin habe alles getan, um sich zu entschuldigen. Wenn die Nachbarin diese Entschuldigung bei einem nicht kompetenten Beamten der Gesellschaft anbringt, so hätte dieser Beamte die Arbeiterin an die richtige Stelle verweisen müssen. Der Entlassungsbrief hätte, auch wenn er bereits fertig zum Versand dalag, nicht abgehen sollen.



Denkt an uns! Sendet

**Galem Aleikum**  
(Hohlrundstück)

**Galem Gold**  
(Goldmundstück)

**Zigaretten.**

**Willkommenste Liebesgabe!**

Preis: Nr. 3/4 4 5 6 8 10  
4 5 6 8 10 12 Pf.d.Stück.

einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!  
30 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient-Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze, Dresden.  
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d.Königs v. Sachsen.

**Westmann's Trauermagazin**

Größte Auswahl. Billigste Preise.

L. Mohrensstraße 37a (Kolonnaden)

H. Gr. Frankfurter Str. 110 (nahe Andreasstr.)

Auswahlleistungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

---

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69. Tel. Sp. 17909

**Naturstahl,**  
ganze Drehereien, Drehbänke samt laufend Maschinenfabrik Walthor, Berlin, Stettiner Str. 4.

**Fourage-Geschäft**  
neue Gebäude, 8 Morgen Land, sofort preiswert zu verkaufen

**A. Linder, Loppow** (Ostbahn).

**Möbel-Engros-Lager** Berliner Tischler-Tapetiermeister

**Albert Gleiser Alexanderplatz**

G. B. H. Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Privats als Spezialität:

**Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen**

in jeder Holz- und Stahlart, auf vorzügliche Ausführung, zu konkurrenzlos billigen Preisen. Beste Verarbeitung.

11 Jahre Garantie. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532, 640, 814, 992, 1038 bis 3500. Beste Verarbeitung.

Speisezimmer: M. 286, 333, 428, 505, 622, 781 bis 4000 | Wohnzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 762 bis 3000 | Wohnzimmern: M. 242, 369, 429, 543, 736, 850 bis 2500

Ständiges Lager von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl in allen Ausstattungsarten. — Einzelmöbel ohne Preisbindung. — Frankfurterstr. 42/43 ganz Deutschland direkt ab Fabrikabgabe. Illustr. Katalog mit Referenzenliste gratis.

## Tricotwaren

Bezugsscheinpflchtig

Herren-Hemden wollgemischt	5 <sup>25</sup> bis 6 <sup>00</sup>
Herren-Hemden Kammgarn, plattiert	6 <sup>50</sup> bis 7 <sup>30</sup>
Herren-Beinkleider wollgemischt	4 <sup>30</sup> bis 5 <sup>50</sup>
Herren-Beinkleider Kammgarn, plat.	6 <sup>25</sup> bis 6 <sup>75</sup>
Herren-Garnituren <small>Sack und Weste, farbige</small>	4 <sup>75</sup> bis 6 <sup>50</sup>
Damen-Schlupfhöschen <small>in vielen Sorten</small>	2 <sup>45</sup>
Damen-Untertailen <small>n. 1/2 Arm, Baumwolle</small>	1 <sup>90</sup>
Damen-Westen gestrichelt, schwarz, ohne Arm	1 <sup>75</sup> 2 <sup>45</sup>

## Damenstrümpfe

Nichtbezugs-scheinpflchtig

Baumwolle gewebt, schwarz	75 Pf. 1 <sup>45</sup>
Flor gewebt, schwarz und farbig	1 <sup>25</sup> 1 <sup>45</sup>
Flor mit Seidenglanz, schwarz und farbig	1 <sup>75</sup> 1 <sup>90</sup>
Bezugsscheinpflchtig	
Maho gewebt, schwarz	1 <sup>65</sup> 1 <sup>90</sup>
Baumwolle mit wollenem Fuß, schwarz	1 <sup>75</sup> 2 <sup>25</sup>
Wolle gewebt, schwarz	2 <sup>75</sup> 3 <sup>45</sup>

Bezugsscheinpflchtig **Kinderstrümpfe 1 30 3 10**  
1x1 gestrichelt, schwarz, Gr. 1-10, Wolle gemischt 1 bis 3

## Damen-Handschuhe

Nichtbezugs-scheinpflchtig

Wachleder Nachahmung, gelb	95 Pf.
Schweden Nachahmung, gute Qualität	1 <sup>25</sup> 1 <sup>45</sup>
Glacé Lammleder	1 <sup>95</sup>
Wachleder zum Selbstwaschen in Wasser u. Seife	2 <sup>45</sup>
Schweden starke Qualität	2 <sup>45</sup>
Glacé Lammleder, prima Qualität	2 <sup>90</sup>
Ziegenleder gute Qualität	3 <sup>25</sup>
Mocha eleganter Straßenhandschuh	4 <sup>50</sup>

## Wirtschafts-Artikel

Rohlenkasten Holz	2.75 3.50 4.25
Rohlenkasten Eisen	2.25 2.65 3.00
Rohleneimer	1.65 1.90 2.25
Rohlenhaken	2.45 2.75
Rechtshofschrank	6.75
Herbeingehänder	60, 80 Pf.
Seizrohre email.	2.25
Waschbrett	9.75 14.75

Leitern Stufe	50, 85 Pf.
Rüchensänke	1.65 1.80
Garbinnenpanner, starke Ausf.	15.50
Gasplatten-Garn., 2 Platt, 1 Erhiger	6.50
Wandkassentmühlen	2.95 4.50
Pressschneidemaschinen	6.00
Seizbretter	1.25 1.65 2.00
Marktreue	45, 65, 95 Pf.

Verandbosen mit Blechbedel.	40, 55 Pf.
Rönigshuchenform	55, 60, 90 Pf.
Springformen	1.10 1.35 1.75
Obstschneidemaschine	45, 50, 65 Pf.
Buttermaschinen	1.50 2.65 2.90
Rochkisten	9.50 11.00 18.50
Wärmefaschen	1.15 1.65
Tablets	1.75 2.65

Zink-Waschwann.) mit 8.75 11.00 13.50	
Zink-Waschbrett) mit 9.25 12.50 16.00	
Waschleinen	5.00 6.50 8.00
Plättbretter	6.75 7.00 7.50
Waschbrett) gestrichelt	4.25 5.00 6.00
Waschbrett) mit Email	6.00 7.00 8.00
Eimer mit Ring, verzinnt	1.85 2.00 2.25
Waschapparate	1.75

## Schirmständer

Supfeisen 2<sup>85</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>00</sup>

1 Waggon Ofenvorsetzer 1 45 1 75 3 00 8 50  
Supfeisen, moderne Ausführungen.. bis

## Ofentüren

mit Eisen mit Bordüre  
5x5 4x8 9x12 9x14  
60 Pf. 65 Pf. 1 30 1 45

## Bürstenwaren

Vorfenbesen	1.50 2.00 2.75
Vorfenhandfeger	1.10 1.35 1.50
Schrubber	0.65 0.75 1.25
Stahlspeiche	Pack 18 Pf.
Böhrerwachs	ca. 1-Pfd. Büchse 1.40
Möbelbürsten	1.10 1.35
Teppich-Reinigungsmaschinen	12.00 14.00

## Emaillé

Kafferofen	60, 70, 80 Pf.
Kafferofen mit Ring	1.10 1.30
Schmortöpfe	85 Pf. 1.10 1.30
Schmortöpfe mit Ring	1.75 2.10 2.50
Wasserkessel	2.10 2.55 2.85
Herbkessel	2.75 3.25 3.50
Rochtöpfe, bauch. Form 32cm 5.25 36cm 7.00	
Sand, Seife, Sobabehälter	1.25
Schaffnerkrüge	65, 75, 90 Pf. 1.00
Schüsseln	35, 40, 50 bis 2.00
Mülleimer	1.85 3.75
Schlafstimmer	1.65 3.50
Wassereimer, ca 28 cm	1.35 1.50
Einkochkessel	8.50 10.25 12.00

Waschkessel vergilbt, Erseh für Kupfer  
ca. 75 Liter 19<sup>50</sup> ca. 90 Liter 23<sup>50</sup> ca. 115 Liter 25<sup>00</sup>

Besonders preiswert! 2 Waggon Emaillé mit kleinen Fehlern  
darunter: Rochtöpfe, Kafferofen, Wasserkessel, Bratpfannen, Essträger, Kaffeekannen, Wasserschalen usw.

Waschtische  
Isoliert 3<sup>50</sup> 4<sup>25</sup> 7<sup>15</sup>



## Die Brikettproduktion

betrug im Jahre 1885	21 500 t
" " 1895	67 000 t
" " 1905	693 500 t
" " 1915	1 932 300 t

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Maß Anzüge, Paletots, Ulster fertig nach ohne Preis-erhöhung im Einzelverkauf ohne Preis-erhöhung vom großen Fabriklager ab.  
Für Anzüge Paletots Ulster wird Bezugsschein und behördliche Abstempelung von der Firma kostenlos besorgt. Alle höheren Preislagen bezugscheinfrei!  
Verkaufzeit 10-8, Sonnabende 10-8, Sonntags 12-2.  
Holkenmarkt 7-8, IV, Fahrstuhl

**Stets elegant und modern**

geht jede Dame, die ihre Kleidung in einem meiner Geschäfte einkauft. Ich unterhalte auch während der Kriegszeit eine überaus grosse Auswahl der apartesten Neuheiten und stelle es meiner Kundschaft anheim, den Betrag in bar oder in monatlichen Raten zu bezahlen; in letzterem Falle ist eine entsprechende Anzahlung zu leisten, deren Höhe sich nach der Kaufpreises richtet. Es ist daher empfehlenswert, bei meiner Firma in Anspruch zu nehmen.

**Kredit unter günstigsten Zahlungsbedingungen**

**Damen-Neuheiten für Herbst und Winter**

Mäntel in den neuesten Formen und Stoffen, Cheriol, Flausch und Diagonal Sammet-, Plüsch- und Astrachan-Mäntel mit und ohne Pelzbesatz Jacken in Sammet, Astrachan und Krimmer, beste Verarbeitung Jackenkleider, mit u. ohne Pelzbesatz, in blau, schwarz u. farbig Sammet-Kostüme, mit u. ohne Pelzbesatz, streng mod. Formen Elegante Mantel-Kleider in Kammgarn u. Sammet, nur letzte Neuheiten Backfisch-, Mädchen- und Kinder-Kleidung in reizender Machart

Grosses Lager in Pelzkrügen u. Pelzmuffen in den verschiedensten Pelzarten, in einfacher u. vornehm. Ausführung

**Neue fertige Herren-Kleidung**

Ueberzieher u. Ulster aus nur guten Stoffen, Ersatz für Massarbeit Sack- u. Rock-Anzüge in jeder gewünschten Preislage u. Farbe

## B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1  
Osten: Frankfurter Allee 350  
Süden: Kottbuser Damm 103  
Westen: Charlottenbg., Scharrenstr 5  
Ecke Wilmeradorfer Strasse

Insorat mitbringen, 3 Mark Wert

Berlin C Wallstr. 13

## Gardinen

Spezialfirma: Gardinhaus Bernhard Schwartz

Ruh und sicher wirkend bei:

## Jogal

Gicht | Hexenschuß  
Rheuma | Nerven- und  
Ischias | Kopfschmerzen

Vergil glänzend begutachtet. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 9 Pf. 1.40 u. 9 Pf. 3.50.

## Zigaretten

1,8 Pf. 1a 1000 Stck	M. 12.00 u. 14.-
8 " 1b 1000 "	18.75 " 20.-
4,2 " 1c 1000 "	24.- " 27.-
6,2 " 1d 1000 "	35.- " 46.-

Zigarillos von Mark 4,20 an.  
Zigarren von Mark 7,50 bis 25,-  
Garantiert ff. Qualität.

**Zigarettenfabriklager D. Haitrecht**

Frankfurter Allee 76, a. d. Jungstr.  
Warschauer Str. 7, a. d. Boxhag. Str.  
Versand: Boxhag. Chaussee 19, II. Et.  
Telephon: Am Alexander 990.

Gegründet 1864.

## Pelz-

waren zu gros. Einzelverkauf wie alljährlich zu billigen Preisen.

**S. Schlesinger**

Neue Königstr. 21 (Hauptbahnhof)  
kein Laden, II. Stock.  
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.  
Bitte genau a. Firma zu und Hausnummer 21 zu achten

Nicht bezugs-scheinpflchtig!

Von wunderbar. Farbenpracht!

## Calcutta

Imit. Inderteppich

Ganz dickes, smyrna-artiges Gewebe auf creme, oliv, blau oder fraise Fond, von den echten Inderteppichen kaum zu unterscheiden, Gr. ca. 90x185 cm . . . M. 10,50  
130x195 . . . 15,25  
160x225 . . . 25,00  
190x295 . . . 37,50  
250x350 . . . 58,50  
300x400 . . . 78,50

Passende Bett- und Pult-Teppiche Stck. M. 3,50, 4,75, 6,75.

Nach auswärts per Nachnahme.

**Teppich - Spezialhaus**

**Emil Lefèvre**

Berlin S. Seit 1882 nur  
Oranienstrasse 158.

**WO KAUFTE MAN GUT?**

BEI

C&A

BRENNINKMEYER CMBH

**Königstr. 33**      **Sonntags geschlossen**      **Chausseestr. 113**  
 a. Bahnhof Alexanderpl.      beim Stettiner-Bahnhof



Samt —  
 Gute Ware —  
 Pelzverbrämt —  
 tadelloser Sitz —  
 und nur  
**93.50**

Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
 7 1/2 Uhr: **Rose Bernd.**  
 Nachm. 3 (kl. Pr.): Minna v. Barnhelm.  
 Montag: **Rose Bernd.**

**Kammerspiele.**  
 8 Uhr: **Jonathans Töchter.**  
 Nachm. 3 (kl. Pr.): Wetterleuchten.  
 Montag: **Hedda Gabler.**

**Volksbühne.** Theater a. Bülowpl.  
 8 Uhr: **Nachtsyl.**  
 3 Uhr (kl. Pr.): Kabale und Liebe.  
 Montag, 8 1/2 Uhr: **Meister Olaf.**

Dir. Meinhard-Bornauer.  
**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
 8 Uhr: Paul Lange u. Tora Parsborg.  
 Nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**

**Komödienhaus**  
 8 Uhr: **Der 7. Tag.**  
 Nachm. 3 Uhr: **Filmzauber.**

**Berliner Theater**  
 8 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.  
 3 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

**Theater am Sonntag, den 8. Oktober.**  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 8 Uhr: **Don Juan.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater  
 3 Uhr: **Figaros Hochzeit.**  
 8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

**Geb. Herrnfeld-Theater**  
 Heute nachmittag 3 Uhr  
 bei ganz kleinen Preisen:  
 „Die Ehre“ v. H. Sudermann.  
 8 1/2 Uhr: **Villa Pschesina.**

**Kleines Theater**  
 3 1/2 Uhr: **Jettchen Gebert.**  
 8 Uhr: Lotte's Geburtstag.  
 Gentz und Fanny Eisler.  
 Paul und Paula.

**Residenz-Theater**  
 8 Uhr: **Der Mandarin.**  
 3 1/2 Uhr: Die Siebzehnjährigen.

**Schiller-Theater O**  
 3 Uhr: Schirin und Gertraude.  
 8 Uhr: **Der Herr Senator.**

**Schiller-Th. Charlottenb.**  
 3 Uhr: Die gelbe Nachtigall.  
 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**

**Voigt-Theater.**  
 Badstr. 56.      Badstr. 56.  
 Täglich:  
**Der Prozeßhansel.**  
 Volkschauspiel in 4 Aufzügen.  
 Sonnt. 3 Uhr: Das Bild des Signorilli.  
 Kaffeneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

**Verband der Freien Volksbühnen**  
 Sonntag, 8. Oktober 1916:  
 Nachmittags 3 Uhr:  
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz:  
 Kabale und Liebe.  
 Deutsches Opernhaus: Hoffmanns  
 Erzählungen.  
 Schiller-Theater, Charlottenburg: Die  
 gelbe Nachtigall.  
 Schiller-Theater Ost: Schirin und  
 Gertraude.  
 Felling-Theater: Die gutgeschneidene  
 Ede.  
 Künstler-Theater: Schwarzer Peter.  
 Abends 8 Uhr:  
 Hofhaus: Aus der Geflügelte der  
 Oper.  
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz:  
 Montag u. Dienstag: Meister Olaf.  
 Mittwoch und Donnerstag: Das  
 Wintermärchen.

**Rose-Theater.**  
 8 Uhr: Die Welt ohne Männer.  
 8 1/2 Uhr: Eine Frau ohne Vers.

**Herrnfeld-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Villa Pschesina**  
 der größte Lacherfolg!  
 Heute Sonntag,  
 nachm. 3 Uhr  
 Volkstümliche Vorstellung:

**Die Ehre.**  
 Schausp. in 4 Akt. v. H. Sudermann  
 Preise für die Nachm.-Vorstellung:  
 Logen u. Orh.-Faut. 1.50, Park-  
 Faut. I. Park u. Rangbalk. 1.00 M.,  
 I. Rang, II. Park 50 Pf.  
 Vorverk. tägl. 11-2 Theaterkasse.

**Walhalla-Theater.**  
 8 1/2 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**  
 8 Uhr: **Seemannsleichen.**

**Pakast**  
 Theater am Zoo  
 Heute 2 Vorstellungen  
 3 1/2 Nachm. jed. Erw. 8 U.  
 1 Kind frei.  
 In beiden Vorstellungen:  
**Persönliches Auftreten**  
 der berühmten Kinokünstlerin

**Hedda Vernon**  
 und das ungekürzte heitere  
 Oktober-Programm.

**Casino-Theater.**  
 Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr  
 einzig in seiner Art in Groß-Berlin.  
 Berliner Humor in erster Welt.  
**Meine gute Olle.**  
 Original-Polke in 3 Aufzügen.  
 Vorher erstklassiger hunder Teil.  
 Sonntag 4 Uhr: Die Milchschützen.

**Lessing-Theater.**  
 Direktion: Victor Barnowsky.  
 8 Uhr: Die beiden Klingenberg.  
 Nachm. 3 Uhr: Die gutgesch. Ecke.

**Deutsch. Künstler-Theater.**  
 8 Uhr: Jüngling mit d. Ellenbogen.  
 Nachm. 3 Uhr: Schwarzer Peter.

**URANIA Taubenstr. 48/49.**  
 4 Uhr (halbe Preise):  
**Aegypten, der Suezkanal**  
 und der Weltkrieg.  
 8 Uhr: **Die Bagdadbahn.**  
 Montag 4 Uhr (halbe Preise):  
**Aegypten, der Suezkanal**  
 und der Weltkrieg.  
 8 Uhr: **Die Bagdadbahn.**

**Herrnfeld-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Villa Pschesina**  
 der größte Lacherfolg!  
 Heute Sonntag,  
 nachm. 3 Uhr  
 Volkstümliche Vorstellung:

**Die Ehre.**  
 Schausp. in 4 Akt. v. H. Sudermann  
 Preise für die Nachm.-Vorstellung:  
 Logen u. Orh.-Faut. 1.50, Park-  
 Faut. I. Park u. Rangbalk. 1.00 M.,  
 I. Rang, II. Park 50 Pf.  
 Vorverk. tägl. 11-2 Theaterkasse.

**Walhalla-Theater.**  
 8 1/2 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**  
 8 Uhr: **Seemannsleichen.**

**Pakast**  
 Theater am Zoo  
 Heute 2 Vorstellungen  
 3 1/2 Nachm. jed. Erw. 8 U.  
 1 Kind frei.  
 In beiden Vorstellungen:  
**Persönliches Auftreten**  
 der berühmten Kinokünstlerin

**Hedda Vernon**  
 und das ungekürzte heitere  
 Oktober-Programm.

**Possen-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Ein unnatürl. Sohn**  
**Sagen wir — die Hälfte**  
 mit Leonhard Haskel.

**Berliner Konzerthaus.**  
 Mauerstr. 82.      Zimmerstr. 90/91.  
**Heute: Großes Konzert**  
 Berliner Konzerthaus-Orchester  
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.  
 Anfang 4 Uhr.  
 Wochentäglich nachm.:  
**Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.**

GARBÁTY

CIGARETTEN

IN ALTER

QUALITÄT

**Büsch**  
 Sonntag 2 Vorstellungen  
 1 Kind frei, weitere  
 halbe Preise  
 Das ungefügte  
 Programm  
 u. Hannas Piepenbrinks Abenteuer

**Die Geierprinzessin**  
 Gr. Märchen-  
 Pantomime  
 in 5 Akt., bef. u. inszen. v. W. Busch.  
 Besond. hervorzuheben: Die geraubte  
 Prinzessin a. seltsam. Vogelwesen  
 nach 10jähr. Aufenth. l. Geierhorst.  
 Vorher das tolleste Programm!

**Germania-Prachtsäle,** Chausse-  
 str. 110.  
 Jeden Sonntag:  
**Paul**  
**Hantheys**  
**Lustige**  
**Sänger**  
 Neues Progr.  
 Anfang 7 Uhr.

**Admirals-Palast**  
 Heute 2 Vorstellungen  
 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr.  
 Das herrliche Eisballett  
**Frau Fantasie.**  
 Nachm. kl. Preise, abd. 2, 3, 4 M.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Heute nachm. 3 Uhr:  
**Weihnachtsabend**  
 im Schützengraben  
 (ermäß. Preise:  
 Park. 0.75, Ball.  
 0.75, Logen 1.25.)  
 Abends 8 Uhr:  
**Schippers**  
**Heimkehr.**

**Münzen** kauft Rob. Ball Redf., Münzen-  
 bdlr., Berlin, Schillingstr. 46/47

**Spezialarzt**  
 für Haut-, Darm-, Frauenleiden,  
 nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder  
 Art, Ehrlich-Gato-Kuren,  
**Friedrichstr. 81,** gegenüber  
 Panoptikum.  
 Spracht. 12-2, 4/5-7/9, Sonntag  
 11-2. Honorar mäß., a. Zeitzahl.  
 — Separates Damenzimmer. —



### Aus Groß-Berlin.

#### Wie die Erhöhung der Hundesteuer wirken würde.

Den Vorschlag des Präsidenten vom Kriegs-ernährungsamt, in Berlin und Vororten die Hundesteuer zu erhöhen, haben wir als unmögliche Maßregel gekennzeichnet. Die Hundesteuer wurde in Berlin zuletzt im April 1911 von 20 M. auf 30 M. erhöht. Die Folge war damals, daß die besteuerten Hunde sich sofort verminderten. Anfang 1911 waren es 37 631, Anfang 1912 wurden nur noch 35 560 gezählt, und ihre Zahl sank dann weiter auf 29 469 zu Anfang 1913. Daß die Abwärtsbewegung unter dem Einfluß des Krieges noch fortgeschritten sein wird, ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Steuererhöhung von 1911 brachte neben der Minderung besteuerten Hunde zunächst eine Mehrung der steuerfreien, von 6072 zu Anfang 1911 auf 6518 zu Anfang 1912 und 6740 zu Anfang 1913. Später trat aber auch hier eine Minderung ein, so daß Anfang 1915 nur noch 6343 steuerfreie Hunde in Berlin waren. Steuerfrei sind Wach- oder Kettenhunde, Führerhunde für Blinde, Jagdhunde, Wächterhunde, Artistenhunde, auch Polizei- und Sanitätshunde, ferner auch Hunde des Gesundheitspersonals und des Kaisers. Die Freude, den Ertrag der Hundesteuer sich erhöhen zu sehen, dauerte für den Stadtkämmerer nicht lange. Dem Stadtsäckel flossen aus der Hundesteuer in 1910/11 nur 880 261 M. zu, in 1911/12 stieg dann der Ertrag infolge der Steuererhöhung auf 1 101 367 M., aber schon im folgenden Jahr begann infolge der Hundeverminderung auch der Steuerertrag zu sinken. Für 1914/15 kamen nur noch 919 901 M. ein, für 1915/16 wurden es nur 852 000 M. und für 1916/17 hat man nicht mehr als 850 000 M. in den Voranschlag einzustellen gewagt. Wie würde jetzt die vorgeschlagene neue Steuererhöhung von 30 M. auf 50 M. wirken? Als in Berlin im Anfang der 90er Jahre die Hundesteuer von 9 M. auf 20 M. erhöht wurde, sank von Anfang 1891 bis Anfang 1896 die Zahl der besteuerten Hunde von 35 468 auf 22 812. Die allerneueste Steuererhöhung würde wahrscheinlich die Hundezahl noch sehr viel stärker verringern, so daß nicht mal ein Mehrertrag aus der Steuer herauszubringen wäre.

Zweck der Steuererhöhung ist freilich diesmal nicht eine Mehrung des Hundesteuerertrages, sondern eine Minderung der Nahrungsmittelverbraucher. Aber was würde selbst eine Minderung der Hunde um 10-15 000 oder gar um 20 000 gegenüber der Berliner Gesamtbevölkerung von annähernd 2 Millionen bedeuten? Und wenn man durch Steuererhöhungen in den Vorortgemeinden und in anderen Großstädten die Hunde im ganzen Deutschen Reich um einige Hunderttausende verminderte, wie wenig bedeutet das für den Nahrungsmittelverbrauch eines Volkes von 65 Millionen! Um so winzige Gewinne will man eine Maßregel durchführen, die tief veräussernd wirken würde, weil demittelte Leute sich nach wie vor ihre Hunde leisten könnten, unbemittelte aber sie opfern müßten. Da wird immer so viel von Gleichmäßigkeit bei der Lebensmittelverteilung geredet, hier aber sollen wir zum Zweck der Lebensmittelsparung eine Maßregel hinnehmen, die in ihren Wirkungen zu einer unerbittlichen Ungleichheit führen würde. Will man wirklich alle gleich behandeln, so müßte man im ganzen Deutschen Reich sämtliche Hunde — mit Ausnahme höchstens der unentbehrlichsten Gebrauchshunde — beschlagnahmen und umbringen. Das wäre ein Mittel von so durchgreifender Wirkung, wie keine Steuererhöhung sie haben kann. Allerdings wird, gleich uns, jeder einen solchen Vorschlag schauernd ablehnen. Ist aber die Steuererhöhung für den, der durch sie zur Tötung seines Hundes gezwungen wird, eine „mildere“ Maßregel?

#### Die Milchnot.

Wie schlimm jetzt manche der kleinen Milchhändler samt ihren Milchkunden dran sind, lehrt eine Schilderung, die wir aus einem Milchgeschäft des äußeren Königsbierfelds erhalten. Der Inhaber steht seit Kriegsausbruch im Felde, aber seine Gattin hat mit dem Geschäft bisher durchgehalten, weil sie von ihrem alten Lieferanten immer noch nach Kräften mit Milch versorgt wurde. Sehr unlieb war ihr die gegen Ende September ihr zugewandene Anordnung der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin, daß sie vom 1. Oktober ab die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten als Lieferanten nehmen müsse. Am 1. Oktober lieferte noch der alte Lieferant 60 Liter, dann aber mußte er aufhören. Doch was geschah am 2. Oktober? Die Interessengemeinschaft — lieferte nicht! Nicht einen Tropfen Milch erhielt das Geschäft, am 2. nicht und am 3. auch nicht! Alle Laufereien und Verhandlungen mit der Interessengemeinschaft und mit der Milchverorgungsstelle blieben zunächst erfolglos. Bei der Interessengemeinschaft antwortete man, sie könne sich nicht nach den Anordnungen der Milchverorgungsstelle richten, sondern nur danach, ob sie Milch habe oder nicht. Sie lehnte einstweilen die Lieferung ab wegen der Unmöglichkeit, die gewünschte Milch zu beschaffen. Man kann sich denken, wie es da den Milchverbraucher erging, die bisher in dem Geschäft gekauft hatten. Für 87 Karteninhaber, zumeist Kinder, hatte das Geschäft zu sorgen gehabt und immer noch leiblich sorgen können. Jetzt mußten die Kunden sehen, wie sie anderswo mit Mühe und Not sich Milch verschafften. Die Inhaberin des im Stich gelassenen Geschäfts mußte selber für ihr 4 Monate altes Kind anderswo um Milch bitten! Inzwischen hat sie auf den Rat der Interessengemeinschaft die Milchverorgungsstelle um Zuweisung eines anderen Lieferanten gebeten und hat dort erreicht, daß bis auf weiteres wieder der alte Lieferant liefern darf. Er kann ihr aber jetzt nicht mehr, wie vor dem 1. Oktober, 60 bis 70 Liter geben, sondern nur noch 30 Liter. Selbstverständlich reichen diese 30 Liter nicht hin und nicht her, so daß sie viele der 87 Karteninhaber unterforgen lassen muß.

#### Die Rationen nächster Woche.

Die Wochenfleischmenge beträgt für die kommende Woche, also für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1916 250 Gramm. Auf eine Fleischmarke entfallen somit 25 Gramm.

In der Woche vom 9. bis 15. Oktober dürfen auf den obersten der drei Abschnitte 24 der Kartoffelkarte 3 Pfund und auf die beiden anderen Abschnitte je 2 Pfund, zusammen also höchstens 7 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

#### Zieht Hühner auf!

Diese nette Mahnung ist von amtlicher und nichtamtlicher Seite oft insbesondere kleinen Landwirten erteilt. Wie es einem solchen in der Nähe Berlins (Französisch-Buchholz) wohnenden Landwirt, der diesen Rat befolgen wollte, ergangen ist, zeigt folgendes Erlebnis. Der Betreffende war Kriegsteilnehmer, mußte aber wegen der Leiden, die er sich zugezogen hatte, als dauernd untauglich entlassen werden. Er wendete sich der Aufzucht von Hühnern zu. Wo aber das Futter hernehmen? Abgesehen von 1/4 Pfund, die er vor einem Vierteljahr von der Kommunalverwaltung erhalten hatte, konnte er nichts austreiben. Darauf wendete er sich nach Medlenburg, kaufte dort von einem Bauer einen Zentner zur menschlichen Nahrung ungeeignetes Mengtorn und 20 Pfund Mele. Der Bauer versicherte, daß der Verwendung des Futters nichts entgegenstehe. Der junge Landwirt holte ferner vier Gänse, die für seine Rechnung bei einem Landwirt für 118 M. aufgezogen waren, ab und lud seine Ware in Keustrelitz auf dem Bahnhof ab. Aber er hatte mit Medlenburger Eigenart nicht gerechnet. Diese bestand darin, daß ihm die Gänse, das Futter und die Mele beschlagnahmt wurden und er zur Polizei geführt wurde. Dort wurde ihm eröffnet, für Gänse bestimme in Medlenburg ein Ausfuhrverbot. Dem jungen Landwirt war damals noch nichts davon bekannt, daß Medlenburg in Kriegszustand mit seinem Nachbarlande lebe und meine, dann wolle er das Federvieh in Medlenburg verzehren. „Das können Sie“, meinte der Beamte. Aber — die Gänse sowie das Hühnerfutter und die Mele blieben beschlagnahmt. Statt der Gänsebraten wurde ihm eine Anklage in Aussicht gestellt. Der Landwirt hat sich nun an den Präsidenten des Kriegs-ernährungsamts mit der Bitte gewendet, ihm zu seinem Eigentum wieder zu verhelfen und Vorsorge dafür zu treffen, daß er das zur Aufzucht der Hühner erforderliche Futter erhält. Und dankt, der Eierknappheit läßt sich durch Fortnahme des Futters der Hühner schwerlich steuern. Wenig Vertrauen erweckt ferner die Mahnung, Hühner aufzuziehen, wenn nicht zugleich die Möglichkeit unterbunden wird, das Hühnerfutter zu beschlagnahmen, weil die Hühner oder ihr Besitzer keine medlenburgischen Farben tragen.

#### Eine Brotartenverteilung auf der Straße.

Kuffchen erregte ein Vorgang, der sich kürzlich an einem Abend auf dem Platz vor dem Grolitzer Bahnhof abspielte. Hier hatte sich ein Trupp von schätzungsweise 50 jungen Leuten versammelt, die offenbar für die Nacht und den folgenden Tag einen gemeinsamen Ausflug planten. In den Wartenden trat ein älterer Herr, wohl ihr Leiter, und dieser verteilte unter sie ein Paket Zulaufbrotarten. Unser Gewährsmann, der uns diese Beobachtung meldet, versichert auf das Bestimmteste, daß ein Jerum seinerseits ausgeschlossen sei. Er habe, weil ihm die Brotartenverteilung aufzufallen, genau hingesehen, und dabei mit Sicherheit erkannt, daß es sich um Zulaufbrotarten handelte. Daß er sie mit Tages- oder Reisebrotarten verwechseln haben könnte, glaubt er nicht. Bei den jungen Leuten habe er Binden an den Armen bemerkt, die als Abzeichen dienten, so daß er in ihnen eine sogenannte Jungmannschaft oder etwas Ähnliches vermutet. Es läßt sich denken, daß diese Brotartenverteilung auf offener Straße bei ihm und anderen, die er darauf aufmerksam machte, Verwunderung erregte. Er begab sich an einem der nächsten Tage zu der Brotkommission seines Bezirkes, meldete dort, was er gesehen hatte und fragte, wie das zu erklären sei. Ihm wurde geantwortet, es komme vor, daß Leiter von Vereinen für die Teilnehmer an Ausflügen Brotarten gemeinschaftlich besorgen und dann in Ermangelung von Tagesbrotarten manchmal Zulaufbrotarten erhalten. Und ist neu, daß dieses Verfahren gemeinschaftlicher Besorgung von Brotarten zulässig sein sollte, und wir möchten annehmen, daß hier ein Mißverständnis vorliegt. Andernfalls wäre unseren jugendlichen Leiter zu empfehlen, daß sie den Versuch machen, bei ihren gemeinsamen Ausflügen sich gleichfalls der Vorteile dieser Einrichtung zu bedienen.

Verkehr mit Delikatessen. Es wird auf die gemäß der Verordnung des Bundesrats vom 15. Juli 1915 über den Verkehr mit Delikatessen und den daraus gewonnenen Produkten bei Beginn eines jeden Kalenderjahres zu erstattenden Meldungen hingewiesen. Wiederholt sind die aus Raps, Mähen, Heberich und Ravison, Dotter, Mohr, Lein und Hanf der inländischen Ernte gewonnenen Früchte (Delikatessen). Dies gilt nicht für Vorräte, die in der Hand desselben Eigentümers insgesamt 10 Kilogramm nicht übersteigen. Der Delikatessen jener Arten in Gewehrform hat, hat die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Kennung der letzteren zu melden. Gleichzeitig hat der Befestigungspflichtige anzugeben, von welchem Zeitpunkte ab er zur Lieferung bereit ist. Die Meldungen haben bis zum 15. Oktober d. J. an das Militär-Bureau des Magistrats zu Berlin, Berlin O 2, Klosterstraße 88, zu erfolgen.

#### Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Montag, den 9. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,50 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,68 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 1,94 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,08 M.; Kabeljau, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,38 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,50 M., große (von 1 Pfund und mehr) 1,75 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,38 M.; Schollen, Kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,13 M. (Zufuhr völlig unzureichend.)

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Sonntag, 8. Okt., abends 8 Uhr, findet der zweite Vortrag der Vortragsreihe „Die Blütezeit der deutschen Kunst“ statt. Das Thema lautet: „Die kirchliche Kunst, ihre Aufgaben und ihre Bedeutung“. — Der Vortragende, Herr Dr. Vernoulli, Assistent an den königlichen Museen, wird seine Ausführungen durch eigene Lichtbilder erläutern.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Andenstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt. — Eintrittspreis 10 Pfennig.

#### Unermittelte Heeresangehörige, Nachlass- und Forderungssachen.

Durch Wolffs Telegraphen-Bureau wird mitgeteilt: Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Sonderliste: „Unermittelte Heeresangehörige, Nachlass- und Forderungssachen“ wird nunmehr am 8. Oktober d. J. als Beilage zu der preussischen Verlustliste Nr. 661 erstmalig erscheinen. Der Liste liegt eine Bildertafel mit Photographien bei, die der Nachlassstelle des preussischen Kriegsministeriums mit den unangenehmsten Nachlassfällen bisher zugehen, ferner ein Verzeichnis der Namen, zu denen Aufklärungen erwünscht sind, und eine Beschreibung der unbekannt gebliebenen Nachlass- und Forderungssachen in Berlin W 9, Leipziger Platz 18, mitteln.

Wer glaubt, zu den veröffentlichten Nachlass- und Photographien Angaben machen zu können, die zur Ermittlung der Persönlichkeit des Eigentümers dienen können, wolle solche unter Angabe der mitgeteilten Geschäftsnummer der Zentralstelle für Nachlass- und Forderungssachen in Berlin W 9, Leipziger Platz 18, mitteln.

Die Liste erscheint von jetzt ab monatlich als Beilage zu der preussischen Verlustliste; sie kann auch einzeln von der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt zum Preise von 15 Pf. einschließlich Porto bezogen werden. Der Betrag ist der Bestellung beizufügen.

#### Das Bölow-Viertel.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft schreibt uns: In der Sitzung der Berliner Stadtkommissionenversammlung vom 5. d. Mts. sind die Klagen der Bewohner des Bölow-Viertels über lästige Gerüche zur Verhandlung gekommen, die angeblich aus der Fabrik Dölar Dörlers, Greifswalder Str. 33a, herkommen sollen. Mit Bezug auf die Ausführungen der Stadtkommissionen Dr. Anauer und Meyer sei folgendes festgestellt:

Die Fabrik Dölar Dörlers ist von uns erst seit Anfang Juli dieses Jahres mit der Herstellung von Fleischwürst aus ausländischem Fleisch beauftragt. Es wurden dort insgesamt in den drei Monaten Juli bis September 300 783 Kilogramm hergestellt. Vertragsmäßig steht der Firma Dölar Dörlers ein Verdienst von 10 Pf. für das Kilogramm zu, so daß die Firma an der Fabrikation in den drei Monaten einen Nettoverdienst von 3 007 832 M. gehabt hat, von welcher Summe die Amortisation von Grundstücken und Maschinen sowie die Ausgaben für Neuanschaffung von Maschinen abgehen. Aus dieser Ziffer läßt sich ersehen, daß die Angaben über Millionenverdienste der Firma, die in der Stadtkommissionen-Versammlung von den erwähnten Rednern gemacht worden sind, mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Der gesamte bisherige Umsatz der Firma hat bisher nur 800 000 Mark betragen, so daß also „Millionen-Verdienste“ überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit sind. Was die Klagen über lästige Gerüche anbelangt, so ist folgendes zu bemerken: Die Fabrik ist muster-gültig eingerichtet und nicht nur unter ständiger Aufsicht unter eigener Fachleute gewesen, sondern auch seitens der Gewerbeinspektion sowie des Kreisarztes kontrolliert worden. Die beiden letzteren amtlichen Stellen haben sich über die Fabrik, über die dort stattfindende Verarbeitung und ebenso auch über das vorgefundene und nachgeprüfte und gehörige Rohmaterial durchaus anerkennend ausgesprochen. Wenn das Bölow-Viertel unter lästigen Gerüchen zu leiden hat, so können diese nicht aus der Dörlerschen Fabrik stammen.

Was alle Welt weiß, weiß die J.-E.-G. nicht. Jetzt werden alle Anwohner jener Gegend genau herumkuscheln müssen, wo der Gestank herkommt.

#### Hilfs-Fortbildungsschule.

Die in Aussicht genommene Gründung des Ausbildungs- und Beschäftigungsheims für nicht oder schwer erwerbsfähig werdende geistig Schwache hat durch den Krieg verfallen werden müssen. Um aber die unbeschäftigten geistig Schwachen Jünglinge vor dem Nichtstun und der Verblödung zu bewahren und sie schon jetzt einer einfachen, aber zweckmäßigen Beschäftigung zuzuführen, hat der Erziehungs- und Fürsorgeverein (Vorstand: Stadtschulrat Dr. Fischer) im Schulhaus Bergstr. 58 seit dem 1. Mai d. J. eine Lehr- und Beschäftigungswerkstätte eingerichtet, in welcher die jungen Leute im Holz-, Korb- und Stuhlweberhandwerk unterwiesen und beschäftigt werden. Der Besuch der Werkstätte ist kostenlos, aber die Eltern müssen sich verpflichten, ihren Sohn regelmäßig zu schicken. Der bisherige Erfolg der Werkstätte ist so günstig, daß eine Erweiterung geplant wird. Neuanmeldungen junger Leute im Alter von 18-30 Jahren werden Montags und Donnerstags von 6-7 Uhr Bergstr. 58 durch Direktor Buchs angenommen.

Ein Zusammenstoß eines Automobils mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich am Sonnabendvormittag im Norden der Stadt. An der Ecke der Seelower und Schinkelbeiner Straße verfuhr ein Motorwagen mit zwei Personen des böhmischen Brauhauses kurz vor einem in der Richtung nach dem Stadtimern verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 54 das Gleis zu kreuzen. Obwohl der Führer des Bahnwagens nach Kräften bremste, war ein Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Motorwagen des Brauhauses umgeworfen und der Mitfahrer Bide von seinem Sitz geschleudert wurde. B. erlitt Quetschungen am linken Arm, der Fahrer des Bahnwagens trug Quetschungen am linken Bein und Hautabrisse an der Gesicht davon. Die Verunglückten erhielten auf der nächsten Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und wurden nach ihren Wohnungen gebracht. Am Triebwagen der Straßenbahn wurde der Vorderperson stark beschädigt, am angefahrenen Motorwagen die Bremsvorrichtung leicht beschädigt.

D-Zugliebe sind in der letzten Zeit wieder mehrfach an der Arbeit gewesen. So wurde einem Herrn aus Köln aus einem Raucherabteil I. Klasse eine kleine Paniktafel gestohlen, die unter anderem eine Aktenmappe mit für den Resthofen sehr wichtigen Papieren enthielt. Einer Dame wurde aus dem D-Zug Anhalter Bahnhof-Halberstadt, ebenfalls aus einem Abteil I. Klasse, ein gelber Lederkoffer entwendet, in dem sich 700 M. bares Geld und über 500 M. Kostüme und Toiletensachen befanden. Seine Privat-tasche mit 900 M. wurde einem Herrn am Schalter des Anhalter Bahnhofes gestohlen.

Im Berliner Aquarium sind in dem kleinen Behälter Nr. 22 der Süßwasserabteilung eine Anzahl Edelkrebse ausgestellt, die hier zu Anfang des Juli das Licht der Welt erblickten. Um die jungen Krebschen vor den Nachstellungen der Alten zu schützen, wurden sie in ein besonderes Becken gesetzt und sind in ihren drei Lebensmonaten zu etwa 2 Zentimeter langen Tieren herangewachsen. Besonders und zum Bedauern der Feindmörder hat der Krebs ein recht langsames Wachstum: braucht er doch meist etwa fünf Jahre, bis er zum beschneidenen Suppenkrebs herangereift ist.

Das Poffentheater in der Linienstraße unter der rührigen Leitung von Leonhard Hasel gibt sich die redlichste Mühe, dem Publikum die jetzige schwere Zeit allabendlich auf einige Stunden vergessen zu machen. Diesen Zweck voll zu erreichen, gelingt vor allem durch das wirklich prächtige Zusammenwirken der hier wirkenden Kräfte. Leonhard Hasel zeichnet selber als Verfasser der zweitägigen Stoffe: „Sagen wir — die Hölle“, mimt aber auch zugleich als Hauptdarsteller mit Willi Horowitz, Ferd. Wagner und den Damen Noemer, Fehlow und nicht zu vergessen Käthe Wigghaus. Lieber den Inhalt der Stoffe ist nicht viel zu sagen, als daß sie eben das Publikum zu fröhlichem Lachen hinreißt, was auch von dem Einakter „Ein unna türlicher Sohn“ gesagt werden kann.

Verlorene Listen. Am 6. Oktober, früh morgens, sind in der Stadtbahn von Warschauer Straße bis Marienfelde zwei Listen verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselben an die „Vorwärts“-Ausgabestelle, Lichtenberg, Alt-Dorshagen 56, abzugeben.

### Aus den Gemeinden.

#### Aus dem Teltower Kreise.

In Teltower Kreise arbeiten nach wie vor zwei Parteiforgansationen sich entgegen zum Schaden unserer Sache. Die vom Bezirksvorstand von Groß-Berlin als Sonderorganisation erklärte Gruppe Thurow-Groß verhält, an den einzelnen Orten Sonderorganisationen zu gründen und hält auch Versammlungen ab. In Sieglitz fand am 3. Oktober eine Zusammenkunft statt, in der die Anwesenden über die Reichskonferenz berichteten und in der die Anwesenden ihr Einverständnis mit dem Vertreter bekundeten. Auch mit dem „Vorwärts“ Beschäftigten sich die Teilnehmer und beschlossen folgende Resolution:

Die heutige Mitgliederversammlung des S. D. V. St. erwartet vom Parteivorstand, daß er endlich Abhilfe in den unheimlichen Greißlerhältnissen Berlins schafft. — Dabur, daß der „Vorwärts“ jede Veröffentlichung der Organisationen, die auf dem Boden der Wehrheit stehen, sowohl im Text wie Inserat ablehnt, wird uns

die Aufführung der Parteigenossen äußerst erwünscht, und außerdem der Eindruck erweckt, als ob ganz Groß-Berlin hinter der Minderheit stehe. Sollte nicht bald eine Änderung eintreten, sehen wir uns gezwungen, in unserem Kreise die allgemeine Abbestellung des „Vorwärts“ zu propagieren und für unsere Zwecke die bürgerliche Presse zu benutzen.

Zum Schluß werden Bedenken gegen die Benutzung des „Steglicher Anzeigers“ zur Einberufung der Mitgliederversammlung auf Anfrage des Vorstandes nicht erhoben.

In Reußhain erstattete Genosse Groger und die Genossin Annet Bericht in der am Orte gegründeten Sonderorganisation. Die Teilnehmer erklärten ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Konferenz und der Stellung der Referenten. Gen. Neumann, der derzeitige Vorsitzende der Neugründung wies darauf hin, daß nicht 60 Mitglieder, wie in der Generalversammlung des Kreiswahlvereins berichtet worden sei, am Ort der neugegründeten Organisation angehört, sondern daß am 18. September in den Jahrländern der neuen Organisation 198 Besucher gezählt worden seien und daß Mitte September die Mitgliederzahl 540 betragen habe.

In Reußhain stehen die Stadtverordnetenwahlen bevor, in denen der Organisationsstreit auch noch eine Rolle spielen dürfte, was nicht gerade zur Stärkung unserer Partei dienen wird.

Im Sozialdemokratischen Wahlverein Schöneberg erstattete am Dienstag, den 3. Oktober, Genosse Kraffel den Bericht von der Reichskonferenz. Er schilderte im einzelnen die Stimmung und den Verlauf der Konferenz und kennzeichnete scharf die geheimen Wünsche und Absichten, die die einzelnen Parteigruppen von einer solchen Konferenz erhofften. Nach einer ausführlichen Besprechung der Hauptreferate sagte er seine Auffassung vom Verlauf der Reichskonferenz dahin zusammen, daß trotz der Bemühung, rein sachlich die tiefliegenden Differenzen zu besprechen, sich immer mehr die weite Kluft zwischen den Hauptrichtungen in der Partei gezeigt habe. Die Opposition ging nicht beugt, sondern mit dem Bewußtsein davon, daß ihre Überzeugung an Boden gewonnen habe. Bis zum kommenden Parteitag dürfte aus der sogenannten Minderheit eine entschiedene Mehrheit geworden sein.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen, die Genosse Kraffel und Genossin Dunter auf der Reichskonferenz gemacht haben, einverstanden. Verlauf und Ende der Reichskonferenz haben die Richtigkeit dieser Ausführungen vollkommen bestätigt. Die Versammlung begrüßt besonders die treffende Charakteristik, die die Genossin Dunter einer von David, Seine, Peus, Neil usw. eingebrachten Sympathieerklärung für den Genossen Liebnicht hat zuteil werden lassen und schließt sich ihrem scharfen Protest an.

Weiter protestiert die Versammlung gegen die auf der Reichskonferenz gefassten Beschlüsse und gelobt auch fernerhin die Politik des 4. August auf das nachdrücklichste zu bekämpfen.

Da der Ortsvorstand die Ortsgruppe des Jugendbildungsvereins im Prinzip anerkannt hatte, wurde von der Versammlung in den Beirat der Erwachsenen die Genossin Dollmid und Genosse Worm gewählt.

Adlershof. In der letzten Mitgliederversammlung gab Genosse Birkel den Bericht von der Reichskonferenz. Die dem Bericht sich anschließende lebhafte Diskussion ergab völliges Einverständnis mit der Haltung unserer Kreisdelegierten und wurde das rasche Eintreten der Opposition mit Benutzung begrüßt als die beste Gewähr zur Verhinderung der Proletariat aller Länder.

Den vom Kreisvorstand zur Verbesserung der Massenverhältnisse empfohlenen Einschränkungen wurde zugestimmt; ebenso ist die Erhebung eines Extrabeitrages von 40 Pf. für Männer und 20 Pf. für Frauen durch Urabstimmung fast einstimmig gutgeheißen.

Tempelhof. In der letzten, bei Reiner abgehaltenen und von 37 Mitgliedern besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Tempelhof gab Genosse Kopska einen eingehenden Bericht von der außerordentlichen Kreisgeneralversammlung. Er schilderte, wie sich die große Mehrheit der Genossen im Kreise zum neuen Kreisvorstand bekannt hat, wie aber in einzelnen Orten die Vorstände sich weigern, dem Willen der Mehrheit Rechnung zu tragen, sondern lieber dazu übergehen, neue Wahlvereine zu gründen und damit die stolze Organisation des Kreises zu zertrümmern. Unerfreulich war auch der Massenbericht, aus dem hervorging, daß der frühere Kreisvorstand nicht daran denkt, die Kasse und das Material herauszugeben. Unter diesen Umständen könne ein Extrabeitrag von 40 bzw. 20 Pf. pro Quartal nur beizugeworfen werden. Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig den Extrabeitrag.

Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß sich am Orte jetzt ebenfalls eine neue Organisation gegründet hat, der auch die Parteivorstandsmitglieder Müller und Bartels angehören.

Eine Erklärung, die sich gegen diese Sondergründung und der Beteiligung von Parteivorstandsmitgliedern richtet, wurde einstimmig angenommen.

## Gerichtszeitung.

### Schweineerei und Mißhandlung.

Recht schlecht abgeknitten haben die Gastwirte Kuhnschen Eheleute bei einer groben Mißhandlung ihres Dienstmädchens, die sie gestern unter der Anklage der Körperverletzung, des Wegens eines Hundes auf einen Menschen usw. vor das Schöffengericht Berlin-Wedding führte.

Die Angeklagten bewirtschaften das sogenannte „Habelschloß“ in Jorkfelde hinter Zegel. Das bei ihnen tätige Dienstmädchen Peters hatte, wie sie unter ihrem Eid gestern vor Gericht bekundete, gesehen, daß Frau Kuhn einen Eimer, der zur Befriedigung gewisser Bedürfnisse diente, auch dazu benutzte, um Heringe abzuwaschen. Sie hatte aus diesem und anderen Gründen gekündigt und versieh den Dienst am 1. Juli d. J. Der Angeklagte konnte ihre Invalidenkarte nicht finden und als das Mädchen am 3. Juli in das Gartenlokal kam, um sie zu holen, herrschte er sie an: „Sie müssen wohl die Karte, die hinter dem Spiegel gesteckt habe, gestohlen haben.“ Die Peters entgegnete darauf: „Wenn Sie mir sagen, ich habe gestohlen, dann werde ich Ihnen Gärten zeigen, was Sie für Missetaten hier machen!“ Kaum hatte sie dies gesagt, als die beiden Angeklagten während auf sie losbrannten. Frau Kuhn hielt ihr die Hände fest und der Angeklagte schlug sie mit Fäusten in das Gesicht, so daß aus verschiedenen Wunden das Blut hervorquoll. Dazu hefte der Angeklagte auch noch seinen vorschriftswidrig frei umherlaufenden Hund auf das Mädchen, der jämmerlich auf sie zusprang, ihr den Kopf zerzauste und nicht übel Lust zeigte, mit ihrer Nase nähere Bekanntschaft zu machen. Die Angeklagten bestritten diese Darstellung des Vorfalls und behaupteten, daß sie nur das — auf sie eindringende Mädchen von sich abgewehrt hätten. Zu ihrem Unglück ist aber der ganze Vorgang von einer Besucherin ihres Lokals und von einem Manne, der mit seiner Familie eine Wasserpartie machte und an dem „Habelschloß“ vorbeikam, gesehen worden. Der Letztere war darüber so empört, daß er Veranlassung nahm, telefonisch einen Gendarm von Zegel zur Aufnahme des Tatbestandes zu erbitten. Die Angeklagten sind inzwischen vom Gewerbeamt verurteilt worden, dem Mädchen für die Zeit, in welcher sie wegen Fehlens der Invalidenkarte keine Stellung finden können, Entschädigung zu zahlen. In dem jetzigen Strafprozeß trat die Peters als Nebenklägerin auf. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Ehemann 3 Wochen Gefängnis und 30 M. Geldstrafe, gegen die Ehefrau 100 M. Geldstrafe. Das Gericht hielt das Verhalten der Angeklagten dem Mädchen gegenüber für sehr empörend, beließ es aber mit Rücksicht auf ihre Unbeschaffenheit bei einer Geldstrafe, die gegen den Mann auf 500 M., gegen die Ehefrau auf 300 M.,

helfsweise für je 5 M. 1 Tag Gefängnis bemessen wurde. Außerdem wurde der Frida Peters eine Buße in Höhe von 30 M. zugesprochen.

### Milchpanscherien.

Die Milchpanscherieprozesse nehmen kein Ende; tagtäglich haben sich die Schöffengerichte mit Straffällen dieser Art zu beschäftigen. In recht ausgiebigem Maße hat die Milchhändlerin Berta Klisch aus der Oudenarder Straße, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding stand, Wasser statt Milch verkauft. Infolge einer bei der Polizei erstatteten Anzeige wurden bei der Angeklagten wiederholt im April und Mai und dann wieder im August und September Milchproben entnommen. Bei der Untersuchung ergab sich, daß der Milch Wasser in Höhe von 30 bis 40 bis hin auf 70 Proz. zugesetzt war. Die Angeklagte behauptete, daß sie die Milch so verkauft, wie sie sie empfangen habe, wogegen Prof. Dr. Judenack als Sachverständiger erklärte, daß bei dem umfangreichen Wassergehalt auch jeder Laie sofort hätte erkennen müssen, daß die Milch verfälscht war. Es handelte sich um eine fortgesetzte systematische Milchpanscherie. Der Amtsanwalt beantragte 1000 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis.

### Empörende Mißhandlung einer Kriegerfrau.

Zu der Verhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht, über die wir am Donnerstag berichteten, sind uns eine Anzahl Briefe zugegangen, deren Abender ihre Empörung über das Vorkommnis ausdrücken und verwundert fragen, weshalb von der Staatsanwaltschaft der Bauer nicht wegen Mißhandlung und der Gemeindevorsteher nicht wegen Teilnahme oder Begünstigung angeklagt seien. Wir müssen die Anfragenden damit betrauen, daß die Staatsanwaltschaft, nachdem die Verhandlung das von uns wiedergegebene Bild entrollt hat, sicherlich in die Prüfung dieser Seite der Sache eintreten wird. Weßhalb statt des Bauern die Kriegerfrau angeklagt wurde, ergab sich aus der Verhandlung nicht.

### Anwendung des Notstandsparagraphen.

Ein erstreckt gerechtes Urteil gegen eine Kriegerfrau fällt das Elbinger Schöffengericht durch Anwendung des Notstandsparagraphen.

§ 59 des Strafgesetzbuches lautet: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Fall der Notwehr in einem unerschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

Kun hatte eine Arbeiterfrau Auguste Böhm aus Elbing, deren Mann im Felde ist, sich für ihren Sohn für zwei Monate Brotmarken vom Magistrat geben lassen, trotzdem der Junge sich in der Zeit in der Nachbarstadt Tolkemitt in Stellung befand. Die Frau will dies aus Not getan haben, weil Kartoffeln überhaupt nicht zu haben waren. Das Gericht sprach die Frau frei und führte in der Begründung aus: Da die Zustände hinsichtlich der Kartoffelversorgung direkt lebensgefährliche und keine Kartoffeln zu haben waren, wollte Frau B. die Lebensgefahr von sich abwenden und ließ sich auch für ihren abwesenden Sohn Brotmarken geben. Es kommt hier also der Notstandsparagraph in Frage, weshalb auf Freisprechung erkannt ist.

### Nötigung.

Der Bürgermeister Schulz in Priesen hatte mit einer Kellnerin ein Liebesverhältnis. Diese glaubte, der Bürgermeister würde sie heiraten. Schulz heiratete jedoch eine andere. Er bot eine Abfindungssumme. Die Kellnerin war damit nicht einverstanden. Sie fuhr, als mehrere ihrer Briefe unbeantwortet blieben, nach Priesen und logierte in einem Hotel. Der Bürgermeister beauftragte darauf den Stadtschreiber Zielowski, der Kellnerin den Revolver, den sie mit sich führte, abzunehmen und ihr zu befehlen, die Stadt sofort zu verlassen. Zielowski kam diesem Befehl nach. Er wurde darauf wegen Nötigung unter Amtsmißbrauch zu drei Tagen, der Bürgermeister zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, weil den Angeklagten keine Polizeigewalt zustand, sie also auch keinen Mißbrauch einer solchen begehen konnten. Das Landgericht in Thorn verurteilte in der neuen Verhandlung den Stadtschreiber wegen Nötigung zu 30 M., den Bürgermeister wegen Anstiftung hierzu zu 100 M. Auch gegen dies milde Urteil legten die Angeklagten Revision ein. Das Reichsgericht verwarf diese jedoch am Freitag.

## Aus aller Welt.

### Wie sich die Zeiten ändern.

Die Einladung an den alten Kaffeegarten Berlins und seiner Umgegend: „Hier können Familien Kaffee trinken“ hat in Halberstadt eine Erweiterung erfahren. „Hier können Familien Abendbrot essen“ könnte der Besitzer des Hotels Monopol in Halberstadt an seinem Hotel anhängen, denn er hatte an seine Kundschaft folgendes Rundschreiben versandt: „Infolge der Einführung der Fleischkarten ist es kaum möglich, im Restaurant zu speisen. Ich bitte deshalb meine Gäste, wie es in süddeutschen Städten üblich, das Abendessen mitzubringen und hier im Lokal zu verpeisen. Ich stelle hierzu gern kostenlos Zeller, Weste und Menage zur Verfügung. Meine verehrten Gäste sind dann in der Lage, zum Abendessen ihr Bier frisch von der Quelle zu erhalten, noch dazu, da Bier außer dem Hause nicht mehr geliefert werden darf.“

Früher war es in manchen besseren Biergärten, wenigstens an gedeckten Tischen, verboten, mitgebrachte Speisen zu verzehren. In einem geschlossenen Restaurant wagte es überhaupt niemand, sein Abendbrot auszuwickeln. Jetzt nun sind die Wirte oft froh, wenn die Gäste sich etwas zu essen mitbringen, da sie vielfach selbst nichts vorlegen können. Sie begnügen sich mit dem Ausschank von Getränken. So ändern sich die Zeiten.

### Eine Million englischer Kinder unterernährt.

Nach einer Untersuchung von Sir George Newman, der, wie den Vätern zu entnehmen ist, großes Aufsehen in England macht, befinden sich dieses Jahr in den englischen Schulen mehr als eine Million Kinder, die dem Unterrichts wegen mangelhafter Entwicklung nicht folgen können. Sir Newman empfiehlt die massenhafte Errichtung von Freiluftschulen, um diesen geradezu erschreckenden Zustand zu bessern. Die Stadt London, die in Forest Hill und Shorter Hill je eine Freiluftschule für schwächliche Kinder besitzt, weist verhältnismäßig günstige Resultate auf. Der Vorschlag Sir Newmans findet jedoch eine ziemlich kühle Aufnahme. Die mangelhafte Entwicklung der unterrichteten Kinder beruht offenbar zum nicht geringen Teile auf mangelhafter Ernährung, die ihrerseits durch den Krieg verursacht wird.

In Deutschland ist nach dem Urteil einiger gelehrter Herren von einer Unterernährung der Kinder noch nichts zu verspüren, im Gegenteil, die herabgesetzte Nahrung soll ihnen sehr gut bekommen. Ja, ja, wir Deutschen sind doch eine besondere Rasse!

Drohender Erdsturz in der Schweiz. Aus Siebnen im Kanton Schwyz wird gemeldet, daß in dem zur Gemeinde Schüßelbach gehörenden Weiler Schwendenen ein großer Erdsturz droht. In Guggerswald ist die Erde auf einer Länge von etwa 600 Meter angebrochen. Der Riß ist ungefähr 80 Meter breit und hat eine große Tiefe. Ein Stein in der Nähe eines kleinen Hauses, auf dem drei Tannen standen, ist bereits in der Tiefe spurlos verschwunden. Das ganze Gelände hat sich unter weithin bemerkbarem Getöse stark gesenkt.

Eine alte Gräfin ermordet. In Agram (Asoalien) wurde die 66 Jahre alte Gräfin De Gvele, die Witwe eines dorthin übergesiedelten belgischen Unternehmers, blutüberströmt und mit einem Knebel im Munde in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Alle Äußen und Befehle waren durchgehelt, so daß ein Raubmord vorzuliegen scheint. Es wurden zwei verdächtige Personen in Haft genommen, doch ist ihre Schuld noch nicht erwiesen. Die alte Gräfin war ein Sonderling; trotzdem sie als sehr reich galt, lebte sie für sich ganz allein in arbeitsamer Weise.

## Parteiveranstaltungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick. Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Met: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz. Referent: Genosse Kraffel. 2. Stellungnahme zu den Beschlüssen der letzten Kreisgeneralversammlung. 3. Quartalsabrechnung. 4. Verschiedenes. Um vollständigen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Pankow. Der ordentliche Jahlabend, Mittwoch, den 11. d. M., findet nicht statt. Ein gemeinsamer Jahlabend aller Bezirke, mit der Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz, ist am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Kurfürsten“, Berliner Str. 102.

Karlshorst. Gemeinsamer Jahlabend, Mittwoch, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Sabrowski, Treptowallee 66. Tagesordnung: Bericht des Genossen Kraffel von der Reichskonferenz. Mitteilungen und Vereinsangelegenheiten. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Friedrichsfelde. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Sudbrink, Beckmer Straße. Bericht über die Parteiveranstaltungen vom Genossen Neumann-Zickert.

Britz-Buckow. Die Legitimationskarte der Bezirksleiter hat eine gelbe Farbe; nicht grün, wie im „Vorwärts“ vom 24. September 1916 irrtümlich berichtet.

Am 11. Oktober findet die Generalversammlung, abends 8 1/2 Uhr, bei Westphal, Brigg, Rudower Straße, statt. Tagesordnung u. a.: Bericht von der Reichskonferenz. Referent: Genosse Kraffel. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Am Sonntag, den 15. Oktober d. J., nachmittags 4 Uhr, findet anlässlich des 25-jährigen Bestehens unseres örtlichen Wahlvereins eine allgemeine Mitgliederversammlung im Lokal von Weder, Chausseestr. 97, statt, wozu der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Fritz Juchacz, die Festrede halten wird. Zur Verhinderung der Feiern wirken mit die Reußhainer Liedertafel von 1913 (R. d. A.-S.-V.) und die Reußhainer Jugendkapelle. Es wird höchlichst erlucht, Kinder während der offiziellen Feiern nicht mitzubringen. Nach dem gemächlichen Beisammensein. Eintritt frei.

Groß-Lichterfelde. Am Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahndorf, Lindenburgerweg 104: Jahlabend. Abstimmung über den einmaligen monatlichen Extrabeitrag. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Das Kaiserbad, Bester Verein der Wasserfreunde, hat seine in der Königgrüder Straße (Potsdamer Ploß) belegene Badeanstalt vollständig umgebaut und ist bemüht, auch in der Preisfestsetzung den Ansprüchen gerecht zu werden.

## Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Berlin-Süd. Der für heute Sonntag angelegte Gedankabend für unsere gelassenen Kollegen findet umhändelbarber erst am 29. Oktober statt. Heute beginnt der erste Spielabend im Sitzungssaal Lindenstr. 3, 4. Hof, Ausgang zur Arbeiterbildungsschule. Anfang 7 Uhr.

Jugendbildungsverein Schöneberg. Heute Sonntag: Geselliger Abend im Lokal Königsweg 42. — Montag, den 9. Oktober: Jubiläumabend bei Frau Dr. Koeder, Tempelhofer Str. 21. Jahrestage-Bildung erwünscht. — Mittwoch, den 11. Oktober: Vortrag im Lokal. — Freitag, den 13. Oktober: Gemeinsamer Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Wannheimer Str. 51.

Reinickendorf-Ost. Heute Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Doppelstr. 22, eine Schulentklausurenfeier statt. Harmoniumspiel, Gesang des Jugendchores sowie eine Ansprache und Regitation bilden das Programm. Alle Schulentklausuren sind herzlich eingeladen.

Freireligiöse Gemeinde. Heute Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Dr. H. D. Baage: Hoffen und Leben. Gäste willkommen. Nächste Versammlung für Kinder am 15. Oktober, vormittags 9 Uhr.

## Eingegangene Druckschriften.

„Die Glocke“. Sozialistische Monatschrift, herausgegeben von Parvus. Heft 22. 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

„Arbeiterpolitik“. Monatschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Heft 16. 15 Pf. — Verlag in Bremen, Waller-Deer-Strasse 22.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. 501 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Wunsch und eine Zahl als Bezugszeiten beizufügen. Vertikale Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsnummer beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Besorgen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Buch 101. 1. Zu Kästlin, wo damals, ist nur nicht bekannt. 2. Vor etwa vier Jahren. — Hermes 36. Im Drucktitelverzeichnis war die Brochüre nicht angezeigt. Wahrscheinlich haben Sie das im Interaktuell gelesen. Bezüglich können Sie bezügliche Schriften durch unsere Versandabteilung, Lindenstr. 3, 2. Hof, Dr. Juchacz, Drantenstr. 189. — G. S. 37. Können Sie am besten erfahren beim Verband der Volkswirtschaftlichen Berlin N. 24, Effasserstr. 88. — A. J. 13. 1. Derartige Stellen sind uns leider nicht bekannt. 2. Wenden Sie sich an die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen, Spandauer Str. 10 III. — G. S. 10. Sie würden wohl am besten tun, Ihr Anliegen im Bureau des Verbandes der Gast- und Schankwirte vorzutragen, Alexanderstr. 14 e. — V. S. 87. Na, und zwar ist Evandou der Garnisonort. — G. S. 8. Pankow. Ja. — R. 99. Die Umzugsstellen sind nicht abzugsfähig. Auch die Rollen für die Krankheit Ihrer Frau sind nicht direkt abzugsfähig. Sie können nur, wenn es sich um außergewöhnliche Auswendungen handelt, oder um andere Kranke handelt, Ermäßigung der Steuer beantragen.

— St. 36. Rentenleben; landwirtsch. — 29. 10. Verhaftung; landwirtsch. Ihr Sohn braucht sich nicht zu weiden. — Schiedsgericht. Für ein solches frei zu wählendes Schiedsgericht gibt es keine gesetzlichen Vorschriften. Wenn in dem Vertrag zwischen den beiden streitenden Parteien über den Anfall von Gebühren nichts ausgemacht ist, werden sie solche nicht verlangen können, es müssen ihnen aber die Rollen für die Verhältnisse und deren Auslagen erstattet werden. — C. G. 100. Jettig Kriegsvorermittlung. — G. 9. Da Sie nicht zu den jetzt außerordentlichen Pensionsgehören, brauchen Sie sich nicht zu weiden. — 1883. A. 23. Wir würden Ihnen empfehlen, sich mit einem Gehalt an den Regimentalstomaten zu wenden. — A. R. 1889. Ansuchen auf Lösung für Ihren in Gefangenschaft geratenen Sohn haben Sie, wenn Bedingtheit angenommen wird. Diese wird gewöhnlich angenommen, wenn die Kriegsvorermittlung gezahlt wird. Ein Antrag ist an das Regimentskommando zu stellen, von dem Ihr Sohn eingezogen wurde. — A. S. 31. Kriegsvorermittlung. — C. 23. Kein. — A. S. 20. 1. Na, 2. und 3. In diesem Falle würden wir Ihnen raten, zu uns persönlich in die juristische Sprechstunde zu kommen. — D. H. 49. Davon ist uns nichts bekannt. — A. S. 357. Sie können deswegen nicht erstatten werden. — Steuer. Wir sind der Meinung, daß die Veranlagung von Berlin für Sie bestimmend ist und nicht die von Thüringen. Demzufolge beantragen Sie auch nicht die 21 Mark Zuschlag zahlen. Sie müssen sich event. mit einer Bescherde an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission in Reußhain unter Bezugnahme auf die Veranlagung in Berlin wenden und um eine Entschädigung in der Angelegenheit erlöchen.

— A. 23. Lichterfelde. Die Vollmacht bedarf nicht der notariellen Beglaubigung. — Columbus. 1. Bereits schon Gemachtete und für dienstunfähig befundene haben vielfach persönliche Erder bekommen, sich nochmals zu stellen. 2. Reclam, Poesche und die eigenen Theaterverleger, die aber nur an Bühnen liefern. Außerdem gibt es für Liebhaber Bühnen verschiedene Verleger (auch Reclam). 3. Ja, wenn sich das Einkommen dadurch um mindestens ein Fünftel verringert. — R. C. 100. Kein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittags. Wind und zeitweise Regen, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten, im Binnenlande meist geringen, an der Küste etwas stärkeren Regenschauern.

# Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

**Berichterstattung von der Reichskonferenz.**  
Charlottenburg: Mittwoch, den 11. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Hofmeistr. 3 (H. Saal).  
Berichterstatter: Genosse Pagels.

Berlin-Britz: Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Heilmisch, „Ideal-Kantine“.  
Berichterstatterin: Genossin Rhynek.

Berlin-Treptow: Mittwoch, den 11. Oktober, ab. 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Rennbahn“, Eisenstr. 115/10.  
Berichterstatter: Genosse Groger.  
Um zahlreichem Besuch wird gebeten.  
Der Ortsvorstand. J. H.: Max Groger.

# Sozialdemokr. Zentral-Wahlverein Teltow-Beeskow Ortsverein Schöneberg.

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler“, Hauptstr. 144.

**Mitglieder-Versammlung**  
Redner: Reichstagsabg. Hermann Müller.  
Thema:

„Krieg, Frieden u. Sozialdemokratie“.  
Parteilosen und Parteigenossen! Erscheint zahlreich und pünktlich.  
Der Vorstand. J. H.: Fritsch, Küter.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Korymbplatz 10623, 3578. Bureau: Rungelstraße 30

# Branchen-Versammlungen: Jalousiearbeiter.

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Greibe, Rungelstr. 30.  
Tagesordnung:  
Dringende Branchenangelegenheiten.

# Küchenmöbel-Tischler.

Montag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Stein, An der Stralauer Brücke 3.  
Tagesordnung:  
1. Wird die Teuerungszulage gezahlt?  
2. Sonstige Branchenangelegenheiten.

# Bergolder.

Dienstag, den 10. Oktober, abends 6 Uhr, in den Andread-Festsälen, Andreadstr. 21.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Teuerungszulagenbewegung.  
2. Branchenangelegenheiten.

# Tischler! Bezirk Osten I Mitglieder-Versammlung

aller im Bezirk tätigen Möbeltischler  
Montag, abends 8 Uhr, im Lokal von Schwarz, Langestr. 53.  
Tagesordnung:  
Berichterstattung über die gewährten Teuerungszulagen.

# Rahmennmacher.

Morgen Montag, abends 6 1/2 Uhr, bei Wählich, Staliger Str. 22.

# Vertrauensmänner-Versammlungen: Korbmacher.

Morgen Montag, abends 8 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8 (Part.-Gallen-Restaurant).

# Ristenmacher.

Morgen Montag, abends 8 Uhr, bei E. Wüsch, Krautstr. 24.  
Tagesordnung: Unsere Teuerungszulagen.  
Die Ortsverwaltung.

# Sozialdem. Wahlverein Nowawes.

Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Singers Volksgarten, Priesterstr. 31:  
Ordentliche  
Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Reichskonferenz. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Heinrich Ströbel.  
2. Stellungnahme zu den Beschlüssen der letzten Kreis-Generalversammlung.  
3. Diskussion.  
4. Verschiedenes.  
Pflicht jedes Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand.  
J. H.: F. Frenken.

197/15  
**Knabenanzüge**  
Paletots und Pyjacks.  
Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen befindet sich jetzt  
Königsstr. 55 I., gegenüber Rathaus.  
Bezugsscheine vorrätig!

# Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Donnerstag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97:

# General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats. 2. Entlastung des Vorstandes. 3. Genehmigung der Bilanz. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Erfahrpersonen. 6. Anträge.

# Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

104/30

Der Vorstand.  
R. Junger. O. Schultze. W. Lamm. A. Mirus. P. Müller.  
Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationsskarte gestattet werden.

# Verband der Tapezierer.

Filliale Berlin.

Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal III:

# Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom 3. Quartal. 2. Nachmal die Stellung der Arbeitgeber zu einer weiteren Teuerungszulage. 3. Berichtsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.  
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1937, 9714.

# Ordentliche Generalversammlung

findet  
Sonntag, den 19. November d. J.  
Anträge hierzu müssen bis spätestens Sonntag, den 22. Oktober bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.  
Die Ortsverwaltung.

# Zur Finierzzeit

## Suroi

besonders preiswerter u. vorzüglicher Einmache-Haushaltungs- und Salat-Essig  
Unter ständiger Kontrolle eines Nahrungsmittelchemikers

Preis 35.00 ohne Flasche  
Man achte auf den Schutzzeichen

## Ceka

gesüßter Einmache- u. Salat-Essig m. allen Gewürzen fertig zum Gebrauch. Export für den Zuckerzusat.  
Unter ständiger Kontrolle eines Nahrungsmittelchemikers

Preis 1 Mark ohne Flasche  
Man achte auf den Schutzzeichen



CARL KÜHNE  
KÄLTE- UND KÜHLMASCHINENFABRIK  
BERLIN N 31  
GEGR. 1792

Wo nicht erhältlich wenden Sie sich an die Filiale der Verkaufsstellen auf der Fernsprechkarte 304, 363, 366

# Kaiserbad

Berlin W 9, Königgrätzer Straße 19  
dicht am Potsdamer Platz.

Kriegsteilnehmer: Verwundete, Kranke, Rekonvaleszenten, Bourlaubte erhalten Preisermäßigung.  
Nach vollständiger Instandsetzung, Um- und Ausbau:

**Eröffnung**  
des neuingerichteten  
Russisch-Römischen Bades II. Klasse  
und des Elektrischen Lichtbades II. Klasse.  
Einzelpreis für die Badekarte 1,75 M.  
im Abonnement 10 Badekarten 15,00 M.

Berlins billigstes und vornehmstes Bad.  
Sämtliche anderen Badeabteilungen für Damen und Herren sind nach wie vor in vollem Betrieb und ununterbrochen geöffnet. — Alle Badeformen und Badezutaten erhältlich.

**Lieferant aller Krankenkassen.**

**Entfettungstee**  
„Graziana“, reines Pflanzenprodukt, dessen unschädlich. natürl. Wirkung wissenschaftlich anerkannt ist. Kein Abführmittel. Große Gewichtsabnahme auch ohne Einhalten ein. bestimm. Diät 25jähr. glänz. Erfolge. 2,50 M., 3 Pakete 7 M.  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**J. Baer,**  
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, Joppen. Gr. Stofflager z. eig. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

**Wichtig für Damen! Wegen Einberufung!**  
**Engros-Damen-Konfektionshaus**  
gibt jetzt im Einzelverkauf sehr preiswert ab:  
Damen- u. Backfisch-Ulster, hochmoderne Verarbeitung, prima Qualitäten,  
Seiden-, Woll- u. Samt-Blusen, Riesen-Auswahl in allen Größen.  
Schwarze Tuchmäntel, Kostüme, Röcke  
Öffnet von 9-1 u. 3-6 Uhr. Molkenmarkt 7-8, II.

# Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Britz.

Mittwoch, 18. Oktober 1916, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Paul Seidler, Berlin-Britz, Ruhower Str. 8, unsere ordentliche **Ausgleichssitzung**

statt, zu welcher die Vertreter der Arbeitgeber und die der Beschäftigten eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über die Dienstordnung der Angestellten.  
2. Wahl eines Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.  
3. Aussprache und Beschlußfassung über die Gewährung von Krankentloz.  
4. Verschiedenes.  
Anfragen, welche Entscheidung in die Bücher erfordern, müssen 8 Tage vor der Sitzung schriftlich im Kassenslokal abgegeben werden.  
Der Vorstand. 270/18  
J. H.: Kraatz, 1. Vorsitzender.

# Bekanntmachung Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin- Wilmerdorf.

1. Nachtrag  
zur Kassensatzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmerdorf.  
Beschl. in der ordentlichen Aussch. Sitzung vom 14. August 1916.  
Im § 67 Absatz IV vorletzte Zeile ist das Wort „zehnjähriger“ zu streichen und dafür „fünfjähriger“ zu setzen.  
270/20  
gez. Kranke, Vorsitzender.  
gez. Wölter, Schriftführer.  
Genehmigt  
Charlottenburg, 29. September 1916.  
Königliches Oberverwaltungsamt Groß-Berlin.  
gez. von Gostlowski,  
Stempel.

Wir bitten unsere Mitglieder und Arbeitgeber, hiervon Kenntnis zu nehmen.

# Orts-Krankenkasse der Gürtler Berlin, Cranichstraße 138.

Zu der am Montag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3, stattfindenden

# Außerordentlichen Ausgleichs-Sitzung

werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassensmitglieder im Aussch. hiermit ergebenst eingeladen.  
Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über die Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.  
Anfragen und Beschwerden, zu denen die Ansicht der Geschäftsbücher erforderlich ist, sind dem Vorsitzenden des Vorstandes bis zum 14. d. Mts. schriftlich zu unterbreiten.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Eine Vertretung ist unzulässig.  
Berlin, den 8. Oktober 1916.  
Der Vorstand.  
Gustav Wolf, stellv. Vorsitzender.  
Die den Herrn Vertretern zugegangene Einladungskarte dient als Ausweis und ist am Einleitungsabgegeben.  
270/19

# Fabrik und Lager fertiger Pelzwaren

Jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware. Sonntags geöffnet.  
Ferdinand Kalman  
Kürschner-Meister  
nur Kommandantenstr. 15, I. E.  
Kein Lad. Gegenüb. Benthstr.  
Tel.: Zentr. 287. — Gegr. 1894.

# Bekanntmachung! Suppen-Brüh-Würfel

100 St. 2.50, 5.500 St. 2.25, 5.100 St. 4  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 2

# Spezialarzt

Dr. med. Wockentauß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
222/6\* störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.  
In meiner Wohnung sind täglich  
Sprechstunden von 7-9 Uhr und  
Sonntags von 9-10 Uhr.  
Dr. Fabian, Reichenberger  
Straße 60.

# Möbel

für Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen usw. direkt an Private. Ueber-raschende Auswahl und Preis-ersparnis. Sogar Lagerbestock sehr reichend an billigen Gegen-ständen. Für Auswärtige lohnt selbst weit-ere Reise. Drucksachen kostenfrei.

# Höfner

Möbel-Großhändler, Berlin N. 22  
Veteranenstr. 11-13 Hofmannhof

# Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Oberver-  
**Max Schufft**  
am 6. Oktober an Bronchialleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. Oktober, nach-mittags 4 Uhr, von der Leichen-halle des Einnahmestrichhofs in Neudölln, Hermannstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
123/20 Die Ortsverwaltung.

# Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Ortsgruppe Zehlendorf.  
Am 20. September ist in diesem Weltkriege unser lang-jähriger Kassierer  
**Karl Hoffmann.**  
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

# Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Witwenkassette Westkln.  
Als festes Opfer dieses Welt-krieges starb am 29. September im Lazarett zu Zehlendorf unser treues Mitglied  
**Josef Reischl.**  
Ehre seinem Andenken!  
9/11 Die Ortsverwaltung.

# Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Nach zehnmonatiger treuer Pflicht-erfüllung im Felde starb am 12. Juli 1916 an den Folgen seiner Verwundung, welche er am 2. Juli 1916 bei einem Sturmangriff erlitten hatte, unser treuer, braver, unerschütterlicher Sohn, der Kriegsfreiwillige,  
Bergolder  
**Karl Küpper**  
im 21. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
Berlin-Charlottenburg  
**Heinrich Küpper**  
zugew. im Felde  
nebst Frau und Ge. wistern  
**Oskar und Toni.**

# Wieder hat der Weltkrieg einen unserer besten Jugendgenossen von uns gerissen. Im Kampfe fiel, nachdem er schon über ein Jahr lang alle Strapazen des Krieges hinter sich hatte, unser Kollege **Siegfried Goether** im Alter von 21 Jahren. Durch sein ruhiges, leiteres Wesen erwarb er sich nur Freunde. Wir werden sein Andenken allegiert in Ehren halten. 257/4 **Arbeiter-Jugend Lichtenberg.**

# Dem Völkerringen zum Opfer fielen unsere lieben Kollegen

**Albert Braunert  
Hugo Treß  
Erich Höft.**  
Wir werden sie in ehrendem  
Andenken halten!  
Die Kollegen der Firma Bergmann  
Rosenthal  
(Abt. Walter Jelder).



### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 3. Juli fiel im Alter von 20 Jahren der Tischler  
**Artur Zitzmann**  
Königsberger Str. 30. Bezirk 408.

Am 16. September fiel im Alter von 32 Jahren der Schlosser  
**Johann Töpfer**  
Häckerstr. 27. Bezirk 161.

Am 24. September fiel im Alter von 36 Jahren unser Bezirks-  
führer, der Arbeiter  
**Paul Lohmann**  
Weitenloferstr. 11. Bezirk 358.

116/14 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 31. August fiel der 25jährige Maurer  
**Paul Habermann**  
Lützowstr. 16. 18. Bdt., Bez. 751.

Am 8. März fiel der Tischler  
**Fritz Zimmermann**  
(32 Jahre alt), Weidenloferstr. 10. 18. Bdt., Bez. 812a.

120/1 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkr.

Am 15. Juli fiel im Felde der Tischler  
**Karl Hoffmann**  
Hägerstr. 46. 20. Bezirk.

Im Felde fiel der Galvaniseur  
**Paul Linke**  
Seehower Str. 33. 22. Bezirk.

Im Lazarett verstarb am 26. September der Arbeiter  
**Joseph Reischl**  
Kaiser-Friedrich-Str. 111. 11. Bezirk.

239/7 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 5. August 1916 unser Genosse,  
der Tischler  
**Gustav Depke**  
im Alter von 33 Jahren, Grünberger Str. 1. 1. Viertel, 15. Gruppe.

14/6 Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim, Bez. Lichtenberg.

Am 17. September 1916 wurde der Bäckermeister  
**Karl Kolditz**  
Weidenloferstr. 6, durch Mörserbombe getötet.

197/17 Sozialdemokr. Wahlverein Treptow-Saumschulowweg.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen  
und verstorbenen Kollegen.

**Heinrich Alperstädt, Gärtler,**  
geb. 3. Oktober 1884 in Friedrichshagen.

**Erwin Ammann, Goldarbeiter,**  
geb. 22. Juni 1890 in Stuttgart.

**Friedrich Bäker, Schleifer,**  
geb. 18. September 1883 in Tremmen.

**Emil Benk, Schmied,**  
geb. 7. Juni 1880 in Gramzow.

**Otto Berner, Schleifer,**  
geb. 20. März 1888 in Nummersburg.

**Otto Bischoff, Metalldreher,**  
geb. 3. Juni 1876 in Berlin.

**Theodor Böhke, Arbeiter,**  
geb. 14. Mai 1882 in Berlin.

**Willi Dosda, Mechaniker,**  
geb. 18. Mai 1890 in Berlin.

**Ernst Frisch, Schlosser,**  
geb. 28. Mai 1873 in Belgard.

**Richard Gräfe, Schleifer,**  
geb. 14. September 1881 in Berlin.

**Heinrich Häusler, Gärtler,**  
geb. 3. Oktober 1884 in Friedrichshagen.

**Robert Hertel, Klempner,**  
geb. 7. November 1885 in Berlin.

**Max Löwe, Lackierer,**  
geb. 11. Dezember 1885 in Berlin.

**Karl Pestel, Schlosser,**  
geb. 26. Oktober 1888 in Lützenwalde.

**Franz Schmidt, Lackierer,**  
geb. 11. März 1890 in Gelsen.

**Hermann Schneider, Arbeiter,**  
geb. 18. September 1890 in Schönemark.

**Otto Scholz, Klempner,**  
geb. 3. Januar 1880 in Radwitz.

**Artur Thiele, Schlosser,**  
geb. 25. März 1894 in Oberberg.

**Ernst Uterhark, Schlosser,**  
geb. 19. März 1887 in Templin.

**Hermann Watzak, Schlosser,**  
geb. 15. August 1896 in Berlin.

128/18

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

**Friedrich Bubholz, Industriearbeiter.**

**Max Dunkel, Industriearbeiter.**

**Max Glöckner, Geschäftschaffner.**

**Hermann Hahn, Geschäftsdienner.**

**Heinrich Hoffmann, Warenhanddiener.**

**Gustav Koblenz, Geschäftsdienner.**

**Richard Koppel, Warenhanddiener.**

**Paul Lehmann, Industriearbeiter.**

**Paul Müller, Industriearbeiter.**

**Max Pauli, Industriearbeiter.**

**Richard Rehwald, Lagerarbeiter.**

**Paul Rudow, Geschäftsdienner.**

**Gustav Specowius, Kollktischer.**

**Paul Scheil, Industriearbeiter.**

**Max Schwerkolt, Pader,**

**Karl Wolf, Pader,**

**Gustav Zarndt, Droschkenschaffner.**

**Fritz Zimmermann, Bierfahrer.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

68/13

Am 16. September 1916 fiel  
fürs Vaterland unser lieber, guter  
Kollege, der Landsturmmann im  
R.-J.-N. 7/9

### Max Haube

im 36. Lebensjahre.  
Wir verlieren in dem Ge-  
fallenen einen unserer Besten.  
Etwas hilfsbereit und treu — so  
wird er bei uns allen in Erinne-  
rung bleiben.  
Möge ihm die fremde Erde leicht  
sein!

Pflanzerverein „Unverzagt“,  
147 II Neukölln.

Am Donnerstag, den 5. Oktober,  
verstarb nach kurzem schweren  
Leiden mein herzensguter Mann,  
unser lieber Vater, der Kraft-  
wagenfahrer

### Hermann Hoppe.

Dies zeigen tiefbeträbt an die  
unterschiedliche Witwe  
**Luisa Hoppe und Kinder.**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem neuen  
Friedhofe in Baumgartenweg,  
Riesholzstraße, statt.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

<b>Alfred Barschdorf, Tischler,</b>	36 Jahre alt
<b>Ernst Bose, Tischler,</b>	26 . . .
<b>Karl George, Möbelpolierer,</b>	39 . . .
<b>Paul Kirchhoff, Tischler,</b>	26 . . .
<b>Karl Küpper, Vergolder,</b>	22 . . .
<b>Ernst Siefert, Verlmittlarbeiter,</b>	43 . . .
<b>Karl Thimm, Tischler,</b>	28 . . .
<b>Emil Werner, Kammschleifer,</b>	26 . . .
<b>Artur Zitzmann, Tischler,</b>	29 . . .

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

91/20

## Als Opfer des Weltkrieges fiel am 28. September 1916 durch Granatbeschuss unser lieber, herzensguter Freund, der Schütze

### Siegfried Goether

im 21. Lebensjahre. 13385

Er wird uns unvergesslich bleiben:  
**Gustav Schwonker** und **Luce Schwonker,**  
nebst Frau, Wülfelsberg,  
und Sohn **Herbert** Wülfelsstraße 12a.

## Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 141.

### Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unser Genosse, der  
Waldmaler

**Ernst Kaiser**  
am 29. September verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat bereits  
stattgefunden. 210/7

**Der Vorstand.**



Den Heldentod fürs  
Vaterland fand am 20.  
September unser ein-  
ziger, innig geliebter  
Sohn, mein lieber Bruder, Schwa-  
ger und Onkel

### Willi Halberstadt

geb. 27. Lebensjahre. 2

Dies zeigen an  
Die tiefbeträubten Eltern,  
Schwester, Schwager und Nefte,  
kurz was sein Leben,  
süßes sein Weiden,  
am schwersten sein Scheiden.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 19. August 1916 im Alter  
von 20 Jahren unser lieber  
Sohn und Bruder, der Grenadier

### Ernst Bose

Grenadier-Regt. „Kronprinz“  
Nr. 1 S. Komp.

Die trauernden Eltern und  
Geschwister.

Ein Grab im Walde, vom Sturm  
umrollt,  
Keine Blume drauf, keine Schrift  
von Gold,  
Kein Stein ziert Deinen Hügel,  
Nicht Lorbeer deckt ihn reich.  
Schläft einsam, melloeroren,  
Unabhängig andern gleich.

Am 27. September d. J. fiel  
als Opfer des Weltkrieges der  
Schiffsteher

### Franz Moschner.

Ein ehrendes Andenken bewahren  
ihm seine Kollegen vom  
Zentralbureau  
für die Deutsche Presse  
und Kredits Verlag.

Für's Vaterland  
fiel am 16. September 1916 mein  
lieber, unvergesslicher Mann, unser  
guter Sohn und Bruder, Schwager  
und Onkel, der Landsturmmann  
im Inf.-Regt. 3, 7. Komp.

### Max Haube

im 36. Lebensjahre. 147 II

Sein Wunsch war nur ein  
Wiedersehen.  
Ruhe sanft in der fremden Erde.  
Dem Auge leent!  
Dem Herzen ewig naht!

Bei den schweren Kämpfen  
verstarb mein guter Sohn, mein  
einziger Bruder, mein innigst-  
geliebter herzensguter Schwager

### Max Grunwald

Inf.-Regt. 81, 18. Armee-Korps  
im 28. Lebensjahre am 27. Sep-  
tember nach schwerer Verwundung  
sein junges Leben vorzeitig hin-  
geben. 1392b

In tiefstem Schmerz  
Frau Luise Grunwald geb. Grun-  
wald, als Witwe,  
Oskar Grunwald, als Bruder,  
Anna Güntheroth, als Braut,  
Ernst Güntheroth u. Frau Christine  
geb. Spilner, Schwägerinnen,  
Wilhelm Güntheroth, als Schwager,  
Ernst und Meta.

Mit der Sehnsucht im Herzen nach  
seinem Lieben, — Mit der Sehnsucht  
im Herzen ist er geblieben.

Am 29. September starb in  
einem Lazarett infolge Brustschuß  
unser einziger, geliebter Sohn

### Georg Weltner

Inf.-Regt. 378, 1. Komp.  
im 20. Lebensjahre. 1349b

Dies zeigen im tiefsten Schmerz  
an  
**Georg Weltner und Frau.**  
Berlin-Schöneberg, Oktober 1916.  
Botenstr. 51.

Donnerstag entließ ich  
nach schwerem Leiden meine  
liebe Frau, gute Tochter und  
Schwester

### Margarete Menzel

im 48. Lebensjahre.

Für die Hinterbliebenen:  
**Wilhelm Menzel,**  
Oppelner Str. 49.

Beerdigung: Montag, den  
9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Emmaus-  
Kirchhofes, Neukölln, Hermanns-  
straße 129—137.

Schmerzliches Gedenken  
zum Sterbetage unseres  
geliebten, unvergesslichen  
Sohnes und Bruders, des Aus-  
setzlers

### Karl Mulack

gefallen am 8. Oktober 1915.

Ein Jahr ist schon dahin-  
gegangen, Da schuldlos sanft  
Du in das Grab hinlein. Unver-  
gessen bleibst Du den Deinen, die  
in der Heimat bittere Tränen  
um Dich weinen.  
In tiefem Schmerz  
Seine lieben Eltern  
und Geschwister.

## Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.

Am Donnerstag, den 3. Oktober,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, verschied  
nach kurzem aber schwerem Kran-  
kenlager infolge Nierenmalaria  
und Rückenmarkschmerzen unser  
langjähriges Mitglied und Num-  
mer 8

### Karl Krause

Seefischer Str. 11.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. Oktober, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Kapelle  
des Immanuelkirchhofes, Weihen-  
hofstr., aus statt.

**Der Vorstand.**

## Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897.

Als Opfer des Weltkrieges be-  
klagen wir den Verlust unserer  
Schwimmgenossen

### Alfred Braun

und  
**Artur Sterling.**

Wir werden ihr Andenken in  
Ehren halten.

126/2b **Der Vorstand.**

## Dem Andenken unserer Kollegen!

Den bereits veröffentlichten  
Kollegen haben wir folgende Opfer  
des Weltkrieges nachzutragen:

**Walter Kaffner**  
34 Jahre alt.

**Vollrat Sasse**  
37 Jahre alt.

**Fritz Haack**  
30 Jahre alt.

**Gustav Schiley**  
33 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Kollegen und Kolleginnen  
der Firma  
**R. Stock & Co.**  
Berlin-Mariensfelde. 42

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 3. September 1916 durch  
Brustschuß mein innigstgeliebter  
Mann, der treuzorgende Vater  
meines einzigen Töchterchens, unser  
lieber, unvergesslicher Bruder,  
Schwager und Onkel, der Infan-  
terier

### Robert Heier

Infanterie-Regiment Nr. 377,  
im Alter von 34 Jahren.

Magdalena Heier geb. Weger  
nebst Töchterchen Klöhnchen.

Ernst Schulze und als  
Frau geb. Heier, als  
Richard Jakob und u. Schw-  
Frau geb. Heier, als  
Willi Reack, s. H. als  
im Felde, u. Frau, als  
geb. Schulze, als  
Frida Schulze, als  
Nichten.

O wie herbe ist das Scheiden,  
wenn nur eines geht von beiden,  
die sich treu geliebt.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Allen Freunden und Bekannten  
hiermit zur Nachricht, daß unser  
lieber, einziger Sohn und Bruder,  
der Buchdruck- und Maschinenmeister

### Artur Klink

bei den Kämpfen am 25. Sep-  
tember im Alter von 29 Jahren  
sein junges Leben lassen mußte.  
Dies zeigen an seine tiefbe-  
trübten Eltern

**R. Klink und Frau**  
nebst Schwester **Bartha,**  
Niedendorfer Straße 145.

## Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und reichen Kranzspenden  
beim Hinscheiden meines lieben  
Mannes

### Heinrich Fiebig

Sage ich allen Verwandten, Bekannten  
und Freunden, insbesondere dem  
Deutschen Metallarbeiterverband, dem  
Rüstführer der Turnerschaft Neukölln-  
Vitz, der Firma Rosenbergs, den  
Kollegen und Kolleginnen der Firma  
Rosenbergs und den Kolleginnen der  
Firma Menzel u. Co. meinen herz-  
lichen Dank.

### Marie Fiebig.